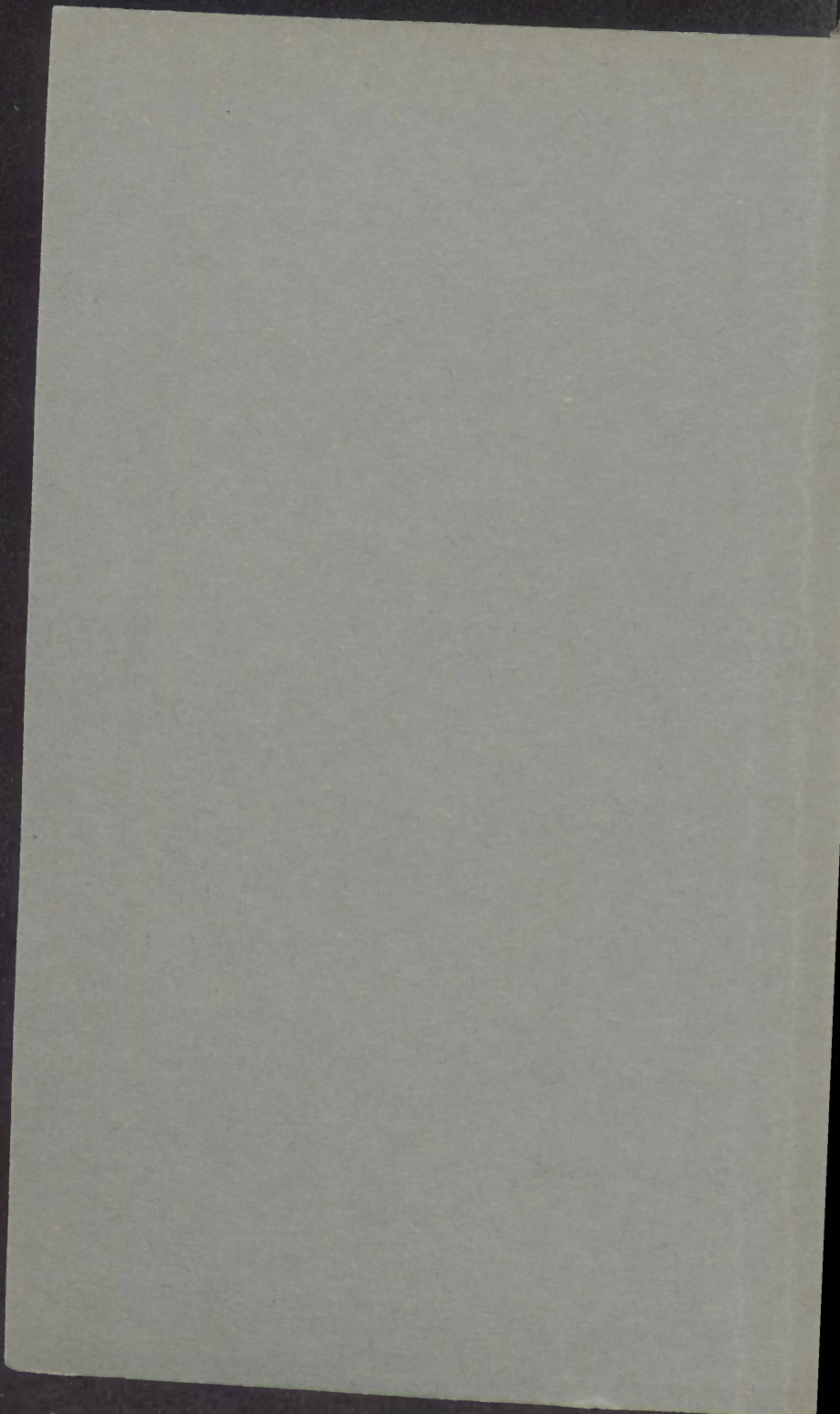


Eigentum der
Bibliothek
des Instituts für Weltwirtschaft
an der Universität Kiel

Signatur

A 46802





Die deutschen Flüchtlinge

in der Schweiz
und die
erste deutsche Arbeiterbewegung.

1833—1836.

Von
Dr. Heinrich Schmidt.

Zürich.
Buchhandlung des Schweiz. Erklärvereins.
1899.

A 46802

0 /

Die deutschen Flüchtlinge in der Schweiz

und

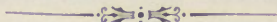
die erste deutsche Arbeiterbewegung.

1833—1836.



Von

Dr. Heinrich Schmidt.



Baf 416 Weltwirtschaft Kiel 28.11.61. ✓

Zürich.

Buchdruckerei des Schweiz. Grütlivereins.
1899.

A 46802

Die deutsche Literatur

in der Schweiz

die erste deutsche Literaturgeschichte

1833 1834

Dr. Heinrich Schönbach

1833 1834

1833

Verlag von J. Neumann, Neudamm

1833

Vorwort.

Die Thätigkeit der deutschen Flüchtlinge in der Schweiz in den Jahren 1833—1836 ist von großem Interesse für die deutsche und allgemeine Geschichte.

Die bürgerliche Revolution und die heilige Allianz treffen sich hier in ihren äußersten Extremen: den geheimen Verbindungen der bürgerlichen Revolutionsmacher und den Eingriffen der autokratischen Mächte in das Selbstbestimmungsrecht eines kleinen Freistaates. Zugleich stoßen wir hier auf die ersten Vorposten der deutschen socialistischen Arbeiterbewegung.

Zu dem reichen Thatfachenmaterial, das sich in den amtlichen Berichten und Protokollen, den Kammerverhandlungen, Flugschriften und Zeitschriften vorfindet, haben spätere Jahre noch manche Nachträge in Memoiren und Briefen geliefert. Es sei hier bemerkt, daß neben den wuchtigen Zeugen der Ereignisse, der Zahlen und öffentlichen Aussprachen auch kleine, selbst anekdotenhafte Züge, die das menschlich Nahe uns veranschaulichen, nicht verschmäht worden sind.

Das Litteraturverzeichnis enthält nur die Schriften, welche die Flüchtlingsangelegenheit direkt behandeln oder von Flüchtlingen selbst herrühren; die übrige benützte Litteratur ist im Laufe der Darstellung angeführt. Für einige der am häufigsten erwähnten Schriften und Aktenwerke kommen Abkürzungen zur Anwendung, die am Schlusse des Litteraturverzeichnisses angeführt sind. Manchen mag das Anführen der zahlreichen Belege überflüssig erscheinen, aber der Gegenstand selbst drängte dazu, und vielen wird es zum Nachprüfen und Weiterforschen willkommene Handhabe bieten.

Wertvolle Förderung der Arbeit verdanke ich vor allem Herrn Prof. Dr. Philipp Woker in Bern, Nachweisung reichen Materials Herrn Prof. Dr. Tobler in Bern und Herrn Reinhold Rüegg in Zürich, dem gründlichen Kenner der Jugendgeschichte des europäischen Liberalismus. Indem ich auch den Herren Bundesarchivar Dr. Kaiser, Staatsarchivaren Türlin in Bern, Labhardt und Dr. Hoppeler in Zürich und Dr. von Liebenau in Luzern meinen verbindlichsten Dank ausspreche für das freundliche persönliche Entgegenkommen, das sie mir in jeder Hinsicht erwiesen, verzeichne ich mit dankbarer Freude die Liberalität, mit der in der Schweiz amtliche Akten wissenschaftlichen Arbeitern zur Verfügung gestellt werden. Möchte doch dieses Beispiel des demokratischen Staates in anderen Ländern, wenigstens in denen, die keine besonderen Ursachen zur Verheimlichung der Staatsaktionen haben, Nachahmung finden!

Zürich, Frühjahr 1899.

Heinrich Schmidt.

Inhaltsverzeichnis.

Einfleitung. Die politischen Bestrebungen des deutschen Bürgerthums. — Die Julirevolution und ihre Folgen in Deutschland . S. 15

* * *

Erster Abschnitt. Das Asylrecht in der Regeneration. — Gastfreundliche Aufnahme der Flüchtlinge. — Anstellung als Lehrer und Beamte. — Die Brüder Enell. — Flüchtlingsorgen und Hoffnungen. — Mazzini. — Kauschenplat. — Revolutionsromantik. — Die polnische Emigration S. 19

Zweiter Abschnitt. Die Verlegenheit der Berner Regierung und der Vorort Zürich. — Reklamation des badischen Grenzkommissars. — Die Haltung Frankreichs. — Hilfsvereine für die Polen. — Reklamationen der deutschen Regierungen. — Sendung Roffis nach Paris. — Gastfreundschaft des Berner Volkes und Staates. — Sicherheitsmaßregeln . S. 25

Dritter Abschnitt. Die Mächte und die Schweizer Regeneration. — Preußen und die Unruhen in Neuenburg. — Das Wohlwollen Frankreichs. — Roffis erfolglose Rückkehr. — Sendung von Tilliers nach Frankfurt und dem Haag. — Vorschlag Frankreichs. — Louis Bonaparte. — Die polnische Lotterie. — Der Einsall in Savoyen und die Pariser Polizei. — Sympathie der Bevölkerung für die Flüchtlinge. — Wiederaufnahme der Polen im Kanton Bern S. 30

Vierter Abschnitt. Garantiebegehren der Mächte. — Ausweisungsanforderung des Vororts. — Weigerung von Bern und Baselland. — Die indirekte Ruhestörung. — Drohungen der Grenzperre. — Die öffentliche Meinung in Deutschland. — Die fremden Diplomaten und die Berner Aristokratie. — Die Auslieferung politischer Verbrecher. — Sorgen des Handelsstandes. — Wegschaffung der Teilnehmer am Savoyenzug. — Die Audienz in Chambery. — Weitere Forderungen der Mächte. — Zustimmung des Vororts und der Tagsatzung. — Genehmigung der Mächte S. 38

Fünfter Abschnitt. Das junge Deutschland. — Freiheit, Gleichheit, Humanität. — Die jungdeutschen Propagandaschriften. — Wilhelm Sauerwein. — Sociale Anschauungen der Jungdeutschen. — Der „Virus“. — Die ersten Flugblätter. — Ausweisung der Unterzeichner. — Ein Polizeidemunziant S. 49

Sechster Abschnitt. Das alte Handwerk und die moderne Technik. — Die Anfänge der schweizerischen Großindustrie. — Die Klassenkämpfe in der Regenerationsperiode. — Der Brand von Uster. — Der Arbeiterschutz und die Kapitalen. — Die zunehmende Proletarisierung . . . S. 57

Siebenter Abschnitt. Sociale Sorgen und Befürchtungen in der Schweiz. — Die wandernden deutschen Handwerksgejellen. — Ihre Klassenlage und sociale Anschauungen S. 64

Achter Abschnitt. Die ersten deutschen Arbeitervereine. — Die Propaganda zu Fuß. — Biel und Bern. — Karl Schapper. — Das Steinhölzliſest. — Der Verein in Zürich. — Georg Fein . . . S. 71

Neunter Abschnitt. Nechenſchaftsbegehren des Grafen von Bombelles. — Handwerkerſperre in Bern. — Ungewöhnliche Maßnahmen. — Die Polizeiſpionage. — Ludwig Leſſing. — Der Lockſpiegel und die deutschen Arbeiter. — Aldinger alias Baron von Eyb . . . S. 78

Zehnter Abschnitt. Fortgeſetter Widerſtand Berns. — Abbruch der diplomatiſchen Beziehungen. — Veränderte Haltung Frankreichs. — Wendung in Bern. — Kriegsgerichte. — Gefinnung des Großen Rates. — Aufnahme von Flüchtlingen ins Bürgerrecht. — Die Wirkung des Berner Memorandums in Wien S. 83

Elfter Abschnitt. Bern als Vorort. — Metternichs Triumphe. — Die Enthüllungen der Augsburger „Allgemeinen Zeitung“. — Inauſſichtnahme eines Sonderbundes. — Maßnahmen des Großen Bundes gegen die Handwerksburſchen. — Der angebliche Einfall und ſeine angebliche Verhütung. — Wirkung dieſer Maßnahmen in der Schweiz. — Die Parteien in Bern und der Antrag Kaſthofer S. 91

Zwölfter Abschnitt. Die Mißbilligung des bedauerlichen Ereigniſſes. — Genugthuung in Wien. — Das Beglaubigungſchreiben des Grafen von Bombelles. — Genugthuung in Karlsruhe, Stuttgart und München. — Genugthuung für den Grafen von Bombelles. — Eine Diplomatenaudienz mit Hinderniſſen. — Die Rechtfertigung S. 101

Dreizehnter Abschnitt. Vertretung der proletariſchen Klasseninterereſſen. — Der „Geächtete“ in der Schweiz. — Lamennais' Worte eines Gläubigen. — Deffentliche Propaganda und Geheimbündelei. — Das „Nordlicht“. — Die Vereine am Genferſee. — Winterthur. — Keine Unterſuchungen, kurzer Prozeß S. 108

Vierzehnter Abschnitt. Die junge Schweiz. — Die Flüchtlinge und die ſchweizeriſche Neutralität. — Der Socialismus und die ethiſche Ideologie. — Karl Mathy S. 114

Fünfzehnter Abschnitt. Die Umgeſtaltung des jungen Deutſchland in eine Arbeiterorganisation. — Die geheime Propaganda in Deutſchland. — Revolution und Gewalt. — Rückkehr Kaufmannsplatz. — Verhaftungen in Zürich. — Die Landeſkonferenz in Brugg . . . S. 119

Sechszehnter Abschnitt. Neue Diplomaten, der Herzog von Montebello und Herr von Rochow. — Die Wirksamkeit der geheimen politischen Polizei. — Die Entlarbung von „Barons von Eyb“. — Ausweisungen in Zürich und Maßnahmen des Vororts. — Metternichs Befehle und Montebellos Drohungen. — Entlarbung Conzeils. — Die öffentliche Meinung und die Flüchtlinge S. 128

Siebzehnter Abschnitt. Roschis summarische Untersuchung. — Nachhülfe durch Herrn von Rochow. — Zuverlässige Quellen. — Verhaftung Ludwig Snells. — Der Untergang der „jungen Schweiz“. — Der Staatsrat in Genf und der deutsche Arbeiterverein. — Polizeiverfahren und gerichtliche Untersuchung S. 137

Achtzehnter Abschnitt. Zacharias Aldinger und die Ermordung Lessings. — Die „Baronin von Eyb“. — Urteile und Bemühungen des Herrn von Rochow. — Die deutsche Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Georg Feins spätere Thätigkeit. — Flüchtlingslos. — Rauschenplat. — Karl Mathy. — Karl Schapper und Marx S. 144

Litteraturverzeichnis.

- Aufruf eines Geächteten an die deutschen Volksfreunde. Paris 1834.
- Baumgartner, J. Minderheitsgutachten der Tagungskommission über die Angelegenheit der Flüchtlinge, mit besonderer Bezugnahme auf die allgemeine Stellung der Schweiz zum Auslande. St. Gallen 1836.
- Belichtung der gegenwärtigen schweizerischen Zustände in ihren Verhältnissen zu der französischen Regierung und zu den andern verbündeten europäischen Mächten. Bern 1838.
- Bericht an den Regierungsrat der Republik Bern, betreffend die Umtriebe politischer Flüchtlinge und anderer Fremden in der Schweiz etc. (von Regierungsstatthalter Rossi). Bern 1836.
- Bericht der am 30. August von der Tagung in der Angelegenheit des Aug. Conseil niedergesetzten Kommission. Zürich 1836.
- Bericht und Instruktionsentwurf von seiten des Staatsrats über das Begehren der Fortweisung des Ludwig Bonaparte. Freiburg 1838.
- Bericht zu der Eingabe eines Gutachtens der über die Angelegenheit der fremden Flüchtlinge niedergesetzten Tagungskommission. Bern 1836.
- Beschluß, attemmähiger, des Untersuchungsrichters von Bern (Lufft), wodurch die peinliche Hauptuntersuchung gegen Ernst Schüler von Biel wegen Hochverrates verhängt wurde. Bern 1837.
- Beschlüsse, die geheimen, der Wiener Konferenz vom 12. Juni 1834. Ein authentisches Altenstück aus den Papieren eines jüngst verstorbenen Diplomaten. Deutschland 1843.
- Betrachtungen eines deutschen Arbeiters über die neuesten Maßregeln der deutschen Bundesregierungen, durch welche den deutschen Handwerkern der Aufenthalt in Frankreich, Belgien und der Schweiz bei Verlust ihres Heimatrechts untersagt wird. D. D. 1835.
- Betrachtungen über den Beitritt Badens zu dem deutschen Zollverein. Veranlaßt durch die Zeitschrift für den Beitritt Badens durch C. F. Nebenius (von Karl Matth.). [Abdr. aus der Zeitschrift „Der Zeitgeist“.] Karlsruhe 1834.
- Conduite des autorités vandoises envers les polonais ou le courage de la penr. Par un ami des peuples. Paris 1834.

Deutsche! (Flugblatt.) Unterschrift: Paris, 5. September 1833. Im Namen des deutschen Volksvereins: Dr. Th. Schuster, Joh. Schumacher, C. Reuber, Rujhani, J. Goldschmidt.

Diplomatie, die Rolle der, bei dem Falle Polens. Ein belehrendes Beispiel für alle Völker. Von einem ausgewanderten Polen. St. Gallen 1835.

Druey. Réponse au gouvernement de Berne au sujet du rapport de M. Roschi. Lausanne 1836.

Eins ist Noi; in Flugschriften, herausgegeben von mehreren deutschen Patrioten. Straßburg 1833.

Erklärung der Rechte des Menschen und Bürgers. Lausanne 1835.

Eugen von St. Alban. (Dr. Baldamus.) Bern, wie es ist. 2 Bände. Leipzig 1835.

Femmes, Sur la situation des —. Par Luise* et Franz*. Bienne 1836.

Freitag, Gustav. Karl Mathy, Geschichte seines Lebens. Leipzig 1870.

Gastfreundschaft und Hausrecht der Schweiz, dargestellt an der Hand geschichtlicher Thatfachen. (Schweiz. Zeitfragen Nr. 19.)

Geächtele, der. In Verbindung mit mehreren Volksfreunden herausgegeben von J. Wenedy. Motto: Erlöse uns vom Uebel. Paris 1834 bis 1835.

Geisterstimmen der Gemordeten an Fränzchen, Friichen, Oufel und deren Verbündeten. Erlöse uns von dem Uebel. Amen. Biel 1835.

Geisler, G. Fr. Das Schul- und Unterrichtswesen des regenerierten Kantons Bern. Bern 1846.

Generalbericht über die deutsche Propaganda, über die Klubs des jungen Deutschlands und über den Bermanbund. (Eidgen. Monatschrift 1845.)

Glaubensbekenntnis eines Geächteten. v. D. u. J.

Harring, Harro. Epistel an Lord Goderich über den Aufstand der Negerklaven auf Jamaica (Gedicht). Burgdorf 1834.

— — Die Möwe. Deutsche Gedichte. London 1835.

— — Die Völker. Ein dramatisches Gedicht. Ehre, Freiheit, Vaterland. Straßburg 1832.

— — Mémoires d'un rebelle sur la jeune Italie et sur les derniers événements de Savoie. Dijon 1834.

— — Worte eines Menschen. Dem Gläubigen von Ramenmais gewidmet. Bern 1834.

Hennequin. La jeune Allemagne en Suisse. Paris 1847.

Hofmann, F. Das Muthrecht in der Schweiz und dessen Aufhebungen in den Dreißiger Jahren. (Centralblatt des Neu-Züringervereins 10.)

- Huhn, C. G. Th. Karl Mathy; ein Lebensbild. Tauberbißhofsheim 1868.
- Hundert Handwerker (Gedicht). Neu-Deutschland. Zu haben bei Ferdinand Bundestags sel. Erben.
- Jäger, Aug. Der Deutsche in London. Beitrag zur Geschichte der politischen Flüchtlinge unserer Zeit. 2 Bände. Leipzig 1839.
- Ils sont partis: par un jeune Suisse. En France et en Suisse. 1834.
- Ist es notwendig, daß die Schweiz den piemontesischen Flüchtlingen einen Zufluchtsort in ihrem Innern verjage? v. D. 1823.
- Ivernois, Fr. d'. Histoire du blocus hermétique de la Suisse pour faire suite à l'histoire du blocus continental. Genève 1836.
- Kasthofer, Karl. Die Polenpredigt, gehalten in der Volksversammlung in Burgdorf, 23. Juni 1833. Burgdorf 1833.
- — Rede über die politische Stellung Berns. Gehalten im Großen Räte den 20. November 1834.
- Keller, Fr. Ed. Bericht im Namen der in der Angelegenheit des französischen Spions Conseil niedergelegten Kommission. Bern 1836.
- — Die entlarvten Diplomaten oder Bericht und Antrag der in der Tagjagung eingesetzten Kommission betreffend die Angelegenheit Conseil und das diesfällige Benehmen der französischen Gesandtschaft. Zürich 1836.
- Komhst, Gustav. Authentische Aktenstücke aus den Archiven des deutschen Bundes. Straßburg 1835. 2. Auflage. Leipzig 1838.
- — Der Bundestag gegen Ende des Jahres 1832. v. D. 1836.
- — Erinnerungen aus meinem Leben. Leipzig 1848.
- Kubalsky, N. A. Mémoires sur l'expédition des réfugiés Polonais en Suisse et en Savoie dans les années 1833—34. Paris 1836.
- La Chabeaussière. National-Katechismus. Deutsch von Berthold (Lambert Keller). Bern 1835.
- Lamennais, J. Das Buch des Volkes. M. d. Fr. Biel 1838.
- — Worte des Glaubens. M. d. Fr. v. L. Börnc. Herisan 1834.
- — Worte eines Gläubigen. M. d. Fr. v. Carl Weiland. Zürich 1834.
- Lejzing. Der Mord verübt an Ludwig L. aus Freienwalde, gewesener Rechtskandidat an der Universität in Zürich oder altentworfene geschichtliche Darstellung der gegen den Zacharias Aldinger von Dörzbach, angeblichen Baron von Eyb und übrige Eingeklagte deshalb geführten Untersuchung nebst Entscheidungsgründen und Urteil des Kriminalgerichtes des Kantons Zürich. Zürich 1837.
- — Mager, B. W. G. Politische Flüchtlinge, Demagogen und Sympo-
phanten in der Schweiz. Aarau 1843.

(Mandrot), Einige Worte zu Gunsten der Flüchtlinge. Nebst einigen Bemerkungen über den Bericht des Herrn Roschi. Biel 1836.

Marr, Wilhelm. Das junge Deutschland in der Schweiz. Ein Beitrag zur Geschichte der geheimen Verbindungen unserer Tage. Leipzig 1846.

Math, Karl. Der Zehnt mit besonderer Berücksichtigung des Zehntwesens im Kanton Bern. Biel 1838.

Mazzini, G. Foi et avenir. Bienne 1835.

Mickiewicz. Die Bücher des polnischen Volkes und der polnischen Pilgerchaft. Aus dem Polnischen des Mickiewicz übersetzt. Deutschland. Im Jahr der Gnade 1833.

Nordlicht, das. Ein Volksblatt in zwanglosen Heften. Nr. 1. Neujahr 1835.

Patrioten, die, und die Geistlichkeit. Biel 1835.

Pfiffner, Casimir. Vortrag in der Sitzung der Tagssammlung vom 22. Juli über die Notizen der fremden Mächte. o. D. 1834.

— — Deffentliche Stimme über die fremden Notizen (Rede, gehalten in der helvetischen Gesellschaft in Zofingen am 14. Mai 1834).

Rapport présenté par le Conseil d'état au Grand Conseil dans la session extraordinaire du 21 février 1834. Lausanne 1834.

Rapport sur les pétitions concernant les relations diplomatiques de la Suisse avec quelques ministres étrangers. Présenté au Grand Conseil du canton de Vaud. Lausanne 1834.

Rauschenplat. Briefe über Frankreich und Deutschland. Straßburg 1841.

Rieu, M. Compte Rendu du Conseil d'état sur les derniers événements. Genève 1834.

Sauerwein, Wilhelm. M-B-Buch der Freiheit für Landestinder. Non scholae sed vitae. 3. Auflage. Biel 1835.

— — Gedichte aus der Zeit und für die Zeit. Biel 1835.

— — Das Christkindchen, beschert von W. S. Offenbach (Main) 1832.

— — Pfeffernüsse, ausgeteilt von W. S. Offenbach (Main) 1833.

— — Der Gräff, wie er lebt und lebt. Eine wahrhaftige Schulszene. 4. Auflage. Frankfurt 1837.

Schauberg, Joseph. Altenmäßige Darstellung der über die Ermordung des Studenten Lessing aus Freienwalde in Preußen bei dem Kriminalgerichte des Kantons Zürich geführten Untersuchung. 1. Abschnitt und 2 Beilagenhefte. Zürich 1837.

— — Politische Betrachtungen über die Stiftung einer neuen Hochschule in Zürich und den Bildungsstand der Schweiz überhaupt. Zürich 1834.

Schubaur, Sohuland. Der Ausweg aus dem Labyrinth. Für die Fürstin und Völker Deutschlands. Zürich 1835.

(Schuster, Theodor.) Gedanken eines Republikaners. Paris 1835.

Schüler, Ernst, aus Hessen, Bürger von Biel. Die Regierung der Republik Bern und die Verfolgten der Könige. Als Verteidigung gegen eine Anklage auf „Hochverrat“ vor den Gerichten und der öffentlichen Meinung. Ein Beitrag zur Geschichte Berns im Jahre 1836. Biel 1837.

— — Verteidigungsrede, gehalten am 19. Dezember 1836 und dem Tit. Obergericht übergeben. o. L.

Schweiz, die junge. Ein Blatt für Nationalität. La jeune Suisse. Journal de nationalité. Biel 1835–1836.

Schweizerfizzzen vom Verfasser des Deutschen in Paris. Leipzig 1838.

(Seiler, Sebastian.) Der Krieg zwischen der Schweiz und Frankreich im Jahre 1838, veranlaßt durch eine Schürze, einen Spion und die bernische Aristokratie. Aus den Papieren eines Diplomaten. Bern 1843.

Siebenpfeiffer. Ideen zu einer Grundreform der Erziehungs- und Unterrichtsanstalten. 2 Hefte. Bern 1834.

— — Zwei gerichtliche Verteidigungsreden. Bern 1834.

Snell, Ludwig. Das verletzte Völkerrecht an der Eidgenossenschaft oder Betrachtungen über die ungerechten Notenforderungen nebst einem getreuen Abdruck der über diesen Gegenstand geführten Tagessatzungsverhandlungen vom 22., 24. und 29. Juli. Zürich 1834.

— — Dr. Ludwig Snells Leben und Wirken. Bearbeitet nach den von dem Verstorbenen hinterlassenen Papieren und Schriften von einem jüngeren Freunde desselben (Seminarlehrer Stiesel). Zürich 1858.

— — Umriss zu einem Lebensbitde Ludwig Snells von einem seiner Freunde aus den dreissiger Jahren. Frauenfeld 1851.

Snell, Wilhelm Snells Leben und Wirken. Von einigen Freunden dem Andenken des Verstorbenen gewidmet. Bern 1851.

Stromeyer, Dr. F. Der preussische Manuthverein und sein Einfluß auf die Handelsverhältnisse der Nachbarländer, mit besonderer Beziehung auf Frankreich und die Schweiz. Bern 1834.

Teutschland, das neue. An die teutschen Soldaten (Flugblatt). Bern 1834.

Teutschland, das neue. An die Unterdrückten Teutschlands (Flugblatt). Bern 1834.

Temme, Dr. F. H. Der Studentenmord in Zürich, Kriminalgeschichte. Leipzig 1872.

Totenfeier zur Ehre der Polen, welche als Opfer der Vaterlandsiebe unlängst in Polen hingerichtet worden. Burgdorf 1833.

Vater Unser, das, neuer Lehrart, zu beten an den Palästen der deutschen Fürsten (Gedicht).

Verbindungen, die geheimen deutschen, in der Schweiz. Ein Beitrag zur Geschichte des modernen Radikalismus und Kommunismus. Aus gedruckten und ungedruckten Quellen. Basel 1847.

Verzeichnis der aus der Schweiz fortgeschafften politischen Flüchtlinge und solcher, die im Ausland arretiert worden sind, sowie der in mehreren polizeilichen Untersuchungen über die politischen Untriebe in der Schweiz mehr oder weniger impliziert erscheinenden Fremden. Bern 1836.

(Weingart), Jonathan Radical. Les trois chemins et la cité républicaine. Vision neuchâtelaise. Bienne 1835.

Abkürzungen.

Baumgartner	=	J. Baumgartner, die Schweiz in ihren Kämpfen und Umgestaltungen von 1830 bis 1850. Zürich 1854.
Blösch	=	E. Blösch, Eduard Blösch und dreißig Jahre bernischer Geschichte. Bern 1872.
Escher	=	H. Escher, Politische Annalen der eidgenössischen Vororte Zürich und Bern während der Jahre 1835 und 1836. 2 Bände. Zürich 1838. (Der schweizerischen Annalen von Müller-Friedberg, 6. und 7. Band.)
Fedderjen	=	P. Fedderjen, Geschichte der schweizerischen Regeneration 1830—1848. Zürich 1867.
Kochow	=	Briefe des kgl. Preussischen Generals und Gesandten Theodor Heinrich Kochus von Kochow an einen Staatsbeamten (Hofrat Kelsner). Ein Beitrag zur Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts, herausgegeben von Dr. Ernst Kelsner und Prof. Dr. Karl Mendelssohn-Bartholdy. Frankfurt 1873.
Tillier	=	Anton von Tillier, Geschichte der Eidgenossenschaft während der Zeit des sogenannten Fortschritts. 3 Bde. Bern 1853—1855.
St.-A.	=	Staatsarchiv.
Dipl. Dep.	=	Manual des diplomatischen Departements der Republik Bern.
Absh.	=	Abschiede der eidgenössischen Tagsatzung.
Prot.	=	Protokoll des vorörtlichen Staatsrates.

Einleitung.

Das Bürgertum in England und Frankreich hat seine Revolutionen gegen Königtum und Feudalismus durchgekämpft wohl mit Hilfe der untern Volksschichten, doch bevor der vierte Stand als selbständige und selbstbewußte Klasse sich entwickeln konnte. In Deutschland sind die politischen Bestrebungen der bürgerlichen Klasse stets auf halbem Wege stehen geblieben; vor dem „tollen“ Jahr ward bürgerlicher Fortschritt nur erreicht durch den Druck von außen; die eigenen Regungen des deutschen Liberalismus, zumal in den dreißiger Jahren, verzettelten sich schwächlich. Als endlich 1848 das deutsche Bürgertum als Klasse zum selbstthätigen Handeln gelangte, kaum in seinen Spitzen als Großbourgeoisie entsaltet, in seiner überwiegenden Masse immer noch aus Kleinbürgern bestehend, war es bereits gefolgt von dem Proletariat, seinem Schatten, der nebelhaft hinter ihm aufsteigend, in Westeuropa schon in schärferen Umrissen warnend sich erhoben hatte. Die Furcht vor der anstürmenden untern Schicht drängte zum Kompromiß. Die Blühtenträume des Liberalismus kamen in Deutschland nicht zur Reife.

Der erste Anlauf zur Verbürgerlichung Deutschlands bewirkte die französische Revolution; sie brachte dem westdeutschen Bürger mit dem Anschluß an ein großes einheitliches Produktionsgebiet eine bürgerliche Gesetzgebung, Freiheit des Handels und der Gewerbe, ungehemmten Verkehr, Maß-, Münz- und Gewichtseinheit. Kein Wunder, wenn den Franzosen der Lorbeer am Rhein billig blühte und sie als „Befreier der Völker“ mit offenen Armen empfangen wurden. Handel und Wandel regten sich, am Niederrhein erwuchsen die Ansätze selbstthätigen Gewerbestrebes, und das Bürgertum, eben erst auf die Füße gestellt, mochte seine Glieder recken. Doch gelangte es gar zu bald zu der nüchternen Erkenntnis, daß das Pinfengericht wirtschaftlicher Freiheiten, mit dem bitteren

Salze der Fremdherrschaft gewürzt, das Erstgeburtsrecht — die eigene Herrschaft — nicht ersetzen könne, und der brutale Despotismus Napoleons erschien vielen drückender, als ehemals die Herrschaft der Szepter und Krummstäbe.

Von Preußen ging die Wendung aus. In der Erniedrigung und Not, in welche die Schlacht von Jena den Staat Friedrichs II. gestürzt, wurden die Reformen durchgeführt, die Preußen retten sollten: Städteordnung, Bauernbefreiung, Volksheer. Die frohen Hoffnungen auf ein einiges Deutschland wie auf ein freies würdiges Volkstum und Erwartungen, die königliche Versprechungen erweckt hatten, trieben die Jugend zum ruhmreichen Freiheitskampfe gegen die Fremdherrschaft. Aber nach dem Kriege lebte der alte kleinstaatliche Jammer wieder auf, und in Preußen, auf das sich die Blicke der bürgerlichen Patrioten gerichtet hatten, blieb der Feudaladel die herrschende Klasse, die Gesetzgebung im wesentlichen auf das Interesse des Großgrundbesitzes zugeschnitten. Und doch hatte Preußen am Rhein und in Westphalen weite Gebiete erhalten mit einer wirtschaftlich und geistig ziemlich reglamen bürgerlichen und kleinbäuerlichen Bevölkerung, die sich nur schwer in das feudale Regierungssystem fügen mochte.

Die ungestillte Sehnsucht, die vornehmlich in der bürgerlichen Jugend, unter Studenten und Turnern lebte, wandelte sich infolge der elenden Demagogenheze bald in wirklichen Oppositionsgeist, der sich allerdings öffentlich wenig bemerkbar machen konnte; die Presse lag an der Kette der Censur gebunden, an Vereins- und Versammlungsrecht war nicht zu denken, und auch die Männer der Wissenschaft sahen sich in ihrem Wirken auf Schritt und Tritt gehemmt. In Süddeutschland durfte sich der Liberalismus in einer höchst bescheidenen Kammeropposition als Steuerbewilligungsmaschine zur Geltung bringen, ohne große Teilnahme des Volkes und ohne Nachwirkung auf die Geschicke des Landes.

So zuckte die Kunde von der Julirevolution wie ein elektrischer Schlag durch die deutschen Gauen, namentlich im Westen bei Bürgern und Bauern freudige Erregung und die glühendsten Hoffnungen entzündend. Sie mußte, davon war jeder überzeugt, für das deutsche Vaterland von reichen Folgen sein. Schon im September rebellierte man in ver-

chiedenen Städten Mitteldeutschlands, und es regte sich auch unter den Bauern. Doch man verhieß konstitutionelle Freiheiten und händigte so die Gemüther.

In Frankreich bestieg mit dem Bürgerkönig Louis Philipp die Finanzaristokratie den Thron, um sich die Er-rungenschaften der Julitage zu sichern. Und da das Prole-tariat, welches in den Kämpfen gegen das Bourbonentum vorangestanden, sich um die Siegesfrucht betrogen sah und zu meutern anhub — so im November 1831 die hungernden Seidenweber in Lyon — ward es so mitleidlos zusammen-geschossen, wie man ehemals die bürgerliche Kanaille zu Paaren getrieben hatte. So erhielten die Geschäfte freie Bahn und Louis Philipp bot den Mächten auch Gewähr, daß die Ruhe Europas durch Frankreich nicht gestört werde.

Inzwischen war Warschau nach heldenmütigem Ringen gefallen, die russische Armee, die Reserve der europäischen Monarchien, freigeworden, den Gütern des Bestehenden in Deutschland der Alp genommen. Man konnte nun handeln. Bereits im Spätherbst 1831 begannen Verhandlungen zwischen Wien und Berlin, um dem Uebel gründlich abzuhelpfen. Es war bedenklich gewachsen, äußerte sich aber zumeist in harm-losen Festen und Zusammenkünften. Die Reste der polnischen Armee wurden bei ihrem Durchmarsch durch Süddeutschland begeistert empfangen. Man veranstaltete Volksfeste unter freiem Himmel, so in Hambach, auf denen „der Deutschen Mai“ gefeiert wurde. Die Presse, bisher eine lahme Botin, schwang sich zu Tribünen auf, voraus der „Westbote“ Dr. Sieben-pfeiffers, der „Wächter am Rhein“ von Franz Stro-meyer und Wirths „Deutsche Tribüne“.

Die Regierungen hatten indes ihre Vorbereitungen ge-troffen. Die Bundesbeschlüsse vom 28. Juni und 5. Juli 1832, die Pressfreiheit, Versammlungsrecht und das ver-fassungsmäßige Recht der Stände in ihren Wirkungen voll-ständig vernichteten, ließen keinen Zweifel übrig.

Die Mitglieder der Burschenschaften im Verein mit jungen Handwerkern waren es vornehmlich, die sich bereit glaubten, den Fehdehandschuh aufzunehmen. Jakob Benedey, Dr. von Raufschenplat u. a. durchzogen als revolutionäre Send-boten Süd- und Westdeutschland, die zerstreuten Kräfte zu

sammeln, neue Anhänger zu werben; in der Gegend von Frankfurt verbreiteten die Literaten Wilh. Sauerwein, Funk und Freieisen die liberalen Grundsätze unter dem Handwerkerstand; im Hessischen versuchten Weidig und Büchner, die Agitation unter die Handwerker und Bauern zu tragen.¹⁾

Da kam der Frankfurter Putsch am 3. April 1833 und gab das Signal — nicht zur Erhebung Deutschlands, sondern zu den schroffsten reaktionären Maßnahmen. Der Ausbruch des Putsches war vorher den Bundestagsgesandten bekannt, der substituierte Präsident, der sächsische Gesandte Manteuffel, hatte das Mainzer Gouvernement aufgefordert, alle verfügbaren Truppen bereit zu halten, sie nötigenfalls auf Wagen herüberzusenden. Es wäre leicht gewesen, Studenten und politisch verdächtige Personen aus der Stadt zu entfernen. Es geschah nicht. Die von den Revolutionären als erste Zielscheibe ihres Angriffs ausersehene Wachmannschaft der Konstablerwache, 15 Mann hoch, wurde nicht verstärkt, dagegen das Linienmilitär in der Kaserne konsigniert.²⁾ Wie die Regierenden das Ereignis würdigten, geht aus den Worten hervor, welche der neue Minister des Auswärtigen in Preußen, von Ancillon, fand: „Dieses Attentat kann Deutschland retten, wenn es recht benutzt wird.“

Und es wurde benutzt. Eine Zeit unerhörter Verfolgungen begann, nicht von den kompetenten Gerichtshöfen geführt, sondern von außerordentlichen, aus willfährigen Beamten bestehenden Kommissionen. Die durch Bundesbeschluß vom 20. Juni eingesetzte Bundescentralbehörde zählt in ihrem Endbericht 1800 Angeschuldigte auf; darunter hochgebildete und geachtete Männer des Landes. Hunderte wurden eingekerkert, viele jahrelang festgehalten, um hinterher als unschuldig entlassen zu werden. Es wurde zum Sprichwort: „Zu lebenslänglicher Unterfuchung verurteilt.“ Die Behandlung

¹⁾ Vgl. die „Altenmäßige Darstellung der im Großherzogtum Hessen in den Jahren 1832—1835 stattgehabten hochverräterischen und sonstigen damit in Verbindung stehenden verbrecherischen Unternehmungen“ (von Hofgerichtsrat Schäffer). Darmst. 39. S. 4 ff.

²⁾ S. Darstellung der Hauptresultate aus den wegen der revolutionären Komplotte der neuern Zeit in Deutschland geführten Unterfuchungen. (v. Frhr. v. Wagemann.) Frankf. 38. S. 26 f.

in den Gefängnissen war so feig als grausam. Viele Opfer gaben sich in der Verzweiflung den Tod oder versielen dem Wahnsinn. Da zogen es Hunderte vor, dem Arm der schamlos gewordenen „Gerechtigkeit“ zu entfliehen, den gastlichen Boden Frankreichs und der Schweiz aufzusuchen.

Manneswürde und Freiheits Sinn, die einmal als gute deutsche Eigenschaften gegolten, waren zu Verbrechen geworden. Der Terrorismus teilte sich vom Beamtentum auch weiten Schichten der kleinbürgerlichen Bevölkerung mit; dumpfe Resignation bemächtigte sich der Geister, nur im Geheimen und von wenigen wurde der glimmende Funke des Widerstandsgeistes genährt...

Erster Abschnitt.

Das Asylrecht in der Regeneration. — Gastfreundliche Aufnahme der Flüchtlinge. — Anstellung als Lehrer und Beamte. — Die Brüder Snull. — Flüchtlingsorgen und Hoffnungen. — Mazzini. — Rauschenplat. — Revolutionsromantik. — Die polnische Emigration.

Seit den Zeiten der Reformation sind religiöse und politische Flüchtlinge in Scharen in der Schweiz gastfreundlich aufgenommen worden, nicht zum Nachteil des Landes; mancher wichtige Gewerbezweig ward von diesen Flüchtlingen eingeführt. Viele ließen sich dauernd nieder, erwarben auch Stellung und Ansehen. Der Kern des schweizerischen Volkes hat das Asylrecht stets hochgehalten, und oft hat sich das freie Alpenland als einen Hochaltar der Freiheit in Europa erwiesen.

Auch die deutschen Flüchtlinge, die nach den mißglückten Erhebungsversuchen 1832 und 1833 sich nach der Schweiz begaben, konnten sich nicht beklagen. Man war den freiheitlichen Bestrebungen des deutschen Volkes mit aufrichtiger Sympathie gefolgt, hatten doch die Kantone selbst in jenen erregten Zeiten nach der Julirevolution Erschütterungen durchzumachen, die zu einer politischen Regeneration auf Grundlage der Rechtsgleichheit und der Volkssouveränität führten. Die Flüchtlinge hatten daheim ja auch Staatseinrichtungen herbeizuführen gesucht, die in der Schweiz feste Form gewor-

den waren. In der Summe neuer Kraft, welche die Verfassungsreformen entbanden und welche ein fester Förderativring in eine Gesamtkraft zu vereinigen versprach, sahen die Eidgenossen eine mächtige Bürgschaft für ihre Unabhängigkeit¹⁾; das Nationalbewußtsein war in revolutionären Tagen immer am mächtigsten hervorgetreten; die Wahrung des Asylrechtes galt jetzt mehr denn je als Anzeichen der nationalen Selbständigkeit.

So wurden die Fremden als Märtyrer der Freiheit betrachtet und waren namentlich den herrschenden Liberalen willkommen. Denn die Vertretung des neuen Regiments in Verwaltung, Justiz und Presse, die Schulreform, die den ans Steuer Gelangten besonders am Herzen lag, die neugegründeten Hochschulen — alles erforderte tüchtige Geisteskräfte und so suchte namentlich Bern gebildete Flüchtlinge für den Dienst der Republik zu gewinnen. Siebenpfeiffer, der Mann von Hambach, der monatelang im Gefängnis gesessen hatte und dann entflohen war, wurde Professor an der Universität; Gärth, ein Teilnehmer am Frankfurter Putz, Adjunkt des Staatsanwalts; Lufft, kein Flüchtling, aber ein deutscher Radikaler, Untersuchungsrichter; eine ganze Reihe anderer fand Anstellung als Lehrer an Volks- und Mittelschulen. Man hat damals und später der herrschenden Partei vorgeworfen, in manchen Fällen wohl mit Grund, sie habe bei den Anstellungen mehr auf radikales Renommee denn auf Wissenschaftlichkeit gesehen.

Nicht jedem dieser Fremden ist es gelungen, die Eigenart des schweizerischen Volkes, das weniger auf die Form als auf das Wesen der Personen und Dinge Wert legt, zu verstehen. Einzelne aber, Männer von Einsicht und Takt, gewannen sogar Einfluß auf die Geschicke des Landes. So ist vor allem Ludwig Snell, der in der Schweiz eine wahrhaft populäre Gestalt ward, ein ehrenvolles Beispiel für die Schweizer wie für die Deutschen.²⁾ Schon 1828 in die Schweiz ge-

¹⁾ Vergl. Casimir Pijffer, Ueber die Folgen der neuesten Staatsreformen in der Schweiz in Hinsicht auf Politik und Kultur. Zürich 1831.

²⁾ C. Junius (Fröbel), Politische Briefe über die Schweiz vom Verfasser der neuen Politik. (Politische Bilder aus der Zeit. Herausgegeben von Arnold Ruge. Leipzig 1847. I, 1874.)

kommen, erlangte der ehrenwerte und tüchtige Gelehrte mit seinen schätzbaren Kenntnissen und großen publizistischen Fähigkeiten bald nicht geringe Geltung in den Staatsveränderungen der Dreißiger Jahre, besonders in Zürich. Ein echter Republikaner in Gesinnung und Lebensweise, ein wahrer Menschenfreund — unterschrieb er sich doch selbst einmal *advocatus pauperum* —, fühlte er sich im Schweizerland heimisch und es gelang ihm auch bald, die nur zu oft begründete persönliche Zurückhaltung der Schweizer gegen die Fremden in seiner Person ganz zu überwinden.

Sein Bruder, Wilhelm Snell, hat sich als Professor in Bern unbestrittene Verdienste um die Volksbildung erworben¹⁾; seine Absicht war von vornherein, das Bildungsprivileg der Stadtaristokratie zu brechen und aus den Söhnen vom Lande ein junges, für die Grundsätze der Regeneration entschlossenes Geschlecht zu erziehen.

Mit den Flüchtlingen hielten die Gebrüder Snell innige Fühlung; an den Verbindungen der Deutschen in der Schweiz nahmen sie indessen keinen Anteil. Auch Professor Siebenpfeiffer, dessen glühende Begeisterung nach all den Schlägen sich in düstere Schwermut verwandelt hatte, zog sich bald von der politischen Thätigkeit zurück. Ueberhaupt entsagten viele — nicht alle —, denen man Gelegenheit zu praktischer Thätigkeit bot, ihren nationalen Plänen und gingen in ihrem neuen Wirkungskreise auf.

Aber die große Masse der Flüchtlinge sah sich in dem fremden Lande ohne wirkungsvolle Arbeit. Viele waren grausamer Behandlung in deutschen Gefängnissen mit Gefahr entronnen, manche hatten erst England und Frankreich aufgesucht, hatten dort keine Ruhe gefunden und waren nun abgehezt, an Leib und Seele krank. Die meisten waren arm, schlugen sich kümmerlich durch, mit allerhand geistigen Handlangerdiensten, Stundengeben, Uebersetzungen und dergleichen sich kaum das Notdürftigste erwerbend, vielfach auf die Mildthätigkeit der Genossen angewiesen. Aber auch die schwärzeste Flüchtlingsjorge vermochte der Mehrzahl nicht Lebensmut und Lebensfreude

¹⁾ Ueber W. Snells Thätigkeit an der Berner Hochschule siehe u. a. Eduard Müller, die Hochschule Bern in den Jahren 1884—1884, Seite 38.

zu rauben. Fast alle nährten sich mit den glühendsten Hoffnungen für die allernächste Zukunft. Ihre Anwesenheit in der Schweiz hielten sie nur für eine vorübergehende, in kürzester Frist müsse es ja in Deutschland wieder „losgehen“, und in ihre Träume woben sich bereits die Einzelheiten der zukünftigen Gestaltung der Dinge.

Gefinnungs- und Leidensgenossen aus Polen und Italien, mit denen sie in der Schweiz zusammentrafen, bekräftigten sie in diesem Glauben. Von den Italienern war es vornehmlich Mazzini, der ihnen imponierte. Das Lebenselement der italienischen Flüchtlinge war die „Verschwörung“ mit mittelalterlichem Formelkram, furchtbaren Eidschwüren und Todesurteilen. Die Deutschen hatten bereits in der Heimat ihre geheimen Verbindungen; unter Mazzinis Einfluß bildeten sich auch bei ihnen wunderliche Formen aus. Nun waren gewiß die Deutschen für die Verschwörung am wenigsten geeignet. So tren die meisten ihre Versprechungen hielten, so wenig zuverlässig waren sie in der Wahrung von Geheimnissen; meist laute redselige Gesellen, die ihr Herz auf der Zunge trugen.

Ausnahmen gab es wenige. Einer ist hier zu nennen, der kluge verschlossene Hermann von Rauschenplat, die markanteste Erscheinung der ganzen Flüchtlingschar, von den vielen opferwilligen Männern der entschlossenste und trotz seines schrullenhaften Wesens, das ihm den Spitznamen „Kater“ eingetragen, ein gutmütiger Mensch und treuer Kamerad.

Als junger Privatdocent in Göttingen war er früh mit den Behörden in Konflikt geraten. Erlittene Unbill drängte auch ihn auf den Weg, auf dem er Leben und bürgerliche Existenz fortdauernd in die Schanze schlagen sollte. Als die Julirevolution ihre Wellen nach Deutschland warf, schlugen auch die akademischen Bürger in Göttingen los, an ihrer Spitze Rauschenplat, Ahrens und Theodor Schuster. Magistrat und Polizeibehörde wurden abgesetzt, Bürgerschaft und Studenten bewaffnet, eine neue Behörde aus Rechtsanwälten, Dozenten und Bürgern gebildet und unser Rauschenplat war Chef der bewaffneten Macht. Es ging auch da nicht ab ohne den revolutionsromantischen Firlenz, der damals und noch lange später im Schwange war und in so schroffem

Gegensatz stand zu den ernsten Dingen, um die es sich handelte. So hatten die „Revolutionäre“ von Göttingen ihre eigene Kokarde in der lieblichen Farbenmischung rot-grün-lila, und wenn die bewaffnete Macht auf Wache zog, so ließ sie nach bekannter Melodei den schönen Kantus steigen, „Rauschenplat geh' du voran, du hast die längsten Stiefel an“. Hannoverisches Militär machte der burschikosen Souveränität bald ein Ende. Rauschenplat wirkte sodann mit Jakob Benedey als Emissär der revolutionären Studentenkomitees in Süd- und Westdeutschland. Der Frankfurterputsch war vornehmlich sein Werk.

Nach der Schweiz geflüchtet, hatte er die friedfertige Absicht, sich in Baselland als Advokat niederzulassen. Aber daraus wurde nichts; die Kämpfe zwischen Baselstadt und Land rissen ihn in das alte Fahrwasser. In dem kleinen Dorfe Diepflingen fand die Komödie von Göttingen ihre zweite Auführung.¹⁾ Die baselstädtischen Landjäger wurden mit den Söhnen Diepflingens nicht fertig, und am 20. Mai 1833 erklärte sich das Gemeinwesen mit seinen 59 Aktivbürgern als unabhängige Republik. Der Doktor Rauschenplat entwarf die Verfassung wie die Proklamation, womit den übrigen Ländern Europas das Inslebentreten der Republik Diepflingen kund gegeben wurde. Auch hier nahm die Herrlichkeit bald ein Ende: eine Hofrevolution in Diepflingen selbst vernichtete die sprossenden Keime der Autonomie; die Landjäger von Basel faßten neuen Mut und rückten in hellen Scharen an; die Träger der neuen Staatsgewalt in Diepflingen, Rauschenplat und sein Hauswirt, hieben, Schmerz in der Brust, den selbst gepflanzten Freiheitsbaum wieder um, machten sich rechtzeitig aus dem Staube — und die Selbständigkeit Diepflingens sank dahin.

Rauschenplat ging nach Bern und wurde an der dortigen Hochschule Privatdocent für Kriminalrecht. Natürlich beteiligte er sich, wo er konnte, an den Bestrebungen, die Bewegung in Deutschland aufs neue zu entfachen. Dem Flüchtlingsklatsch ging er aus dem Wege, von einem förmlichen Beitritt zu den Verbindungen wollte er anfangs nichts wissen, wenn es aber zu handeln galt, war er immer dabei. Anfangs fand er mit seiner eigenartigen kurzen Art wenig Verständnis bei den Ge-

¹⁾ Vgl. Freitag, Karl Mathy. S. 127 u. 128.

sinnungsgenossen, besonders die Italiener konnten den wortfargen blonden Niederdeutschen gar nicht begreifen, und Rauschenplat, der ein Mann der That, aber nichts weniger als ein Utopist war, machte sich gerne das Vergnügen, die Fremdlinge zum besten zu halten. Gustav Freytag erzählt aus den Lebenserinnerungen Karl Mathys eine hübsche Episode: Als Mazzini einmal zu Rauschenplat von der edlen Milde seiner Zukunftsrepubliken sprach und begeistert fragte, wie der Deutsche sich die künftige Einheit eines humanen Strafrechts in Deutschland und Italien denke, dann platzte der „Kater“ Rauschenplat heraus: „Als Standrecht“. Mazzini aber presste krampfhaft die Hände zusammen und die staunende Enttäuschung, die in seinem Blicke lag, mochte wenig schmeichelhaft für den derben Gesellen sein, der so selbstzufrieden vor ihm stand.¹⁾

Bei aller Neigung zur Draufgängerei wurde die revolutionäre Thätigkeit bei Rauschenplat keineswegs zum Sport. Er glaubte allen Ernstes, mit kleinen Gewaltstreichen, Attentaten und Ueberfällen die große Volkserhebung, die aller Erwartung war, herbeiführen zu können, während man damit doch nur den Gewalthabern willkommene Veranlassung zu den schärfsten Gegenmaßnahmen bot, und auch die wiederholte Erfahrung, daß die meisten dieser „revolutionären“ Streiche von den Geheimen der heiligen Allianz selbst angezettelt wurden, vermochte Rauschenplat und Leute seines Schlages nicht zu ernüchtern.

Eine kleine Putscharmee, die ihren vorläufigen Daseinszweck in dieser Art Revolution sah, bildete die Truppe polnischer Offiziere und Soldaten, die anfangs April 1833 ihre Standorte Besançon und Dijon verlassen hatten und in die Schweiz gekommen waren, nach aller Wahrscheinlichkeit gelockt durch die vorgespiegelte Aussicht auf einen allgemeinen europäischen Krehraus, der mit der Erhebung Deutschlands beginnen sollte, getrieben durch harte entehrende Behandlung von seiten ihrer französischen Schutzherren. Tapfere kriegsgewandte Leute, ihren Vorgesetzten unbedingt ergeben, träumten sie, mit den Waffen in der Hand wieder nach Polen zu marschieren und

¹⁾ Gustav Freytag setzt (S. 116) hinzu, Rauschenplat habe „sich zufällig diese Theorie gebildet“.

dort die Republik zu erkämpfen. Sie waren im Kanton Bern interniert und konnten weder vorwärts noch rückwärts, erhielten Unterstützungen von wohlthätigen Privaten und den Kantonsregierungen.

Die Geschichte ihres Aufenthaltes in der Schweiz ist eng verknüpft mit dem Schicksale der deutschen Flüchtlinge. Die politischen Ereignisse, die sich an ihren Aufenthalt knüpfen, bilden gewissermaßen die Ouverture zu dem Notenspiet, das bald darauf durch die Mächte aufgeführt werden sollte.

Zweiter Abschnitt.

Die Verlegenheit der Berner Regierung und der Vorort Zürich. — Reklamation des badischen Grenzkommisars. — Die Haltung Frankreichs. — Hilfsvereine für die Polen. — Reklamationen der deutschen Regierungen. — Sendung Rossis nach Paris. — Gastfreundschaft des Berner Volkes und Staates. — Sicherheitsmaßnahmen.

Der unerwartete Einmarsch von 380 Polen hatte die Berner Regierung in große Verlegenheit gebracht. Die Eindringlinge gewaltsam über die Grenze zurückzujagen, verbot ein Mitgefühl, das damals im ganzen gebildeten Europa die Herzen erfüllte; die Regierung wußte sich gedeckt von der öffentlichen Meinung des ganzen Landes und glaubte auch sicher auf die Mithilfe der andern Kantone, besonders des Vororts bauen zu können, als sie den Polen einstweilen Aufenthalt und Unterstützung zu gewähren beschloß. Gleichzeitig aber unternahm sie beim Vorort Schritte, um die Angelegenheit als eine gemeineidgenössische erklären und die Polen, die vorsichtshalber in kleinere Trupps geteilt und in verschiedene Orte verlegt wurden, auf die übrigen Kantone zu verteilen.¹⁾ Aber davon wollte der Vorort nichts wissen; er

¹⁾ Schreiben des Regierungsrates an den Vorort, 11. April 1833. Bericht des dipt. Departements an den Großen Rat, 8. Mai 1833. — In seiner „Geschichte der schweizerischen Neutralität“, übrigens in seiner Gesamtheit ein Monument wissenschaftlichen Fleißes, wiederholt und verschärft Paul Schweizer die alten, oft erhobenen, nie bewiesenen Anklagen gegen die Berner Regierung, die auf Grund der Berner Akten gar nicht aufrechtzuerhalten sind: „daß die radikalen Elemente der Regierung, namentlich der 1833 gewählte Karl Schnell von Burgdorf, sich vor einer innern Reaktion nötigenfalls auch mit Hilfe der Polen zu

wies die Gesuche der Polen an die Regierung von Bern und eröffnete dieser, er könne die Polenfrage unmöglich als vaterländische Angelegenheit betrachten; die Aufnahme der jeder Legitimation entbehrenden Fremdlinge sei nicht zulässig gewesen, der Bestand solcher Corps gefährde die innere Ruhe und äußere Sicherheit des Landes. In seinem ablehnenden Verhalten wurde der vorörtliche Staatsrat noch bekräftigt, als am 15. April ein Schreiben des badischen Grenzkommisars, Oberst v. Beust, anlangte, der sich einen Durchzug der Polen durch den Kanton Zürich energisch verbat.¹⁾

Um die Polen nun über die französische Grenze zurückzuführen, wandte sich da Bern an den französischen Botschafter v. Rumigny. Dem Appell an die Großmut der großen Nation, den das Schreiben enthielt, wurde die Antwort zu teil, am selben Tage, den 16. April, sei ein Befehl aus Paris eingetroffen, der den Polen die Rückkehr nach Frankreich untersage. Dennoch passierten nach wie vor flüchtige Polen die Schweizergrenze; Pässe der französischen Regierung wiesen sie nach der Schweiz.²⁾

Die Verlegenheit Berns wuchs, als den Internierten die Unterhaltsmittel ausgingen und der Staat und die private Wohltätigkeit einspringen mußten. Wiederholt kam da die Berner Regierung in ihren Schreiben an den Vorort auf die Ansicht zurück, daß eine unerwartete Uebertretung des Bundesgebietes durch einen Haufen militärischer und politischer Flüchtlinge keine bloße Kantonalsache sein könne. „Hier ist unseres Erachtens der Prüfstein, ob man bloß durch Worte oder aber in der That ein festeres eidgenössisches Band begründen wolle.“ Der Vorort möge die Unterhandlungen mit Frankreich übernehmen und mit Nachdruck führen. Zugleich wurden die Polen aufgefordert, eine Bittschrift an die fran-

schützen dachten und daß sie dieser wenig begründeten Furcht für ihre Seffel das Wohl des engern und weitem Vaterlandes nachstellten. Uebrigens (!) begünstigte der radikale Juraßier Stockmar den Uebertritt.“ (M. a. D. S. 708.) Schon J. Baumgartner (I. S. 400) hatte über diese unbewiesenen Anklagen bemerkt: „Der Geschichtschreiber darf solchen Angaben nur den Wert von Gerüchten beilegen und keine bestimmten Schlüsse aus denselben ziehen“.

¹⁾ St. M. Zürich, P. 187.

²⁾ Prot. 28. April 1833.

zöfische Regierung um Wiederaufnahme einzureichen. Diese aber erklärte dem schweizerischen Gesandten, daß die Polen sich selbst die Rückkehr für immer verschlossen hätten.¹⁾ Die Kantone Zürich, Aargau, Solothurn, Basel, Neuenburg und Waadt trafen, wie die süddeutschen Staaten, Vorkehrungen, um den Uebertritt der Polen zu verhindern. Genf, Luzern, Thurgau, St. Gallen, auch Waadt und Zürich erklärten sich bereit, an den Kosten der Internierung sich zu beteiligen. Von einer Uebernahme durch die Eidgenossenschaft wollte die Mehrzahl nichts wissen. Wie das in Bern aufgefaßt wurde, sagt das Botum des Herrn A. v. Tillier, der am 9. Mai im Großen Räte sein tiefes Bedauern aussprach über die Art, „wie diese Angelegenheit von einigen Kantonen und selbst vom Vororte angesehen worden ist, während man so schön klingende Phrasen von Gemeinfinn und Brüderlichkeit in die Welt hinausfickt, die unter solchen Umständen wahrhaftig Bauchgrimmen verursachen und dem ganzen Europa als Heuchelei und Spott erscheinen müssen“. ²⁾

In der ganzen Schweiz entstanden Hilfskomitees für die Polen. Die vielen gemeinnützigen und patriotischen Vereine sprangen ein, sammelten Unterstützungen und verwendeten sich bei den Kantonsregierungen, daß das Asylrecht, „die alte geheiligte Uebung der Schweiz, politisch Verfolgten Schutz und Gastfreundschaft zu gewähren“, den Polen nicht versagt werde. ³⁾

Aber auch die deutschen Regierungen gelangten an den eidgenössischen Vorort mit der wiederholten dringenden Aufforderung, zu sorgen, „daß auf ihrem Grund und Boden sich nicht Herde der Verschwörung bilden, welche den benachbarten Nationen fortwährend Stoff zu gerechten Besorgnissen geben und sie in die Notwendigkeit setzen, jeden Tag zur Wehr gegen plötzliche Ueberfälle von Menschen bereit zu sein, die

¹⁾ Abschl. 33. I. 189. Vgl. Dipl. Dep. IV. 377.

²⁾ Berner Großratsverhandlungen 1833. Protokoll Nr. 30. S. 149.

³⁾ Petition von Kantonsbürgern an den Zürcher Regierungsrat, 29. April 1833. Petition des patriotischen Vereins in Zürich vom 2. Juni. St. A. Zürich, P. 187. Petition der helvetischen Gesellschaft an den Großen Rat von Zürich, 9. Mai. Aufruf der helvetischen Gesellschaft: Eidgenossen! errichtet Polenvereine! Arbon, 29. Mai.

offenkundig die Absicht haben, Aufruhr und Verwirrung zu verbreiten“¹⁾)

Nun war von Asylgewährung durch die Eidgenossenschaft keine Rede mehr, obwohl gerade eine Verteilung der Internierten an die verschiedenen Kantone gewiß dienlicher gewesen wäre, als das Zusammenhalten der ganzen Truppe im Kanton Bern. Dagegen sandte der Vorort (am 17. Mai) Professor Rossi von Genf, den Freund Guizots, nach Paris, um die Wiederaufnahme der Polen zu erwirken und die Stimmung der Kabinette zu erforschen. Richtet dieser Mann, so hieß es²⁾, mit seinen wichtigen Verbindungen in jener Weltstadt nichts aus, ist auch jeder andere unvernünftig. Nach anderer Meinung war aber gerade Rossi der am wenigsten Geeignete für jene Sendung.

Einstweilen mußten die Polen noch auf Berner Gebiet verbleiben, und was konnten die Berner Behörden anderes thun, als die Gebote der Gastfreundschaft an den Heimatlosen zu erfüllen, wie drückend auch die Internierungskosten waren. Sie betrachteten die politische Gastfreundschaft nicht als eine lästige Bürde, die man nur dann trägt, wenn sie Vorteile bringt, sondern als eine heilige Pflicht, die man erfüllt trotz Widerwärtigkeiten. Doch machte sich in der Bevölkerung, zumal auf dem Lande, eine Mißstimmung geltend³⁾, denn die Polen kosteten der Berner Staatskasse monatlich 9000 Franken, und so beschloß der Große Rat am 26. Juni auf den Antrag des Regierungsrates selbst, vom 15. Juli ab nur den stufenmäßigen Beitrag, wie die übrigen besteuernden Stände zu entrichten. Beinahe alle Großräte vom Lande stimmten dafür.

Aber in den Bezirken des Jura, wo die Polen untergebracht waren, lebten diese mit den Einwohnern im besten Einverständnis, und in einem Kreisschreiben an alle Regierungstatthalter vom 31. Juli⁴⁾ wird ihnen von der Regierung das Zeugnis ausgestellt, „daß nur günstige Berichte über ihr stilles,

¹⁾ Deutscher Bund an die Eidgenossenschaft, 15. Mai 1833. Note des Herrn v. Olfers, 15. Mai. Vgl. die vorhergegangenen Noten vom 15. und 24. April. Abchied 33. I. 187.

²⁾ Baumgartner, I. 402.

³⁾ Bericht des Dipl. Dep. vom 20. Juni.

⁴⁾ Dipl. Dep., IV. 150—157.

ruhiges und bescheidenes Betragen eingelangt sind“. Die Regierung setzte das Vertrauen auf die Mitbürger, „daß sie stets mit ihr einverstanden sein werden, wenn sie handelt, wie es der Regierung eines edlen und christlichen Volkes geziemt. Auf diese Weise ist gegen die Unglücklichen gehandelt worden, deren Schicksal die Vorsehung dem bernischen Volk auf eine kurze Zeit anvertraut hat. Sie werden bald vorübergehen, die Tage, an welchen unser Land noch im Fall sein mag, einige Opfer der Großmuth und Gastfreundschaft zu bringen, aber nicht vorübergehend, sondern ehrenvoll und segensbringend wird es für das freie Volk des Kantons Bern sein, daß es christlich und gastfreundlich gegen einige hundert Flüchtlinge gehandelt hat, die in Folge eines heldenmütigen Kampfes für die Freiheit ihres Vaterlandes alles verloren haben, was dem Menschen teuer ist.“ In diesem Geiste handelte auch Bern, als eine deutsche Gerichtsbehörde die Abhörung polnischer Offiziere verlangte, behufs Beurteilung eines in Bayern gefangensitzenden Polen. Die Angelegenheit erstreckte sich auf den Freiheitskampf der polnischen Nation, bemerkte das diplomatische Departement in seinem Gutachten vom 18. Juli ¹⁾, sie falle mit der Untersuchung Polens von selbst weg; „diese gerichtliche Untersuchung dürfte zu neuen Verfolgungen der unglücklichen Polen mißbraucht werden“. So wurde dieses Begehren als durch keine gegenseitige Uebereinkunft gerechtfertigt abgewiesen.

Im eigenen Interesse verfügte aber auch die Regierung die notwendigen Maßnahmen, um etwaigen Ausschreitungen der Polen vorzubeugen; ihre militärische Organisation wurde nicht anerkannt, ihre Bewaffnung, aus der man viel Wesens gemacht, bestand in 10 Säbeln und einigen Pistolen. Man hieß sie in ihren Depots verbleiben. Das Herumziehen wurde ihnen verboten. ²⁾

¹⁾ Dipl. Dep., IV. 102.

²⁾ Dipl. Dep., III. 396 und 402; IV. 294.

Dritter Abschnitt.

Die Mächte und die Schweizer Regeneration. — Preußen und die Unruhen in Neuenburg. — Das Wohlwollen Frankreichs. — Rossis erfolglose Rückkehr. — Sendung v. Tilliers nach Frankfurt und dem Haag. — Vorschlag Frankreichs. — Louis Bonaparte und die polnische Lotterie. — Der Einfall in Savoyen und die Pariser Polizei. — Sympathie der Bevölkerung für die Flüchtlinge. — Wiederaufnahme der Polen im Kanton Bern.

Nicht ohne Sorge sah man den Beratungen der Tagssatzung entgegen, die am 1. Juli eröffnet wurde. Sollte sie doch in den Wirrnissen des Landes entscheidend eingreifen und hatte sie sich daneben noch zu wehren gegen die unbefugten Eingriffe der autokratischen Mächte, die in der politisch fortschreitenden Alpenrepublik einen Herd der Revolution erblickten! Schon Anfang Juni 1832 war in Wien ein Memorandum zur Grundlage gemeinschaftlicher Instruktionen der Gesandten entworfen worden. Darin wurde der Schweiz das Recht der freien Bundeskonstituierung abgesprochen und die Gewährleistung der immernwährenden Neutralität als verwirkt erklärt, wenn die wesentlichen Grundlagen des Bundesvertrages von 1815 geändert würden.¹⁾ Die gegenrevolutionären Bestrebungen der Aristokratie fanden bei den fremden Diplomaten offenkundige Begünstigung, so daß sich die Machthaber von Schwyz gar nicht scheuten, in der Sarnerkonferenz auf direkte Anknüpfungen mit den absolutistischen Mächten zu dringen.²⁾ Vor allem that sich der österreichische Gesandte, Graf von Bombelles,³⁾ durch seinen Legitimitätseifer hervor; er stand sogar im Verdacht, in die Erlacherhofverschwörung eingeweiht gewesen zu sein und die Verschwörer ermutigt zu haben.⁴⁾ Aber die Schritte, die der Vorort unternahm, um seine Ab-

¹⁾ Vgl. Feddersen, S. 215.

²⁾ Feddersen, S. 159.

³⁾ Ludwig von Bombelles war der Sohn eines französischen Flüchtlings und wurde infolge der Emigration in Neapel erzogen. Vgl. über ihn: Biographisches Lexikon des Kaiserthums Oesterreich. II. 40. Wien 1857. Ueb. i. Familie vgl. den Artikel Michauds in dessen Biographie universelle. Par. 1812. V. 70.

⁴⁾ Feddersen, S. 136.

berufung zu veranlassen, riefen nur eine unwillige Verbalnote von Wien hervor.

Auch der schweizerische Gesandte in Wien, Herr von Effinger, war kein besonderer Freund des neuen Regiments, das die Patrizier aller Vorrechte beraubte. „Alle seine Umgebungen und verwandtschaftlichen Verbindungen“, so heißt es in einem Vortrag des Berner diplomatischen Departements an den Regierungsrat vom 6. Juli 1832, „gehören einer Klasse an, die der neuen Ordnung der Dinge abhold ist, ja ihr den starresten Widerstand entgegensetzt“. Die Berner Regierung trug darum bei der Tagssatzung an, den Herrn von Effinger abzuuberufen. Dem Begehren wurde aber nicht entsprochen, und der Gesandte am 11. Juli 1832 wiedergewählt.¹⁾

Eine der ersten Handlungen der neuen Tagssatzung des Jahres 1833 war, den Gesandten in Wien zu bestätigen.²⁾ Eine Abberufung Effingers hätte auch die Verwirrung nur steigern, die Gegensätze nur verschärfen können. Denn das Benehmen der fremden Gesandten in der Schweiz ließ keinen Zweifel darüber, daß sie jede Gelegenheit begierig ergriffen, um die Schwierigkeiten, mit denen die Schweizer Regierungen zu ringen hatten, zu mehren. Der Einladung des Vororts zur Teilnahme an der Eröffnung der Tagssatzung waren die Diplomaten auffallenderweise nicht gefolgt,³⁾ dagegen stellten sie sich am Abend des 6. August bei dem Bundespräsidenten ein, um diesen wegen der eidgenössischen Intervention in Baselland zur Rede zu stellen, sich über die Teilnahme von Flüchtlingen an den dortigen Kämpfen zu beklagen und zu fragen, „ob man denn gegen die Stadt Basel Gewalt anwenden wolle?“ Die Erwartung der Diplomaten,

¹⁾ Abjch. 32. III. 299.

²⁾ Am 5. Juli. S. Abjch. 1833. II. 268. Noch im folgenden Jahre gelangte eine Adresse von 53 Schweizern in Paris an die Tagssatzung um Abberufung Effingers. Er wurde aber am 18. August 1834 wiederum bestätigt. S. Abjch. 1834. 194. Ueber Albrecht von Effinger selbst (1799–1876) vgl. übrigens: Berner Taschenbuch auf das Jahr 1878. Bern. 1877. S. 334. „Nach seiner Beseitigung im Jahre 1848 blieb er in hochangesehener und seinen Landsleuten vielfach nützlichen Stellung in Wien“, wo ihn u. a. auch religiöse Bande — Effinger war katholisch — seithielten. Vgl. auch Allg. deutsche Biographie. V. 655.

³⁾ Abjch. 33. II. 79.

der Vorort werde klein beigegeben, erfüllte sich aber nicht, Bürgermeister Heß wies die Annahmen der Gesandten würdig zurück; ähnliche weitere Versuche unterblieben und die eidgenössischen Maßnahmen in Basel und Schwyz nahmen ihren Fortgang.

Wenige Wochen später kam es zu einer kleinen diplomatischen Auseinandersetzung mit dem Vertreter Preussens. Als die Tagsatzung bei den Unruhen in Neuenburg eine militärische Intervention mit Oberst Dufour in Aussicht nahm, sandte Herr von Olfers, der preussische Geschäftsträger, eine heisspörnige Note, „alle Folgen einer so auffallenden Verletzung des Völkerrechtes würden auf ihre Urheber zurückfallen“ u. dgl. In seiner Antwort wies der Vorort diese Auffassung energisch zurück, sich auf die Regierungsakte vom 19. Mai und die Bundesakte vom 7. August 1815 berufend, nach welcher die Wahrnehmung der aus diesen verfassungsmässigen Bestimmungen herfließenden Rechte und Pflichten ausschließlich Sache der Eidgenossenschaft und dieses mitverbündeten Kantons Neuenburg sei.¹⁾ Der preussische Geschäftsträger wiederholte daraufhin seine Reklamation nicht.

Der französische Gesandte, Graf von Rumigny, hatte indessen geistlich eine neutrale Haltung zur Schau getragen, der Eröffnung der Tagsatzung beigewohnt, an der erwähnten Audienz beim Bundespräsidenten aber nicht teilgenommen, vielmehr, wie er nicht versäumte, dem Bundespräsidenten „vertraulich zu eröffnen“²⁾, die Unterlassung dieses „überflüssigen Schrittes“ angeraten. In Bern besonders sah man im französischen Gesandten den großen Schirmherrn und Berater, zumal Frankreich selbst in allen Noten einen freundschaftlich-väterlichen Ton anschlug. Die Folge sollte lehren, was davon zu halten war.

Jedenfalls war in der Polenangelegenheit das Wohlwollen Frankreichs sehr dürftig. Aber in der Erwartung, daß der westliche Nachbar zu einer glücklichen Lösung der heiklen Angelegenheit Hand bieten werde, hatte die Tagsatzung sich mit dem Beschlusse begnügt, der Vorort möge mit den Ver-

¹⁾ Antwortnote des Vororts vom 7. Sept. 1833 auf die Note des Herrn v. Olfers vom 5. Sept. Vgl. Tillier, I. 237.

²⁾ Prot. 10. Aug. 1833.

handlungen um Fortschaffung der Polen fortfahren. Die Unterhaltung der Flüchtlinge blieb nach wie vor dem Kanton Bern überlassen, nur Aargau, Luzern, Waadt, Baselland und Auser-Schwyz wollten durch Aufnahme einer Anzahl von Polen die Last mit den Bernern teilen.¹⁾ Der Tagfatzungsbeschluss aber verbot die Annahme dieses Anerbietens.

Die Unterhandlungen mit Frankreich, die man so hoch gewertet hatte, blieben ohne jeden Erfolg. Rossi verweilte länger in Paris als man gerne gesehen und kehrte schließlich mit leeren Händen zurück.²⁾ Die französische Regierung aber fuhr fort, Flüchtlinge mit Pässen zu versehen und über die Schweizergrenze zu schieben.³⁾ Frankreich, so schien es, wollte die Polen in der Schweiz halten. Broglie verwies den schweizerischen Bevollmächtigten an die deutschen Staaten und die Niederlande, die den Durchpaß gewähren möchten und versprach, dort darauf hinzuwirken; er erfüllte aber das Versprechen nicht. „Je mehr man in solches diplomatisches Getriebe hineinstarrt,“ schrieb J. Baumgartner⁴⁾, „desto schwerer wird es zu glauben, daß Frankreich nicht unlautere Absichten gehabt und die Verlegenheit der östlichen und südlichen Staaten viel lieber sah, als die Schweiz.“ Der Vorort sandte aber, gestützt auf die Versprechungen Frankreichs, einen Specialkommissar, Herrn Anton von Tillier, nach Frankfurt, um beim deutschen Bundestag freien und ungehinderten Durchpaß der Polen nach einem Hafen der Nordsee zu erlangen.

¹⁾ Dipl. Dep. IV. 104.

²⁾ Abjch. 1833. II. 280. Mit der Berichterstattung über seine Sendung nach Paris endet die politische Laufbahn Rossis in der Schweiz, die den italienischen Flüchtling zum Mitverfasser der schweizerischen Bundesakte („Pacte Rossi“) erhoben hatte. Unmittelbar nach jener Berichterstattung ging er nach Paris zurück und war schon am 14. August 1833 Professor der Nationalökonomie am Collège de France, an Stelle des (am 12. November 1832) verstorbenen J. B. Say. Wenige Jahre später finden wir Rossi als Pair von Frankreich, dann als französischen Gesandten beim hl. Stuhle und schließlich als päpstlichen Staatsminister. Am 15. November 1848 wurde er in Rom erdolcht. Vgl. über ihn: *Revue des deux mondes*, 15. August 1844. *Bibliothèque universelle de Genève* 1849 S. 10. 134. Garnier, *Notice sur la vie et les travaux de Rossi*. Paris 1849. Alb. de Montet, *Dictionnaire des Genevois et des Vaudois*. Lausanne 1878. II. 402.

³⁾ Abjch. 1833. II. Beil. C S. 4.

⁴⁾ I. 402. Vgl. auch 467.

Die Unterhandlungen Tilliers mit den deutschen Behörden verschleppten sich; anfangs schien der Bundestag sehr bereitwillig dem Gesuche der Eidgenossenschaft entgegenzukommen, er ernannte sogleich eine Kommission. Ein ganzer Monat ging jedoch verloren, da der Bundespräsidialgesandte im Bade Teplitz weilte. Sodann verlangte der deutsche Bund erst Gewißheit, „ob die Eidgenossenschaft entschlossen sei, die gedachten Polen ohne Rücksicht auf deren Zustimmung, selbst bei etwa eintretendem Widerstand mittelst Anwendung geeigneter Zwangsmittel in der beabsichtigten Weise unter Voraussetzung einer deshalb zu treffenden Uebereinkunft aus der Schweiz zu entfernen“.

Die Berner Behörden glaubten darauf nicht eintreten zu können, das diplomatische Departement (IV. 396) äußerte sich in einer sehr bemerkenswerten Denkschrift an den Regierungsrat der Republik: „Dem diplomatischen Departement ist es rein unmöglich, Euer Tit. anzuraten, eine Erklärung in dieser Ausdehnung zu geben. Es streitet wider seine heiligsten Gefühle, zu denken, daß nötigenfalls 400 vaterlandslose, unendlich unglückliche Männer mit Gewalt dem gastfreundlichen Boden der Eidgenossenschaft entrissen, mit Gewalt in ferne Lande, die keine hülfreiche Hand ihnen entgegenstrecken, geschleppt werden sollten“. Herr von Tillier sollte erklären, daß die Schweiz nur die Zusicherung eines freien Durchpasses bis zu einem Meerhafen begehre.

Im Haag fand der schweizerische Bevollmächtigte ein überraschendes Entgegenkommen, das aber infolge des Gegensatzes zu den Forderungen des deutschen Bundes weitere Verzögerung der Angelegenheit zur Folge hatte¹⁾: König Wilhelm schien sich nicht ungern in Gegensatz zu den deutschen Staaten zu setzen, von denen er in der belgischen Revolution vergebens Hilfe erwartet hatte, und stellte gar die Bedingung, „daß keine Gewalt gegen die Polen geübt werde“. „Ein tröstlicher Beweis, daß hie und da noch Menschlichkeit in das Gebiet der Diplomatie sich verirrt,“ urteilte das Berner diplomatische Departement (V. 114).

Die auf die Sendung v. Tilliers gesetzte Erwartung fiel bald dahin, ja es machte sich in Bern ein lebhaftes Miß-

¹⁾ Tillier I. 213.

trauen gegen den aristokratischen Bevollmächtigten geltend; im Volke war man empört, daß Tillier bei dem deutschen Bundespräsidialgesandten, Grafen von Münch-Bellinghausen mit dem in Bern des Hochverrats angeklagten Altschultheisen von Fischer zusammengetroffen war.¹⁾ Die Unterhandlungen selbst wollten kein Ende finden, in Frankfurt wehte der Wind immer kälter, man wollte die Polen direkt nach Amerika senden, von der Gewährung eines freien Durchpasses war keine Rede. Da wurden die Unterhandlungen plötzlich abgebrochen, als am 11. November eine Zuschrift des französischen Botschafters in Bern eintraf, welche allen Polen, die eine Bittschrift an den König der Franzosen unterzeichneten, die Erlaubnis des Durchzugs nach England, Portugal, Aegypten und Algier versprach.

Nun schienen die Schwierigkeiten geëbnet. Aber die meisten Polen weigerten sich entschieden, zu unterschreiben. Da stellte das diplomatische Departement im Großen Räte selbst den Antrag, alle, die keine Legimationschriften hätten, d. h. alle schlechthin, auszuweisen.²⁾ Zu Gewaltmaßregeln konnte sich der Große Rat aber doch nicht entschließen; man wollte die Polen dulden, wenn sie „nicht lästig“ würden. Da die Geldbeiträge der Stände aufhörten, so sollte auch der Berner Staatszuschuß mit dem 1. Januar 1834 aufhören. In und außerhalb der Schweiz sei die Teilnahme für das unglückliche Volk noch nicht ausgestorben, und für einzelne würden immer noch Unterstützungen fließen. Die eigens organisierte „polnische Lotterie“ hatte ein reiches Ergebnis. „Herr Louis Buonaparte“, damals schweizerischer Artillerieoffizier, hatte die Veranstaltung angeregt und gab selbst dafür sein in vergoldetem Silber gearbeitetes Reiseneccessaire im Werte von 2000 französischen Franken, den wertvollsten Gegenstand der Verlosung, der bei der Ziehung am 28. Februar 1834 Herrn Regierungsrat von Tavel zufiel.³⁾ Im ganzen hatten die Polen der Schweiz 53,576 Franken gekostet; auf Bern allein entfielen 35,000 Franken.⁴⁾

¹⁾ Dipl. Dep. IV. 315.

²⁾ Verh. d. Gr. Rates 1833. Nr. 83 und 87, 13. und 19. Dezember.

³⁾ Schweiz. Beobachter, Nr. 3, 4 und 26 vom 7. und 9. Januar und 1. März 1834.

⁴⁾ Dipl. Dep. VI. 398.

Auf die in den letzten Tagen des Jahres 1833 erfolgte dringende Mahnung, das Anerbieten Frankreichs anzunehmen, erklärten die Polen beinahe einmütig, lieber in der Schweiz ihren Unterhalt sich verdienen zu wollen. Schließlich schaffte man die meisten fort, so daß am 20. Januar nur noch 187 im Kanton waren.

Diese sollten durch ihre Beteiligung an dem Einfall in Savoyen, der von Frankreich und der Schweiz aus unternommen wurde, den Diplomaten wieder zu Arbeit verhelfen. Neben den Polen und Italienern beteiligten sich auch etliche 20 deutsche Studenten, Kauschenplat natürlich voran. Es hatte Mühe genug gekostet, die bunt gewürfelte Schar zu gemeinsamem Handeln zu bringen. Doch versprach man sich Erstaunliches von dem Zuge; er sollte „den Völkern eine Gasse machen“, den großen heiligen Krieg für die Freiheit Europas herbeiführen.

Die Vorbereitungen zogen sich monatelang hin; schon im November 1833 ward der Plan entworfen, erst im folgenden Februar ausgeführt. Gleich von Anfang an war aber die Pariser Polizei von der Sache unterrichtet; Kombst konstatiert dies in seinen Lebenserinnerungen (S. 181), und im Dezember hörte A. v. Tillier (I, S. 251) in Bern „in den geselligen Kreisen des diplomatischen Corps ganz offen, wie von einer bekannten Sache, von der bevorstehenden Unternehmung der Polen sprechen“. Der „Patriote franc comtois“ sagte mehrere Tage vor dem Ereignis ganz klar und bestimmt, die Unternehmung sei von dem französischen Gesandten in Bern dem sardinischen verraten worden,¹⁾ die sardinische Note vom 23. April 1834 sagt selbst über die „zahlreiche Horde von Aufständern“: „Ihr voran ging das Gerücht, ihre Pläne verkündend“ und die offizielle „Turiner Zeitung“ verrät, man habe von dem Unternehmen schon seit drei Monaten gewußt.²⁾ Trotzdem wurde den schweizerischen Regierungen nichts davon mitgeteilt.

Nach den amtlichen Akten erfolgte die erste Anzeige in dem Bericht des Regierungsstatthalters von Pruntrut vom 24. Januar, der die Entfernung der Polen mitteilte. Am

¹⁾ Vgl. Schweizerischer Republikaner, 7. Febr. 1834. N. 11.

²⁾ Vgl. SnelI, das verlebte Völkerrecht, S. 7.

25. folgte die Nachricht, es sei ein Anschlag gegen die sardinische Grenze geplant und am nämlichen Tage wurde den Regierungen von Waadt und Genf hiervon Kenntnis gegeben.¹⁾ Die ganze Bevölkerung war aber dort den Flüchtlingen gewogen und vereitelte die Versuche der Behörden, die Durchmarschierenden aufzuhalten. „Das ganze Seeufer“, so erzählt A. v. Tillier (I, S. 252), „sah in einer schwärmerischen, durch reichlichen Genuß des feurigen Weines bis zum Glühpunkte erhitzten Begeisterung, so daß man sogar bejahrte Geistliche in den kalten Jännernächten den von Gensdarmen verfolgten Polen Fußwege durch Weinberge und Gärten zeigen, Weiber und Mädchen sie in Scheunen und Ställen bewirten sah.“ In Nyon, einem Ausgangspunkt der Expedition, wurden die Flüchtlinge „von der Einwohnerschaft des Städtchens und der Umgegend auf alle Weise gehätschelt“; die Milizsoldaten, die man den deutschen Teilnehmern in Payerne und Moudon entgegenstellte, ließen sich überwältigen. Die Polen hatten zu zwei und drei ihre Quartiere verlassen, waren unbewaffnet und erhielten erst am Genfersee von Frankreich aus Waffen und Munition.

Die Ausführung der Expedition entsprach durchaus der Vorbereitung . . .²⁾

Ludwig Snell nannte den Savoyerzug einen großen an der Schweiz verübten Betrug;³⁾ allen Einsichtigen war klar, daß man die Flüchtlinge in die Falle locken und die Eidgenossenschaft in Verwicklungen bringen wollte. Das „Journal de Genève“ äußerte, das ganze Unternehmen sei ein künstliches Machwerk, um die Reste der Polen durch einen unbewussten Streich auf die Schlachtbank zu liefern, und der

¹⁾ Dipl. Dep. Bern. VI. 228.

²⁾ Wer bei dieser Komödie den Vermittler gespielt haben mag, steht dahin. Das merkwürdige Benehmen des Generals Ramorino hat diesem den Vorwurf zugezogen, mit der Polizei ein einträgliches Verhältnis angeknüpft zu haben. (Europe centrale, 2. März 1834.) Er suchte sich zu rechtfertigen in der Schrift *Précis des derniers événements de Savoie*. Par. 1834. Es ist derselbe polnisch-italienische Feldherr, der als sardinischer General wegen Ungehorsams im Kriege am 22. Mai 1849 erschossen wurde. S. Prozeß des Gen. Ramorino. M. d. Ital. Zürich 1849.

³⁾ M. a. D. S. 7.

„Schweizerische Republikaner“ schrieb: „Welch herrliche Veranlassung, der Schweiz, an die man schon so lange gewollt hätte, einmal mit einer Masse insolenter Noten zu Leibe zu gehen!“

Die zurückgeschlagene Flüchtlingstruppe sollte, als Frankreich die Aufnahmebedingung — schriftliches Gesuch jedes einzelnen und Stellung unter Polizeiaufsicht — nicht zurücknahm,¹⁾ von den Genfer und Waadtländer Behörden wieder an die Berner Grenze geführt werden; sie fand aber erst Aufnahme, als die Angelegenheit der Polen als eine gemeinsame der drei Kantone Bern, Waadt und Genf erklärt worden war. Bei der Ueberführung der Flüchtlinge äußerte sich eine aufrichtige Sympathie der Bevölkerung. Die eskortierenden Miliztruppen erwiesen den Flüchtlingen alle militärischen Ehren, sie teilten mit ihren Gefangenen ihre Lebensmittel und veranstalteten unter sich eine Kollekte, welche 165 Genfer Gulden abwarf.²⁾

Daß die Eidgenossenschaft die Polen übernehme und sich an den Kosten beteilige, davon wollte der Vorort noch immer nichts wissen. Aber die Mächte, die sonst den Hader unter den Ständen sehr wohl zu würdigen wußten, machten hier keinen Unterschied und richteten ihre Noten, die nicht lange auf sich warten ließen, gegen die Eidgenossenschaft selbst.

Vierter Abschnitt.

Garantiebegehren der Mächte. — Ausweisungsaufforderung des Vororts. — Weigerung von Bern und Baselland. — Die indirekte Ruhestörung. — Drohungen der Grenzsperr. — Die öffentliche Meinung in Deutschland. — Die fremden Diplomaten und die Berner Aristokratie. — Die Auslieferung politischer Verbrecher. — Sorgen des Handelsstandes. — Wegschaffung der Teilnehmer am Savoyenzug. — Die Audienz in Chambery. — Neue Not. — Zustimmung des Vororts und der Tagsatzung. — Genugthuung der Mächte.

Vom 8. Februar datiert die erste österreichische Note, eine Depesche des Fürsten Metternich an den Grafen von Bombelles. Obwohl Oesterreich gar nicht beteiligt war, forderte es einmal Wegweisung sämtlicher Flüchtlinge, die an

¹⁾ Absch. 1834. 224.

²⁾ Schweiz. Beobachter N. 17. 8. Febr. 1834.

dem Savoyerzuge beteiligt, und bestimmte allgemeine Garantien für die Zukunft.¹⁾ Das Aktenstück war in einem solchen Tone abgefaßt, daß der Kleine Rat von Luzern am 26. Februar an den Vorort schrieb: „Wir müssen wünschen und darauf dringen, daß in einer zu erteilenden Erwiderung mit schweizerischer Offenheit die unbegründeten Vorwürfe zurückgewiesen werden und dieselbe eine Fassung erhalte, wie die Ehre und selbständige Stellung der Eidgenossenschaft und die Würde der Kantonalregierungen im gegebenen Falle sie erheischt.“²⁾ Bald erschienen auch die Notizen aller übrigen Mächte, den lieben Nachbarn und Freunden der Eidgenossen, den Potentaten von Petersburg bis Neapel drohte die gleiche Gefahr von der Schweiz.

Der vorörtliche Staatsrat hatte bereits am 20. Februar die österreichische Note mit der Zusicherung beantwortet, gegen die Flüchtlinge alle Schritte zu thun, die die Nachbarstaaten beruhigen könnten und am 22. erließ er ein Kreisschreiben an die Stände, in welchem dem Rechte, ruhige Flüchtlinge zu beschützen, die Pflicht gegenübergestellt wurde, dieses Asyl nicht auf solche auszudehnen, die es mißbrauchten. Die Stände sollten alle Flüchtlinge, welche an dem Savoyerzuge wirklich thätigen Anteil genommen hatten, ausweisen.³⁾ Auf das Garantiebegehren, das einen Eingriff in den selbständigen Staatswillen darstellte, nahm der Vorort keine Rücksicht.

Da aber der Antrag des Vororts, unmittelbar nach Empfang der Notizen erlassen, den Schein einer Folgeleistung gegenüber fremden Befehlen erwecken mußte, so verzweigten Basel und Bern (Großratsitzung vom 12. März) ihre Zustimmung. „Sei stark, freies und gutes Bernervolk!“ schrieb damals der „Volksfreund“, das Organ der Regierungspartei (Nr. 22, 16. März), „halte auf deine Ehre und dein Recht und lasse dich ein Werk der Barmherzigkeit nicht reuen, das dir später den Vorwurf erspart, gegen unglückliche Freunde und Kämpfer für Freiheit zum Vorteil deiner und der Freiheit Feinde hart gewesen zu sein!“ Der „Patriotische Verein“ in Genf sandte dem Berner Großen Rat eine Dankadresse

¹⁾ Gschler, Annalen, I. S. 68 f.

²⁾ Snell, a. a. O. S. 56.

³⁾ Gschler, a. a. O. I. 71 u. 74.

„für die Festigkeit, mit welcher Ihr bewiesen habt, daß der Schweizerboden immer der Zufluchtsort der Verfolgten aller Parteien gewesen ist und ferner sein soll“. Aber die Mehrzahl der Stände hoffte durch Nachgiebigkeit die Verwicklungen zu lösen und stimmte dem Antrage des Vorortes zu. So wurde dieser am 18. März zum Beschlusse erhoben und gleichzeitig den Mächten eröffnet, daß die Teilnehmer am Savoyerzuge ausgewiesen würden; dieser Beschluß, fügte man bei, sei unabhängig von den Noten erlassen worden.

Aber man war noch nicht am Ende. Die Mächte erblickten in dem Beschlusse eine Fügbarkeit, die man ausnützen mußte. Aus dem Notenenregen wurde ein Notenhagel, ein diplomatisches Schreiben jagte das andere, eines anmaßender, befehlender als das andere. Man verlangte jetzt nicht nur die Ausweisung der Teilnehmer am Savoyerzuge, sondern die Fortschaffung aller, welche „direkt oder indirekt die Sicherheit der Nachbarstaaten gestört“ hätten. „Man kann nicht mehr sagen“, so schrieb der preußische Gesandte von Olfers in seiner Note vom 6. April¹⁾, „daß einzelne Flüchtlinge, nachdem sie ihre politische Bedeutung im Vaterlande verloren, sich nach der Schweiz wenden, um dort ihre Tage in unbemerkter Ruhe zu verbringen oder die Verzeihung ihrer Vergehungen zu erwarten. Weit entfernt hiervon, ziehen die erklärten Feinde aller rechtmäßigen Gewalt, nachdem ihre frevelhaften Unternehmungen in der Heimat mißlungen sind, nach der Schweiz, in der begründeten Ueberzeugung, daß sie dort eine Menge Gleichgesinnter treffen und alle Unterstützung finden werden, um mit ebenso vieler Frechheit als Feigheit aus ihrem sichern Schlupfwinkel, unter dem lauten Beifall der revolutionären Partei des Landes, ihre öffentlichen und heimlichen Anfeindungen und Intriguen fortzusetzen.“ Der sardinische Gesandte, Baron Vignet, verlangte die Bestrafung der mitschuldigen Eidgenossen; Baden wagte einen Angriff auf die Freiheit der Presse, und der Vertreter Rußlands forderte auf die verlebendste Art die Auflösung schweizerischer Vereine. Die Noten waren von Drohungen der Grenzspernung und Verkehrs- hemmung begleitet.²⁾

¹⁾ Abjch. 1834. 243.

²⁾ Abjch. 1834. 257—268.

Auch durch den schweizerischen Gesandten in Wien, Herrn von Effinger, ließ man die bevorstehenden Hemmungen des Verkehrs und der schweizerischen Industrie ankündigen. Von Piemont und der Lombardei aus sei eine absolute Sperre zu gewärtigen, um die Zufuhr der Rohstoffe, deren die schweizerischen Fabriken und Manufakturen bedürften, unmöglich zu machen.¹⁾ Eine Verfügung, nach der Schweizerbürger, die nach den deutschen Staaten oder Sardinien reisten, Gesandtschaftspässe haben mußten — die schweizerischen Pässe wurden nicht mehr respektiert — trat sofort in Kraft.²⁾

Die feindselige Haltung der Mächte hatte offenbar ihren Grund nicht in dem Savoyerhandel, sondern in den freisinnigen Institutionen der Schweiz. Die Freigesinnten im Lande waren empört, die Handelswelt aber durch die Furcht vor der Sperre beherrscht.

Auch die öffentliche Meinung in Deutschland wurde auf jede Weise gegen die Schweiz aufgebracht. Längs der Schweizergrenze wurden die badischen Oberamtänner in Alarm gesetzt wegen einer „Revolution, die aus den Schweizerbergen in das Großherzogtum einfallen“ werde. Einige kamen, wie der „Republikaner“ mitteilt, nach Zürich, wurden aber da eines Besseren belehrt, sodaß die oberamtliche Gemütsruhe bald wieder in das Gleichgewicht kam. Die dienstfertige Presse in Mannheim, Augsburg, München und Wien hegte unablässig gegen die Schweiz. Keine richtige Anschauung von den dortigen Dingen sollte aufkommen. Die Alpenrepublik war der Ausbund der Zügellosigkeit. Vom Oberrhein empfing die „Karlsruher Zeitung“ im Februar 1834 folgende Schilderung³⁾: „Völlerei, Unzucht, Raub, Mord und Brand nehmen in der Schweiz mit einer furchtbaren Schnelligkeit überhand; der Gehorsam gegen die Obrigkeit ist überall verschwunden, Achtung vor dem Gesetz dahin. Die Schweiz gleicht einem Schiffe mit trunkenen Matrosen bemannt, aber ohne Steuermann. Unstet treibt es auf dem wogenden Meere hierhin und dahin, Klippen, Sandbänke, Untiefen überall, aber in toller Dreißigkeit überläßt die Mannschaft das Schiff dem Spiel der Winde.

¹⁾ Effingers Schreiben vom 21. April. Abj. 1834. 264.

²⁾ Abj. 1834. 252.

³⁾ Abgedruckt im „Schweiz. Republikaner“ 1834, Nr. 15.

Lange hat ein schwüler Südwest den Horizont mit Wolken umzogen; wann wird ein kühler und trockener Nordost die Nebel verschenken und die mit elektrischen Dünsten angefüllte Luft reinigen?"

Die Blätter aus der Schweiz waren verboten oder geächtet. Dr. Casimir Pfyster aus Luzern konnte in München in keinem öffentlichen Lokale, in keiner litterarischen Anstalt ein Schweizerblatt finden, während es damals dort Anstalten gab, wo fünfzig und mehr Zeitungen und Zeitschriften gehalten wurden. Das Gleiche war in Stuttgart und Karlsruhe der Fall.¹⁾

Die Berner Regierung hatte sich zu beklagen über das rücksichtslose Benehmen der fremden Diplomaten in Bern und ihre sehr innigen Beziehungen zu den Berner Aristokraten. Es scheint „als seien sie von ihren respektiven Höfen nicht bei den bestehenden Regierungen, wohl aber bei einer den volkstümlichen Reformen, auf welchen unsere Verfassung beruht, abgeneigten und feindseligen Faktion beglaubigt. Keiner derselben steht in der entferntesten Berührung mit den Männern, denen das Volk die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten anvertraut, und keiner hat weder offiziell noch konfidentieell die mindeste Auskunft oder Mitteilung über die Ereignisse an der Savoyergrenze und die hierseits in betreff der polnischen Flüchtlinge getroffenen Maßnahmen verlangt, bevor sie an ihre respektiven Höfe berichtet“.²⁾ Die Regierung wies darauf hin, daß „die gleichen Mächte, welche gegenwärtig die einzelnen Teilnehmer am Savoyerzug so rastlos aufspüren und verfolgen, und ihre Entfernung aus dem Gebiete der schweizerischen Eidgenossenschaft so gebieterisch fordern, den wegen der Reaktionsversuche vom September 1832 des Hochverrats beklagten Bernern — namentlich den Herren von Lentulus, von Werdt und Fischer von Eichberg — in ihren Staaten Schutz und sichern Aufenthalt gewähren“.³⁾

Gerade in jenen Wochen trat das vom Berner Großen Rat angenommene Gesetz betreffend die „Auslieferung

¹⁾ Votum Luzerns in der Tagssagung, 22. Juli 1834. Abgedruckt bei Snell, das verlegte Rösterrecht, S. 62.

²⁾ Dipl. Dep. VI. 222 ff.

³⁾ Dipl. Dep. VII. 70.

politischer Verbrecher“ in Kraft. Seit dem Wiener Kongreß hatten die Mächte sich die Auslieferung sogenannter politischer Verbrecher zugesichert; in Frankreich hatte sodann das Bürgerkönigtum in seinen Flitterwochen sich von allen derartigen durch die Restaurationsregierung eingegangenen Verpflichtungen feierlich losgesagt, und auch in dem Vertrage Frankreichs mit der Schweiz vom 5. Juni 1832 wurden die politischen Delikte bei Aufzählung der Vergehen, die zu einem Auslieferungsbegehren berechtigen, nicht erwähnt.¹⁾ Belgien folgte 1833,²⁾ und nun betrat auch Bern in dieser Frage die Bahn einer humanen und gerechten Auffassung.

Die politischen Verbrecher, so heißt es in der Begründung der Vorlage,³⁾ die am 13. Mai 1834 dem Großen Räte übergeben wurde, „sind außerhalb den Grenzen ihrer Heimat offenbar keine Verbrecher, denn es wäre Unsinn, zu behaupten, daß einer, der wegen republikanischer Bestrebungen in einer absoluten Monarchie, oder umgekehrt einer, der wegen monarchischer Umtriebe in einem konstitutionellen Staate geächtet wurde, deshalb auch in andern Ländern, deren Verfassung vielleicht gerade auf den Grundsätzen beruht, die er geltend zu machen versuchte — als ein gefährlicher Mensch angesehen und verfolgt werden müsse. Es sind dies im Gegenteil oft in moralischer Beziehung die achtungswertesten und edelsten Männer — Männer, die ihr ganzes irdisches Gut und das zeitliche Glück ihrer Familien, ja selbst ihr Leben daran setzten, um ihre Ueberzeugung nicht zu verleugnen und Ideen zu realisieren, durch die nach ihrer Ansicht ihres Vaterlandes Wohlfahrt oder ihrer Seele Heil bedingt wird.“ Am 19. Juni 1834 wurde die Vorlage im Großen Räte zum Gesetz erhoben.⁴⁾

Die Wirkungen der Noten und der planmäßigen Hege gegen die Schweiz äußerte sich bald sehr empfindlich durch die Beeinträchtigung des Personen- und Warenverkehrs. Bemühte

¹⁾ Vgl. Hilty, die Auslieferung gegenüber dem Auslande (Politisches Jahrbuch der Eidgenossenschaft. VII. 100).

²⁾ Vgl. F. v. Holtendorff, die Auslieferung der Verbrecher und das Asylrecht. Berl. 88. S. 27.

³⁾ Dipl. Dep. VI. 192—198.

⁴⁾ Protokoll der Verhandlungen 1834, Nr. 37. S. 151.

sich auch die radikale Presse der Schweiz, den Handelsstand zu beschwichtigen und die Sperrdrohungen als blinde Schüsse hinzustellen, so mußte doch der „Republikaner“ selbst (am 27. Mai 1834) die Nachteile konstatieren. „Tausend Handelsgeschäfte“, so schrieb er, „sind deshalb unterblieben, tausend Vergnügungsreisen nach der Schweiz aufgegeben worden. Den Nachteil hiervon empfinden zunächst unsere Handelsleute jeden Ranges, unsere Wirte und alle, welche die Reisenden besorgen, Kutscher, Schiffer, Bergführer u. s. w. und mit ihnen, zwar mittelbar und in geringerem Maße, eine große Zahl arbeitssamer Bürger, als Schmiede, Landbauern, Krämer u. dgl., denen ein namhafter Gewinn durch die Entfernung der Fremden entzogen wird. Selbst der Staat büßt an der Erwerbesteuer wegen der gebrochenen Handelsthätigkeit, an den Zöllen, an den Abgaben der Wirte wegen geringern Konsums u. dgl. ein. Man darf ohne Uebertreibung auch annehmen, ohne die Schmähartikel wären in den letzten Jahren viele Hunderttausend Gulden mehr in die Schweiz gewandert.“

Noch war man in der Schweiz keineswegs geneigt, auf alle Begehren der Diplomaten einzutreten; es wurden viele und gewichtige Stimmen laut, die den Vorort aufforderten, die Sprache der verletzten Nationalehre und des tiefen Gefühles über das offenbare Unrecht walten zu lassen. So schrieb die Regierung von Luzern: „Die offene Sprache einer gekränkten Nation im Hochgefühl ihres eigenen Wertes wird in einem Augenblicke um so unerlässlichere Pflicht, wo entweder auffallende Unkunde über den inneren Zustand der Schweiz und den Geist ihres Volkes oder dann feindselige Absichten gegen dieselbe, das freie Schweizerland als Feind jeder Ordnung und des allgemeinen Friedens darzustellen bemüht waren“. ¹⁾ In der Presse wurde darauf hingewiesen, daß die Kabinettspolitik in der modernen Zeit einen mächtigen Damm in der öffentlichen Meinung und in der Notwendigkeit des Staatskredits habe; selbst absolutistische Staaten könnten jetzt nur mehr volkstümliche Kriege führen. Wenn die Schweiz ihre Rechte als Staat mit Nachdruck behaupte, so sei sie stark durch ihr Recht und die öffentliche Meinung Europas und habe keinen Angriff zu befürchten.

¹⁾ Votum Luzerns i. d. Tagssitzung 22. Juli 1834. A. a. O. S. 58.

Doch fand die Furcht vor den Verkehrshemmungen immer lebhafteren Ausdruck; im Vorort Zürich, dem gewerbereichsten Kanton des Landes, ließ man ihr williges Ohr. Drohte doch gerade damals der deutsche Zollverein die Schweiz einzuschließen. Während die Fabrikanten und Händler gegen die Transitschranken im Lande selbst ankämpften, viele sogar den lebhaften Wunsch äußerten, sich einem auswärtigen Zollsystem anzuschließen, sollten dem Verkehr neue Schranken auferlegt werden durch eine ganz willkürliche Sperre, die natürlich den Konkurrenten im Ausland zu statten gekommen wäre.

Die Furcht gab den Ausschlag. Am 6. Mai beschloß der Berner Große Rat,¹⁾ alle Teilnehmer am Savoyezug unverzüglich fortzuschaffen und am 17. Mai konnte der Vorort den Mächten melden,²⁾ daß alle Uebelthäter entfernt würden. Er drückte die Erwartung aus, daß die angedrohten Verkehrshemmungen unterblieben. Der französische Gesandte erteilte die gewünschten Pässe und die Teilnehmer am Zuge, Polen, Italiener und Deutsche, rückten ab.

So schienen die Verwicklungen beigelegt und in der Schweiz hoffte man wieder aufatmen zu können. Eine bittere Enttäuschung riß die Vertrauensseligen aus ihren Träumen. Die Diplomaten, weit entfernt, befriedigt zu sein, gingen weiter und „empfehlen“³⁾ teils schriftlich, teils mündlich anfangs Juni die Absendung einer Entschuldigungsdeputation nach Chambery, zum König von Sardinien. „Vielleicht“, setzte Herr v. Bombelles hinzu, „werde dann die Sperre nicht verhängt.“

Auch diesen Ketch glaubte der vorörtliche Staatsrat leeren zu müssen. Die Abgesandten, Staatsrat Laharpe vom Waadtland und Syndik Rigaud von Genf, wurden sehr gnädig empfangen und erhielten kostbare Geschenke. Einen Erfolg aber hatte diese „ehrenvolle Audienz“ nicht. Ludwig Snell⁴⁾ nannte sie „ein armseliges Brett, das den vorörtlichen Staatsrat tief in die Traufe hineinwarf und dann ratlos an dasselbe verlassene Ufer, wo er früher stand, zurückschleuderte, mit

¹⁾ Verhandlungen 1834, Nr. 28. S. 112.

²⁾ Abjch. 34. 269.

³⁾ Vgl. Baumgartner II. 94.

⁴⁾ N. a. D. S. 16.

dem Unterschied, daß er auch die letzten Insignien der Senatorenwürde in den Wellen verloren hatte“. Und Obergerichtspräsident Dr. Keller nannte sie im Großen Rat von Zürich¹⁾ den „ersten traurigen Schritt eigner Herabwürdigung; das hieß dem Stocke, mit dem man geschlagen worden, noch sklavisch nachlaufen“.

Wirklich begannen schon im Juni einzelne Hemmungen des Verkehrs in Graubünden und Tessin und Mißhandlungen von Schweizerbürgern in Bayern und Italien folgten, und gleich hinterher, am 20. Juni kam die dritte Ladung diplomatischer Noten.²⁾ In den ungenügenden Maßregeln der Eidgenossenschaft könnten die Nachbarstaaten eine Bürgschaft nicht erkennen. Presse und Vereine der Schweiz störten noch immer die Ruhe des Auslandes. Man forderte wieder Entfernung aller die Ruhe der Staaten „direkt oder indirekt“ störenden Individuen und vor allem die Zusage jeder gegen ähnliche Versuche zu treffenden Vorkehrung. Die Zwangsmaßregeln an der Grenze, so wurde hinzugefügt, würden sonst augenblicklich ins Werk gesetzt. „Es ist ja wahrhaftig nicht zum Aushalten“, schrieb der „Berner Volksfreund“ (Nr. 51) am 26. Juni, „dies ewige diplomatische Gewäsch. Man schämt sich ja, wenn man nur ein Zeitungschreiber ist, vor seinem Publikum, daß man ihm wöchentlich immer die alte Leier und nichts Besseres vorspielen kann.“

Der vorörtliche Staatsrat aber pflegte vom 22.—24. Juni in Tag- und Nachtsitzungen ängstliche Beratung. Dr. Keller wollte den Mächten erklären, der Vorort behalte sich das Recht vor, im einzelnen Falle zu entscheiden, ob der Grundsatz der Wegweisung eines politischen Flüchtlings einzutreten habe oder nicht. Bürgermeister Hess verteidigte die bisherigen Zugeständnisse und schloß nach dem „Republikaner“ (Nr. 52) mit Ertase sein Votum: „Suchen wir durch Nachgiebigkeit der Sache ein Ende zu machen; wir sind nicht schuld, daß wir hineingeraten sind in diesen Dreck.“

Der Sperrschrecken behauptete siegreich das Feld, und am 24. Juni konnte der Vorort den Mächten melden³⁾, er werde

¹⁾ Schw. Republ. Nr. 51. 27. Juni.

²⁾ Mbsch. 1834. 276—281.

³⁾ Mbsch. 1834. 282.

auch künftig alle Flüchtlinge, die das Asyl mißbrauchen, fortweisen. Diesmal schienen die Diplomaten zufrieden, denn schon in den nächsten Tagen kam die Mitteilung, daß die Paßbeschränkungen aufgehoben seien. Die Tagsatzung billigte am 22. Juli den Beschluß des Vororts gegen die Stimmen von Bern, Luzern, St. Gallen, Aargau, Thurgau und Basel-land.¹⁾ Die protestierenden Stände erklärten, sie würden in Zukunft wie bisanhin selbständig prüfen und entscheiden, ob ein im Lande sich aufhaltender Fremdling des Asylrechts sich unwürdig gemacht habe oder nicht. Bern und Luzern gaben noch die feierliche Erklärung ab: „Da die Tagsatzung nicht geruht hat, die Würde und Ehre gesamter Eidgenossenschaft gegen die in den Noten der fremden Mächte enthaltenen kränkenden Ausdrücke und Zumutungen in Schutz zu nehmen, so wollen wenigstens Bern und Luzern ihre Würde und Ehre bestens gewahrt wissen.“

Auch im Volke rief der Beschluß vielfältigen Widerspruch hervor, der auf dem eidgenössischen Freischießen besonders in der Rede des Obersten Dufour stürmischen Ausdruck fand.

Wie man in Wien, Berlin und Petersburg die Sache auffaßte, konnte man aus dem Wortlaut der Noten erkennen, in denen die Mächte ihre Befriedigung über den vorläufigen günstigen Abschluß der Verwickelungen aussprachen. Bezeichnend war namentlich die Depesche des Vicefanzlers von Rußland an Herrn de Severin, den russischen Geschäftsträger. Sie lautet in dem dem Vorort mitgetheilten Auszug²⁾ wie folgt:

„St. Petersburg, 18./30. Juli 1834.

Der Kaiser hat mit wahrer Genugthuung den glücklichen Ausgang der Verwickelungen vernommen, welche die Anwesenheit und die Umtriebe der polnischen und anderer Flüchtlinge zwischen der Schweiz und den benachbarten Staaten erzeugt hatten. Nachdem der eidgenössische Vorort einen angemessenen und umsichtigen Schritt (*démarche correcte et judicieuse*) bei Sr. Maj. dem König von Sardinien gethan, hat er in seinen Noten vom 24. Juni nicht allein den Grundsatz anerkannt, daß jedes Individuum, welches auf schweizerisches Gebiet zugelassen, das

¹⁾ Absh. 1834. 287—306.

²⁾ Absh. 1834. 309.

Asyl mißbrauchen würde, um gegen die Ruhe eines andern Staates etwas zu unternehmen (conspirer), auf der Stelle ausgewiesen werden müsse, sondern er ist auch die förmliche Verpflichtung eingegangen, diesem Grundsatz gemäß zu handeln, wenn die Gelegenheit dazu sich darbieten sollte. Auf diese Weise sind alle gerechten Gründe zur Beschwerde glücklich beseitigt worden, und alles läßt uns hoffen, daß die Freundschaft und das Vertrauen sich zwischen der Schweiz und denjenigen Nachbarstaaten alsbald wieder herstellen werde, welche soeben noch genötigt waren, Garantien für Ruhe und Frieden von derselben zu verlangen. Der Vorort, und vorzüglich sein würdiger Präsident, werden dadurch ihrem Vaterlande einen Dienst geleistet haben, wofür unser erhabener Herr ihnen mit Vergnügen seinen aufrichtigen Glückwunsch darbietet. Unter ihrer Anleitung ist die eidgenössische Tagsatzung berufen, das Werk der Versöhnung, welches sie so edelmütig unternommen haben, jetzt durch ihre Zustimmung zu vollenden (consacrer). Der Kaiser erwartet dieses Resultat mit dem freundschaftlichen Interesse, welches er dem Wohlbefinden der Schweiz stets zugewandt hat.

„Mitten unter den verschiedenen Wechselfällen der schwierigen Unterhandlung, welche soeben glücklich ihr Ende erreicht hat, ist der Anteil, welchen Sie, m. H., daran genommen, wie derjenige, welchen Sie an ihrem Resultate haben, nicht unbeachtet geblieben. Se. kaiserl. Majestät hat im Gegenteil geruht, ihn anzuerkennen, und Allerhöchstdieselben bezeigen Ihnen gern Ihre hohe Zufriedenheit. Sie sind den Absichten des Kaisers vollkommen entgegengekommen, indem Sie sich entschlossen, der Tagsatzung beizuwohnen, und Se. Majestät kann es nur billigen, daß Sie in dieser Beziehung den Bitten des Herrn Bürgermeisters nachgegeben haben.

Ges.: Neffetrode.“

Damals kam das Wort auf, die Schweiz sei „das gelobte Land der Diplomaten“, wo auch Stümper Lorbeeren ernten könnten.¹⁾

¹⁾ Rombst, Lebenserinnerungen, S. 187.

Fünfter Abschnitt.

Das junge Deutschland. — Freiheit, Gleichheit, Humanität. — Die jungdeutschen Propagandaschriften. — Wilhelm Sauerwein. — Sociale Anschauungen der Jungdeutschen. — Der „Luxus“. — Die ersten Flugblätter. — Ausweisung der Unterzeichner. — Ein Polizeidenunziant.

War der Glaube an die Putsche durch das mißglückte Savoyer Unternehmen erschüttert, so waren doch die Flüchtlinge nicht entmutigt und manche dachten an neue größere Anschläge. Besonders war Mazzini thätig, den gesunkenen Mut neu zu beleben und die noch unbeteiligten Flüchtlinge in seine Pläne zu ziehen. Seine Idee der Verbrüderung der Völker gegen die Gewalt der Fürsten führte zur Gründung des „jungen Europa“. „Jung ist mehr als ein Wort, es ist ein Programm“, sagte Mazzini in dem Aufruf zur Bildung einer jungen Schweiz (15. April 1834), „es drückt uns allen verständlich aus, daß es hauptsächlich der jüngeren Generation vorbehalten ist, die Wiedergeburt Europas zu bewirken“. Der internationale Gedanke der Völkerverbrüderung sollte mit dem nationalen Ideal der Unabhängigkeit in dem jungen Europa verbunden sein: das Sinnbild der europäischen Zukunft.

Wenn sich Mazzini auch gegen die „Symbolik“ erklärte, so übernahm er doch ein gut Stück des alten Carbonarismus in die neue Organisation. Die Statuten oder die „Glaubensartikel“ — sie waren gleichlautend für alle Nationen — enthielten übergenuß Bombast. So mußte der Aufzunehmende einen fürchterlichen Eidschwur ablegen „im Namen Gottes und der Menschheit, im Namen aller Märtyrer, die ihr Blut für die heilige Freiheit, die heilige Gleichheit, für die Befreiung des Menschengeschlechts vergossen haben, im Namen aller Unterdrückten, Völker oder Einzelner, in welchem Winkel der Erde sie immer wohnen mögen u. s. w.“ Zu den gruseligen Bestimmungen, von denen später viel Aufhebens gemacht worden, gehörte die „Todesstrafe für Verräter“. Auch aus den Spitznamen, den die Leute sich beilegte — die deutschen Burschenschafter behielten dabei ihre Beinamen — glaubte man auf die besondere Gefährlichkeit dieser geheimen Verbindung schließen zu können.

Die Verbrüderungsakte des jungen Europa, die am 15. April vollzogen wurden, verkündeten die Grundsätze der Freiheit, Gleichheit, Humanität. Das seien „die drei unverletzlichen Elemente, aus denen allein eine vollkommene Lösung des sozialen Problems hervorgehen könne. Überall, wo eines von diesen Elementen den beiden andern aufgeopfert werde, sind alle Bestrebungen und Bemühungen der Menschheit zur Verwirklichung ihres Zweckes durchaus mangelhaft“.

Die Frage „Was ist Gleichheit?“ wird in den Glaubensartikeln wie folgt beantwortet: „Die Gleichheit besteht darin, daß für alle daselbe als Recht und als Pflicht anerkannt werde, daß Keiner der Wirksamkeit des Gesetzes, welches Recht und Gesetz bestimmt, entgehen könne und darin, daß jeder einen im Verhältnis zu seiner Arbeit stehenden Anteil an dem Genuße des gemeinsamen Vermögens habe, welches das Resultat aller in Thätigkeit gesetzten gesellschaftlichen Kräfte ist!“ Die Ideologie ist die Vorfrucht der Utopie, und so glaubte auch Mazzini an ein „allgemeines Gesetz“, das den Schlüssel zur gesellschaftlichen Vollkommenheit in sich berge. „Die Menschheit so zu ordnen, daß sie so schnell als möglich durch ein ununterbrochenes Fortschreiten zur Auffindung und Anwendung des Gesetzes, das sie beherrschen soll, gelangen könne, das ist die Aufgabe des jungen Europa.“¹⁾

Könnte die Ideologie nun noch so ausgeklügelt sein, sie konnte es nicht verhindern, daß sich schließlich jeder seine eigene Deutung der Begriffe zurechtlegte; sobald es sich um eine praktische Forderung handelte, oder wenn gar ein Klassen-gegensatz hineinsprang, zerflatterte das Wolkenbild.

Auch das „junge Deutschland“ nahm die „Glaubensartikel“ Mazzinis an; aber in den zahlreichen Propagandaschriften der deutschen Flüchtlinge fanden die Theorien Mazzinis nur einen schwachen Wiederhall. Sie waren durchweg auf das eine praktische Ziel gerichtet: die demokratische Republik in Deutschland. Diese Schriften sind alle in ehrlichen urwüchsigem Haß getaucht, der nur zu erklärlich ist, er

¹⁾ Flugblätter des jungen Europa finden sich u. a. auch in dem Archiv des polnischen Nationalmuseums zu Warschau.

mag in der Art, wie er sich meist äußerte, uns heute anwidern, aber bei der Beurteilung der alten Büchlein und Broschüren ist nicht außer acht zu lassen, daß damals die Leute in Deutschland einen andern Maßstab für öffentliche Äußerungen hatten als heutzutage. An die Menschen der Vergangenheit kann man nicht die Richtschnur des Jahrzehnts legen, in dem man lebt und der Gesellschaftsrichtung, der man angehört. Vieles was uns als schwülstig erscheint, ward damals als erhaben bewundert, und vieles dünkt uns heute als gekünstelt und überspannt, was wahren Gefühl entsprang und im innersten Herzen von Tausenden ein gleichgestimmtes Echo fand.

Die Jungdeutschen müßten keine Deutschen gewesen sein, wenn sie nicht auch in der „Gemütlichkeit“ an ihre revolutionären Ziele gedacht hätten. „Die großen heiligen Ideen von Freiheit und Recht, die alle edleren Gemüter gegenwärtig durchdringen und alle Künste in Bewegung setzen, sie müssen auch im geselligen Leben, bei den Freuden der Tafel und des Bechers, in Lied und Gesang laut und erweckend sich ausdrücken und alle Herzen zum schönen Bunde inniger vereinen.“ So schrieb schon Siebenpfeiffers „Deutsche Tribüne“ (Nr. 11). Neben die Freiheitslieder von Körner und Arndt traten neue Revolutionslieder mit neuem Inhalt. Dichter gab es genug unter den Flüchtlingen. Fast jeder ritt den Pegasus. So entstand bald eine Sammlung patriotischer Lieder, die in Bern 1834 gedruckt wurde, später mehrere Auflagen fand, „Deutsche Volksstimme“ genannt. Da finden wir auch eine deutsche Marseillaise von Harro Harring, die damals nicht geringes Aufsehen machte.¹⁾

Auf, auf! Ihr Deutschen, löst die Bande —

Der Rache Tag durchstrahlt die Nacht!

O denkt des Glends, der Schmach und der Schande,

Des Verrats durch die fürstliche Macht! :|:

Gedenkt des Blutes modernder Brüder,

Das im Kampf für's Vaterland floß.

Es war Betrug; sein Blut vergoß

Unser Volk für die fürstliche Hyder!

¹⁾ Siehe Fellenbergs zweites Sendschreiben an die Mitglieder des Großen Rates der Republik Bern. Hornung 1835, S. 6.

Auf Bürger, ins Gewehr! Der Freiheit Tag bricht an!
Mit Blut! Mit Blut! Mit Schurkenblut benetzt der
Sühnung Bahn.

Der Fürsten Göttlichkeit ist Lüge,
Im Bettler auch flammt Göttlichkeit.
Daß kein Fürst uns fortan mehr betrüge,
Stehn wir alle zum Kampfe bereit. ∴

U. f. w.

Am meisten behagten noch die Schriften von Wilhelm Sauerwein, genannt „Eßig“, dessen A B C-Buch der Freiheit bald in dritter Auflage erschien. Auch Sauerwein schmiedete Verse, die von den deutschen Handwerksburschen sehr gerne gesungen wurden. Sein „Lied der Verfolgten“ (Gedichte aus der Zeit und für die Zeit. Biel. 1834), das 1848 eine gewisse Rolle spielte und viele Nachdichtungen veranlaßte, wird heute noch gelegentlich — meist aber in vorgerückter Stunde angestimmt:

Wenn die Fürsten fragen:
Was macht Absalon?
Könnt Ihr ihnen sagen:
Er der hängt schon.
Doch an keinem Baume
Und an keinem Strick,
Sondern an dem Traume
Einer Republik.

Wollen sie gar wissen,
Wie's dem Flüchtling geht,
Sprecht, er ist gerissen,
Wo Ihr ihn beseht.
Gebt nur Eure roten
Purpurmäntel her!
Das gibt rote Hosen
Für ein Freiheitsheer.

Fragen sie gerühret,
Will er Amnestie?
Sprecht, wie sich's gebühret,
Er hat steife Knie.

Ihm blieb nichts auf Erden
Als Verzweiflungstreich'
Und Soldat zu werden
Für ein freies Reich.

Der „Cocardendichter“ Wilhelm Sauerwein war im Gegensatz zu dem aufgeblasenen Harro Harring ein lebenswürdiger, gutmütiger Mensch, aber doch voll Feuer und Eifer für die gute Sache und durchglüht von jenem Idealismus, der damals in der deutschen bürgerlichen Jugend lebte und heute gar so selten geworden ist. „Ich würde es für eine Sünde halten,“ sagt er in dem Vorwort zu seinen Gedichten, „in dieser Zeit der Thränen und Not die Lieder des Gemüthes anzustimmen.“ Er selbst hat freilich in seinem Leben fast nur Thränen und Not kennen gelernt; er mußte sich kümmerlich durch's Leben schlagen, verfertigte Uebersetzungen, Flugblätter, Zeitungsartikel, konnte aber von alledem nicht leben und nicht sterben.

Waren auch viele Leute im jungen Deutschland, die sich gerne auf die Bibel beriefen und den lieben Herrgott als den Generalissimus der Revolution ansahen, so wurde doch die Geistlichkeit, die ja durchweg zu den Mächtigen und Reichen hielt, nicht geschont: „Die Pfaffen verstehen es eben so leicht, einem Volke den Verstand und das Herz wegzunehmen, wie sich ein weltlicher Eroberer in den Besitz von Feughäusern und Ländereien desselben setzt,“ heißt es in Sauerweins A B C-Buch der Freiheit. Dort finden wir auch folgende Travestie auf das Vaterunser:

Das Landes-Vaterunser.

Unser Landesvater, der Du bist in der Residenz,
Hochgeehrt sei dein Name;
Zu uns komme der Steuereinnnehmer,
Dein Wille geschehe, wie in der 1. Kammer, also auch in der 2.
Unser trockenes Brot laß uns heute;
Vergiß uns unsere Forderungen, wie auch wir vergessen deine
Versprechungen.
Führe uns nicht in Versuchung, sondern erlöse uns von der
Revolution.
Dein ist die Gesetzgebung, die Verwaltung und die Ausübung
ohne Einschränkung und Verteilung. Amen.

Die socialen Anschauungen der deutschen Flüchtlinge waren zunächst durchaus beschränkte. Sie fühlten die zunehmende Verarmung der großen Volksmasse am eigenen Leibe, dabei lebten sie aber immer in dem Gedankenkreise einer vormaligen gesicherten kleinbürgerlichen Existenz. Der große Verkehr, die Fabriken, der Massenhandel waren ihnen verhaßt, sie sahen darin nur die Totengräber, die dem „kleinen Mann“ das Grab schaufelten. Zu einer Erkenntnis der geschichtlichen Bedeutung jener Erscheinungen schwingen sie sich noch nicht empor.

Und so begegnen wir den fortwährenden zornigen Anklagen gegen das, was sie „Luxus“ nannten. So heißt es in den Anmerkungen, die der Lehrer Scriba in Lausanne zu den „Erklärungen der Rechte der Menschen und des Bürgers“ verfaßte: „Luxusartikel sollen hoch besteuert sein, das was zum Leben notwendig ist, gar nicht. Dadurch kann der Arme reich werden, es wird Gleichheit der Bürger befördert und zugleich der Schwelgerei, der Verweichlichung und Sittenlosigkeit gesteuert.“ An die Stelle des Luxus sollte nämlich eine „Annäherung der Gleichheit in den äußeren Lebensverhältnissen“ treten. Jede Vergrößerung des Vermögens „über einen gewissen Grad“ sollte durch eine steigende Steuer verhindert werden. Dabei sahen sie nicht, daß die Gütererzeugung auf moderner Stufenleiter bereits damals in vielen Gewerbezweigen nur mit „Vermögen über einen gewissen Grad“ möglich war.

Die Erfüllung ihrer socialen Wünsche erhofften sie im demokratischen Staat; die politische Gleichheit sollte die sociale „annähernde“ Gleichheit herbeiführen. Ueberhaupt machen sie den Staat, „die Fürsten“, für alles sociale Elend verantwortlich, während sie doch Gelegenheit hatten, die sociale Gleichheit auch in der Republik zu studieren. In seinem „ABC-Buch der Freiheit für Landeskinder“ singt Wilhelm Sauerwein:

Sechs mal sechs ist 36;
Wenn der Mann ist noch so fleißig
Und der Staat ist liederlich,
Geht der Bauer hinter sich.

Bei anderen, die auf dem Wege waren, die Bedeutung der wirtschaftlichen Revolution, deren Anfänge vor ihren Augen sich vollzogen, zu erfassen und in deren Äußerungen neben den kleinbürgerlichen Idealen und Idyllen sich hin und wieder Ansätze zu großbürgerlicher Politik vorfinden, selbst bei Männern, wie Karl Mathy und Siebenpfeiffer, finden wir die Anschauung, daß die Demokratie auch die Lösung der sozialen Frage bedeute.

Unmittelbar nach seiner Gründung ließ das junge Deutschland in Bern zwei Flugblätter drucken, die in Massen in Deutschland verbreitet werden sollten, das eine „an die Unterdrückten Deutschlands“, das andere an die „teutschen Soldaten“.

„Die Patrioten jedes Landes“, hieß es da, „einigen sich — sollen allein wir Teutsche vereinzelt stehen und uns hinwegjagen oder verknachten lassen, weil es einer handvoll Elender also gefällt? Wir wollen uns einigen und verbinden zu Schutz und Trutz: denn schützen wollen wir die Heiligkeit der Personen, des Eigentums, des Fleißes, schützen den lebendigen Quell des Gedankens, um welchen die Geschlechter sich lagern voll brennenden Durstes, schützen Bildung und Besitz und das gottempfangene Recht, das die Bürger des Staates verknüpft, wie der Liebe Band verwandte Herzen verkettet. Wir wollen uns einigen und verbinden zu Schutz und zu Trutz gegen jene Dränger, unter deren Pesthauch das geistige wie das materielle Leben der Völker elend hinirrt.“

Die teutschen Soldaten wurden angesprochen:

„Wir rufen Euch im Namen des Vaterlandes! Euer Vaterland verheißt Euch Freiheit, Ehre, Belohnung des Verdienstes oder einen süßen Tod im hohen Kampfe für die heiligsten Rechte Eurer Nation . . . Die Stunde der Errettung ist nahe, seid wach, seid treu! und gelobt mit uns durch heiligen Eid zu siegen oder zu sterben! und wenn unsere Fahnen am Rheine flattern, wenn unsere Berge von Flammenzeichen rauchen, wenn unser Volk im Grimme aufrauscht gegen seine Mörder, dann sinket in unsere Arme und ziehet mit uns dem Morgenrote der Freiheit entgegen. Das Komitee der Verbindung des jungen Deutschlands: Dr. Aug. Breidenstein, Karl Theod. Barth, Georg Peters, Christ. Scharpf und Fr. Breidenstein.“

Der Druck der Flugblätter geschah im geheimen; aber bevor die Absendung vollzogen war, wurden die Beteiligten verhaftet. Als Verfasser des Aufrufs an die deutschen Bürger bekannte sich Dr. Breidenstein, als Verfasser des Soldatenaufrufes Licentiat Karl Theodor Barth. „Wir halten diesen Schritt,“ so erklärten sie dem Untersuchungsbeamten, „für eine männliche Handlung, die wir unserm Vaterland und seinem Unglück schuldig zu sein glauben; wir glauben sie gerechtfertigt vor den Gesetzen der Moral, Civilisation und der Vernunft und tragen mit männlichem Mute die Folgen dieser Handlung“¹⁾).

Die Verfasser und Unterzeichner der Proklamationen wurden ohne weiteres, am 18. Juni 1834, ausgewiesen. Sie waren verraten worden, denn am 1. Juli 1834 beschloß das diplomatische Departement, „dem Ungenannten, der den Herrn Bürki zur Anzeige des Projektes einiger deutscher Flüchtlinge, Deutschland aufzuwiegeln, veranlaßt hat, ein Geschenk von 50 Schweizerfranken zukommen zu lassen“.²⁾

Mit der Fortschaffung dieser Uebelthäter war das Werk nicht vernichtet; neue Männer traten in die Bresche. Doch waren die Mitglieder des jungen Deutschland wenig zahlreich, ihr Wirkungskreis zunächst ein äußerst beschränkter. Im ganzen war ihre Organisation ohnmächtig für jede entscheidende Handlung. Nur ein Umstand verlieh ihr Bedeutung: die Jungdeutschen machten sich daran, die revolutionäre Propaganda unter die zahlreich in der Schweiz sich aufhaltenden deutschen Arbeiter zu tragen und aus diesen eine Kerntruppe für die Agitation nach Deutschland heranzubilden, eine „Propaganda zu Fuß“ für die deutsche Republik.

Sie hätten keinen günstigeren Boden für ihren Samen finden können; nur waren die Früchte, die zu reifen begannen, ganz anders als die Säer es sich gedacht, und die Bewegung hätte einen verhängnisvollen Verlauf genommen, wenn nicht schon die ersten Ansätze unterdrückt worden wären.

Die Darstellung der weiteren Thätigkeit des jungen Deutschland hat eine Schilderung der Lage der arbeitenden Klassen in der Schweiz, in der Industrie und besonders im Handwerk zur Voraussetzung.

¹⁾ St.-M. Bern. Flücht. Angel. Polizeisektion. Verhöre mit deutschen Flüchtlingen betr. Proklamationen an das deutsche Volk.

²⁾ Dipl. Dep. VI. 373.

Sechster Abschnitt.

Das alte Handwerk und die moderne Technik. — Die Anfänge der schweizerischen Großindustrie. — Die Klassenkämpfe in der Regenerationsperiode. — Der Brand von Uster. — Der Arbeiterschutz und die Rabitalen. — Die zunehmende Proletarisierung.

Den hohen Hut mit Wachstuch überzogen, in der Hand den mächtigen Ziegenhauer, die Siebensachen im Ranzen tragend oder vor sich herschiebend, so walzte der „Runde“ von ehemals von Stadt zu Stadt, von Land zu Land. Seine Wanderschaft dauerte meistens nur ein paar Jahre, seine ganze Gesellenzeit war eine vorübergehende; er hatte die sichere Aussicht, einmal sich „selbständig zu machen“, Meister zu werden, wie sein Vater war: Arbeiter und Besitzer zugleich, Besitzer seines Arbeitswerkzeuges und seines Arbeitsproduktes. Denn das Arbeitswerkzeug des Handwerkers war einfach und billig, der geringen Entwicklung der Technik entsprechend; das Arbeitsprodukt wurde auf Bestellung gefertigt, genügte dem direkten Bedürfnisse der nächsten Umgebung.

In den dreißiger Jahren hatte die kapitalistische Großproduktion, die in Massen für den Massenbedarf arbeitet, in der Schweiz in den Gewerben, aus denen sich die revolutionären Handwerksburschen rekrutierten, noch nicht Platz gegriffen. Aber sie hatte, vornehmlich in der Ostschweiz, bereits einen sehr wichtigen Gewerbezweig, die Textilindustrie erobert und von dort aus revolutionierend auf das ganze Wirtschaftsleben gewirkt. Im Ausland, besonders in England, war die maschinelle Produktion in vielen andern Gewerben eingedrungen, und die billigen Massenfabrikate zogen auch auf dem Kontinent dem ehrfamen Handwerk den goldenen Boden unter den Füßen fort. Auch in der Schweiz war das alte Handwerk bereits in den dreißiger Jahren in seinen Grundfesten erschüttert. Vergebens suchten die kleinen Handwerksmeister in den Städten mit allen Mitteln sich gegen das Vordringen der Fabrikindustrie zu wehren. Die Maschinen arbeiteten besser, schneller und vor allem billiger; die alten Schranken der überkommenen Zunftordnung waren unvereinbar mit der modernen Technik, die sich langsam, aber unaufhaltsam Bahn brach, waren auch unvereinbar mit dem steigenden Bedarf der Konsumtion.

Der Sturm von 1798, der in der Schweiz mit Macht dahingefegt war, hatte den Zunftzwang aufgehoben, Freiheit der Niederlassung und der Gewerbe gebracht, — in der Restauration feierten die alten Vorrechte und Schranken mit dem Regiment der gnädigen Herren und Oberen ihre Wiederkehr, in ihren Wirkungen härter und widersinniger, da der eine zeitlang gewaltete Spielraum der Entwicklung Vorschub geleistet hatte.

Denn am Anfang des Jahrhunderts war vor allem auch, begünstigt durch die Kontinental Sperre, die zu eigenen Versuchen drängte, die mechanische Baumwollspinnerei aufgekommen. Haus- und Handspinnerei ging zurück. Nach der Aufhebung der Sperre trieb die Konkurrenz Englands die schweizerische Industrie erst recht auf diese Bahn. Die Textilfabriken verdrängten, von Zürich ausgehend, im ganzen Land die minderen Betriebe. Wo eine Bevölkerung, wie die Appenzeller¹⁾, sich gegen das traurige Los der Fabrikler sträubte, ging der Gewerbezweig ein. Besonders die dreißiger Jahre, so berichtet Wartmann, brachten den Spinnern reichen Gewinn. Die bestehenden Spinnereien wurden erweitert und die älteren Maschinen fast durchgehends durch neue ersetzt und eine Reihe neuer Fabriken entstanden. Der Einführung des Jacquardstuhles in den zwanziger Jahren war die 1828 von Heilmann in Mülhausen erfundene Stickmaschine gefolgt, dann kam um 1830 die Erfindung des Plattstichwebstuhles durch Altherr in Teufen, andere technische Verbesserungen schlossen sich an, und so sehen wir gerade in den dreißiger Jahren eine Umgestaltung in der schweizerischen Textilindustrie sich vollziehen, von größter Bedeutung für das gesamte Leben des Landes.

Eine neue Klasse entstand: das Fabrikproletariat. Aber das war noch keine selbständige und selbstbewusste Klasse, und wenn sie in den politischen Wirren der dreißiger Jahre eingriff, geschah es nur zu Gunsten der Reaktion. Mag auch das unbeschreiblich traurige Dasein die Fabrikbevölkerung noch so tief gedrückt haben — der „Fabrikpöbel“ stand bei den Stadtbürgern in dem Ruf, er sei im höchsten Grade verkommen

¹⁾ S. Wartmann, Industrie und Handel des Kantons St. Gallen. St. G. 1875. S. 149.

und gefährlich — zum Widerstand hat sie sich nicht erhoben. Dazu waren ihre körperlichen und moralischen Kräfte zu sehr geschwächt. Auch in den stürmischsten Zeiten blieben die Fabrikarbeiter meistens auf Seite der bestehenden Ordnung. „Wir haben nie Unruhen wegen niedrigen Arbeitslohnes gehabt“, schreibt Herr von der Mühl-Burkhardt, Mitglied der Regierung von Basel, in einem Berichte vom 14. Dezember 1835¹⁾, „und bei unserer letzten Umwälzung waren die Verhältnisse zwischen Fabrikherren und Arbeitern keineswegs verändert, wiewohl die Landschaft ringsum im Zustande offener Empörung war. Einige Bezirke, hauptsächlich von Seidenwebern bewohnt, zeigten große Anhänglichkeit an die Stadt und litten deshalb bedeutend.“

Während so das Fabrikproletariat sich meistens passiv verhielt, herrschte bei den übrigen Klassen eine um so größere Gärung. In den zwanziger und dreißiger Jahren erschien in der Schweiz eine ganze Litteratur über die Lage des Handwerks, die Gewerbefreiheit und den Schaden oder Nutzen des „Fabrikwesens“. Die krampfhaften Anstrengungen, die man in einzelnen Städten und Kantonen machte, die Zunftvorrechte aufrechtzuerhalten, vermochten doch nicht, dem Niedergang des Handwerks, dem unvermeidlichen Vormarsch der Fabriken Einhalt zu gebieten. Aber die alten wirtschaftlichen Vorrechte waren verbunden mit der politischen Macht und konnten nur mit dieser gesprengt werden. In Schaffhausen mußte zum Beispiel die Hälfte der Regierung aus den Mitgliedern des Handwerkerstandes gewählt werden und in Basel, wo seit den zwanziger Jahren eine besonders lebhafte Fehde gegen die Zunftgesetze geführt wurde, war der Stadtrat ein so eifriger Verfechter dieser Gesetze, weil mit ihrem Fall auch ein Teil seiner Macht verloren ging²⁾.

Zum Sturze des alten Regiments wirkten nun die heterogensten Elemente gemeinsam miteinander. Fabrikanten und Handelsleute, die ein Interesse an freier Gestaltung des

¹⁾ S. Dr. John Bowring, Bericht an das englische Parlament über den Handel, die Fabriken und Gewerbe der Schweiz. Dtsch. Zürich 1837.

²⁾ Bericht an die Schweiz. Gemeinnützige Gesellschaft über das Kunst- und Zunftwesen in der Schweiz von J. Conrad Pestaluz, eidg. Stabshauptmann. Zürich 1829. S. 21 ff.

Staats- und Wirtschaftslebens hatten, standen in Reih' und Glied mit den Bauern, die die Vorrechte der Städte beseitigen wollten, Abschaffung ihrer Lasten verlangten und noch mancherlei Sonderwünsche auf dem Herzen hatten, den durch die Maschinen an den Rand des Unterganges gebrachten Handwerkern, die den Maschinen den Garaus machen wollten, und einem zahlreichen arbeitslosen Proletariat in Stadt und Land. Früher oder später mußte die Scheidung dieser Elemente eintreten und es sich offenbaren, welche Klasseninteressen die Revolution beherrschten.

In Bern hatte das Patriziat durch die politische Herrschaft sich die umfassendsten wirtschaftlichen Vorteile gesichert; eine Familie, von Fischer, war sogar im Besitze des Postregals. An dem Sturze dieses Regiments hatten Bürger, Bauern und Proletarier ein gemeinsames Interesse. Gerade die beginnende Scheidung der verschiedenen zur Umwälzung drängenden Elemente hat hier zum beschleunigten Ausbruch der Revolution beigetragen. Sehr bemerkenswert ist, was Eduard Blösch, der als Adlatus der Gebrüder Schnell in Burgdorf es am besten wissen mußte, darüber mitteilt: „Gerade die Furcht,“ so schreibt er, „daß bei längerem Zögern die Bewegung allmählich die unteren Volksklassen ergreifen und ähnliche Unruhen herbeiführen könnte, wie Solothurn sie damals erfuhr, war es, was mehr als jede andere Rücksicht die Männer, die später als Rädelsführer gelten mußten, dazu bewogen, nicht länger inne zu halten; und ihre Absicht ging so wenig dahin, alles umzustürzen, daß sie es vielmehr aufrichtig bedauerten, als die Regierung selbst sie nach und nach zwang, eine feindselige Stellung einzunehmen Man fing allmählich an, ohne zu wissen für was und für wen, sich mit Waffen zu versehen und schwebte, besonders in Burgdorf, wegen der doppelten Furcht vor Gewaltmaßregeln der Regierung und Erzeßes des Pöbels in der peinlichsten Sorge.“ In Biel schrie man nur nach Holz und Weide. Plötzlich zogen Scharen Volkes in die Waldungen, hieben um und schleppten heim, und erwiderten auf die Frage, wer ihnen dies erlaubt, lediglich: „Es sei jetzt eine andere Zeit!“ Auch von Pruntrut heißt es in einem Briefe an E. Blösch, es sei dort die größte Schwierigkeit, die Leute in den Schranken der Mäßigung zu erhalten. Darüber be-

fragt, gegen wen man sich bewaffne, antwortete Stadtschreiber Schnell: „Gegen die Canaille, komme sie von oben oder von unten“ und drückte damit, wie Blösch meinte, wohl am besten die Gesinnung der Mehrheit aus.¹⁾

In Zürich sträubten sich die Stadtliberalen lange, die Volkssouveränität auf ihre Fahne zu schreiben, denn sie fürchteten ein Bauernregiment. Dem Einflusse Ludwig Snells ist es zum guten Teile zuzuschreiben, daß sie dieses Bedenken fallen ließen und zum gemeinsamen Handeln mit den Radikalen der Landschaft Hand boten.²⁾ Im Jahre 1839 haben dann die enttäuschten Bauernhoffnungen wirklich zu der befürchteten Reaktion geführt.

Einen wesentlichen Einfluß im Züricher Verfassungsturm haben ohne Zweifel die durch die Fabriken aus der Arbeit gebrachten Hausweber ausgeübt. Ihre Wünsche um ein Verbot der Maschinen hatten auch Aufnahme in das Memorial von Uster gefunden. Die neue Regierung wurde sofort mit Petitionen gegen die Maschinen bestürmt, man berief sich darauf, daß man auf dem Volkstag in Uster gesetzliche Schritte gegen die Webmaschine versprochen habe.³⁾ Dr. John Bowring sagt darüber in seinem erwähnten Bericht (S. 131), gestützt auf die direkten Mitteilungen der Züricher Behörden: „1828 trat eine härtere Krise ein, und die Leiden der (Haus-)Arbeiter trugen ohne Zweifel zu der politischen Regung bei, welche zum Umsturz der alten Regierungsweise und zur Aufstellung der wahrhaft demokratischen Verfassung führte. Eine der Beschwerden, welche von den Arbeitern am geüffentlichsten vorgebracht wurde, war der durch die Maschinen verursachte Mangel . . . sie drangen selbst auf Abschaffung

¹⁾ E. Blösch, Eduard Blösch und dreißig Jahre bernischer Geschichte. Bern 1872. S. 35, 36 und 41.

²⁾ S. Ludwig Snells Leben und Wirken. Bearbeitet nach den hinterlassenen Papieren und Schriften von einem jüngeren Freunde desselben. (Seminarlehrer Stiefel.) Zürich 1858. S. 55 ff.

³⁾ Bericht an den Regierungsrat über die Verhältnisse und Bedürfnisse unserer Industrie im allgemeinen sowohl als der Baumwollindustrie insbesondere nach den Ansichten der zur Prüfung eines Memorials, welches gesetzliche Sicherheit der mechanischen Webereien gegen gewalttame Zerstörung verlangt, niedergelegten Kommission. Zürich 1833. S. 26.

der eingeführten Maschinen. Der (neue) Regierungsrat umging die Sache so lange er konnte."

Da trat ein Ereignis ein, das in Zürich entscheidend wirkte, die Stimmen für Abschaffung der Maschinen zum Schweigen brachte und gesetzliche Maßregeln zum Schutze des Eigentums herbeiführte: Der Brand von Uster am 22. November 1832. Mit den Arbeiterunruhen in England um die Wende des Jahrhunderts, dem Seidenarbeiteraufstand in Lyon 1831, den zahlreichen Proletarietkrawallen in Deutschland in den vierziger Jahren, vor allem dem Weberaufstand in Schlesien, gehört auch der Brand von Uster zu den Ereignissen, die wie eine notwendige Begleitererscheinung des aufkommenden Kapitalismus in allen Ländern eintreten, wenn die Maschinen zu rasseln anfangen. Es waren auch hier, wie in Lyon und Schlesien, nicht die Fabrikarbeiter selbst, die sich empörten, sondern ehemals selbständige Hausarbeiter, die, dem Hunger und der Verzweiflung preisgegeben, keinen andern Ausweg aus ihrer unsäglichen Not kannten, als sich an den Gegenständen zu vergreifen, in denen sie die unmittelbare Ursache ihres Elends erkannten: den Maschinen.

Auf die traurigen Einzelheiten des Dramas von Uster einzugehen, würde hier zu weit führen. Der damalige Obergerichtspräsident Dr. Keller, der spätere berühmte Pandektist, hat die interessanten Ergebnisse der Untersuchung veröffentlicht.¹⁾ Auch seine dramatische Bearbeitung hat das Ereignis gefunden. Der Züricher Dialektdichter Stutz hat den „Brand von Uster“ als Volksstück dargestellt, das die Zustände und Stimmungen, die den Vorfall erklären, lebendig und anschaulich wiedergibt:

„Jez hämer die großmächtig Strof,
De Höllebräc scho vor der Thüre zue.
Grad chunnt mie Große hei von Uster ue
Und jomeret erschrockelich und sait,
Daz dört scho so e Webmaschine hai.
Jezt hämer d'Wahl noh, Lumpe z'ge,
Dänn Hunger sterbe-n-oder is
Z'erst wehre, f' lang en Tropfe Bluet do isf.“

¹⁾ Die gewaltsame Brandstiftung von Uster am 22. November 1832. Nach den Kriminalakten bearbeitet von Dr. F. A. Keller. Zürich 1833.

Das Ereignis führte zur Annahme eines Gesetzes, um solche Vorkommnisse in Zukunft zu verhüten — das Gesetz ist nie zur Anwendung gekommen —, führte auch zu gesetzlichem Einschreiten gegen die schlimmsten Auswüchse der Fabrikarbeit. Der Entwurf des Zürcher Regierungsrates über die Arbeitszeit der minderjährigen Jugend in den Fabriken (Amtsblatt für den Kanton Zürich 1835, Nr. 9) sah für Minderjährige eine Arbeitszeit von 13 Stunden vor. Im „Schweizerischen Republikaner“ (10. Februar 1835), dem führenden Organ der äußersten Linken, vertrat ein Einsender, von dem die Redaktion sagte, er sei „ein Mann, der nicht bloß durch sein warmes Interesse für Volksbildung in jeglicher Stufe und für alle höheren menschlichen Interessen bekannt und geachtet ist“, den Standpunkt der Freiheit und des Radikalismus: „Wer in der Welt, so schrieb er, hat das Recht, einzelnen Gewerbetreibenden die Zahl der Arbeitsstunden, über die er mit seinen Leuten auf billige Weise einverstanden ist, zu beschränken!“ Die Redaktion war weniger freiheitlich, immerhin radikal genug und sprach die Meinung aus, daß die 12- bis 14stündige Arbeitszeit der 8- bis 12jährigen Kinder höchst nachteilig sei und vom Staate nicht geduldet werden dürfe. Bei 15- bis 17jährigen sei es schon etwas anderes!

Die schließlich in Kraft getretene Verordnung über die Beschäftigung der Kinder in den Fabriken vom 15. Juli 1837 bestimmte, daß Kinder von 12 bis 16 Jahren höchstens 14 Stunden lang und nicht bei Nacht beschäftigt werden sollten. Dabei waren aber Ausnahmen gestattet, von denen gerne Gebrauch gemacht wurde.

Das waren goldene Zeiten für die Fabrikanten, und es gab auch in der Schweiz begeisterte Lobpreiser des Fabrikwesens, welche ein goldenes Zeitalter für das ganze Land und Volk verkündeten. Die ungeheure Vermehrung der menschlichen Produktivkräfte durch mechanische Hilfsmittel müsse eine außerordentliche Anhäufung von Glücksgütern zur Folge haben. Darin hatten sie recht. Diese Güter, so schlossen sie weiter, müßten sich dem ganzen Volke mitteilen, eine Hebung des Wohlstandes und der Lebenshaltung sei die unmittelbare Folge. Darin hatten sie Unrecht. Denn die Lebenshaltung des arbeitenden Volkes sank in schreckenerregender Weise, die Armut

nahm immer mehr überhand und erschien in einer Gestalt und in einem Maße, wie man sie bisher nicht gekannt hatte. „Wir haben keinen Krieg gehabt, haben keine Schulden, keinen Hof, und die Ländeleien mit dem Militär kommen nicht in Betracht. Und doch nimmt die Armut zu mehr und mehr“ klagte Jeremias Gotthelf in seiner Schrift „Die Armennot (Bern 1838). „Es ist die Armut“, fährt er fort, „eine andere geworden, als sie ehemals war, wo sie in jedem Volke lebte, einem Altare gleich, auf dem das Volk opferte, seinen milden Sinn zu bezeugen, wo sie ab- und zunahm, je nachdem der Herr seine milde Hand öffnete: sie hat eigenes Leben erhalten, diese Armut, sie ist eine Wucherpflanze geworden, die sich ausbreitet, wie im Alee der Grind, sie nimmt nicht mehr ab, sie nimmt nur zu, sie ist erblich, ansteckend geworden, eine krebsartige Wunde im Völkerleben, ein eigentliches Pestübel unserer Zeit.“

Siebenter Abschnitt.

Sociale Sorgen und Befürchtungen in der Schweiz. — Die wandernden deutschen Handwerksgefallen. — Ihre Klassenlage und socialen Anschauungen.

Bei so vielen socialen Kümernissen blickten viele Schweizer nicht ohne Sorge auf die beginnende revolutionäre Agitation unter den deutschen Gefellen. Manche befürchteten eine Revolutionierung des schweizerischen Proletariats; hatten sie doch die Beispiele Englands und Frankreichs vor Augen, wo es zwischen Kapital und Arbeit schon wiederholt zu blutiger Auseinandersetzung gekommen war.

Diesen Befürchtungen gibt Landammann Emanuel Fellenberg anfangs 1834 in seinem ersten Sendschreiben an den Großen Rat der Republik Bern (2. A. S. 5 f.) berechneten Ausdruck. Seine knappe Darlegung wirft zugleich ein interessantes Schlaglicht auf die socialen Verhältnisse während der Regeneration. „Die Anzahl der Eigentumslosen befindet sich auch bei uns in einem immer ungünstiger werdenden Verhältnis zu derjenigen der Besitzenden. Zudem können wir infolge unserer höchst mangelhaften Volksbildung die Notwendigkeit, eine fürchtbare Menge mehr oder weniger entzittlichter fremder

Handwerker zur Befriedigung unserer Bedürfnisse in Anspruch zu nehmen, lange noch nicht verwinden. Diese Ausländer könnten bei den unendlich mannigfaltigen Verührungen, in welche sie mit unserer eigentumslosen Population geraten, gar leicht, in dem oben angeführten Interesse, zu Propagandisten gemacht werden, sobald die bezeichnete Faktion (der Eigentumsstürmer) es mit ihrem bekannten Geschick eigentlich darauf anlegte, wie sie es vorhaben soll.“ Die politische Umgestaltung in der Republik Bern habe „bis dahin nur unsere vermöglichen Staatsbürger, die sich in viel geringerer Zahl vorfinden, als die unvermöglichen, zum klaren Bewußtsein des ihnen durch die Staatsreform zugewendeten Gewinnes gelangen“ lassen. „Unter dem Drucke der schon früherhin unbefriedigt gebliebenen Bedürfnisse sind zwar in dem altergebrachten Gange, die leidenden Volksklassen der neuen Reform nicht ungünstig gewesen, weil sie, einer ihnen ganz natürlich inne wohnenden Unruhe wegen, wähten, durch jede Aenderung, die ihnen Ausichten auf eine bessere Zukunft gewährte, nur gewinnen zu können. Nun ist aber die ange deutete Unruhe durch den gegenwärtigen Zustand der Dinge nicht nur nicht gehoben, sondern vielmehr gesteigert worden und die auf die Staatsreform gestützten Hoffnungen sind, durch das Ausbleiben der verheißenen Erfolge, größtenteils darniedergegeschlagen, indem bei gänzlichem Mangel an Bildung ihnen ihr Schicksal aufs neue vorkommen muß, als wäre es allen Trostes und jeder Aushülfe beraubt. In dem Geheimnis ihres Herzens müssen solche Leidende nunmehr mit verstärkter Sehnsucht auf neue Retter harren; es fragt sich daher nur noch, woher sie kommen möchten?“

Die Furcht, das ländliche und Fabrikproletariat werde in die Propaganda der deutschen Flüchtlinge hineingezogen, war nun durchaus unbegründet. Die Deutschen dachten gar nicht daran; sie wollten aus den zahlreichen deutschen Handwerksgefelln in der Schweiz nur eine Kerntuppe für die Agitation nach Deutschland heranziehen. Sie hätten allerdings kein geeigneteres Menschenmaterial suchen können, als sie da fanden.

Die deutschen Handwerksgefelln sind von altersher in großer Zahl in die Schweiz gegangen; man schätzte sie dort als tüchtige und intelligente Arbeiter. Es waren ja meistens

die thatkräftigeren und unternehmungslustigen, die sich auf die Wanderschaft ins Ausland machten und sie hatten, hierher gekommen, schon manche Werkstätte passiert. Das Wandern ist auch nur bei gewissen Gewerben, die eine besondere Kunstfertigkeit und Erfahrung voraussetzen, von Wert. Nun waren — und sind — gerade diese Berufe bei den in die Schweiz einwandernden deutschen Handwerkern am zahlreichsten vertreten: Schneider und Schuhmacher, Schreiner und Schlosser, Maler, Buchbinder und Buchdrucker.

Die schweizerischen Handwerksmeister beschäftigten die deutschen Arbeiter mit Vorliebe, und als in dem Drunter und Drüber der Revolutionskriege die Zahl der einwandernden Deutschen abnahm, beschwerten sich die Meister bitter und schrieben es dem Niedergang der alten Zunftverfassung zu, „daß unter solch zerrütteter Handwerksordnung die sonst immerhin aus Deutschland hergekommenen, vorzüglich guten Gesellen wegbleiben und sich des Arbeitens in der Schweiz um ihrer dortigen gesetzlichen Ordnung willen enthalten müssen,“ klagten im Jahre 1801 die Innungshandwerker der Stadt Zürich in einer der allgemeinen helvetischen Tagelagerung „vertrauensvoll und in Hoffnung baldiger und zweckmäßiger Hilfe“ überreichten Denkschrift.¹⁾ Die Zahl der einwandernden Deutschen nahm, als ruhigere Zeiten eintraten, bald wieder zu.

Manche Einheimische betrachteten bei allem Wohlwollen für die fleißigen Gäste doch mit vaterländischer Sorge die immer größer werdende Schar fremder Gesellen, noch nicht aus socialer Furcht, aber im landsmännischen Interesse. So steht beispielsweise in der Schrift: „Zeitbeobachtungen für ein schweizerisches Baumwollgewerb“ vom Jahre 1806 zu lesen (S. 21): „Man durchgehe die Handwerksstätten der Waadt und Neuenburgs, fast alle sind mit Deutschen angefüllt. Könnten nicht nach einiger Zeit einheimische ebenso gut ihre Stellen vertreten? Damit ist nicht gemeint, daß man die schon ansässigen vertreiben soll; es wäre ebenso unbillig als unvernünftig, ja sogar gemeinschädlich und ein wahrer Eingriff in die Rechte des größeren Publikums, diese, dem Eigen-

¹⁾ Getreue Darstellung des nachtheiligen Verfalls aller Handwerks-polizey. Zürich 1801.

nuz, der Trägheit und dem Schlendriansgeist ihrer oft teurer und schlechter arbeitenden einheimischen Handwerksgenossen aufzuopfern, vorzüglich bey solchen Handwerken, die ohnehin kaum genug besetzt sind. Gibt's doch so viele Schweizer in allen Ländern von Europa, die man ruhig ihren Beruf treiben läßt, die häufig mit dem anderwärts Erworbenen ihr Vaterland bereichern; und wir, wir sollten immer scheel dazusehen, wenn gerade nicht jeder Fremdling in die Schweiz kommt, bloß um ihre Felsen und Gletscher zu bewundern und seiner Dublonen und Thaler los zu werden. Ist aber zur Betreibung aller Handwerke eine hinlängliche Anzahl geschickter und fleißiger Einheimischer vorhanden, so werden die Niederlassungen von Fremden von selbst aufhören oder doch immer seltener werden.“

Auch im Kanton Bern wurde in den ersten Jahrzehnten geklagt über die mangelhafte Berufsbildung der einheimischen Handwerker; die Arbeiten, die sie liefern sollten, würden durch Fremde besser und geschmackvoller angefertigt. „Tiroler sind's, die unsere Häuser bauen, Badener und Württemberger, welche die übrigen Handwerke treiben. Man zieht diese Leute den Inländern vor, weil sie, ihr Gewerbe unausgesetzt treibend, natürlich darin geschickter als andere sind.“¹⁾

Später wurden dann die Klagen häufiger und lauter: „Wir müssen anfangen, für uns selbst zu sorgen und dem Eindringen fremder Handwerker Schranken zu setzen. Wir wollen's nicht erleben, Fremdlinge im eigenen Lande zu sein,“ ringt es sich aus bekommener Handwerkerbrust. „Ich weiß wohl, ihr schreibet viel Geschicklichkeit und Kunstfertigkeit dem häufigern und längern Wandern der deutschen Handwerker zu, ob mit Recht, ist noch nicht ausgemacht. Ich kenne viele, welche Jahrzehnte in der Fremde herumtappten und doch als Pfuscher heimkehrten, während andere als vollendete Meister gelten, die nie in der Fremde waren.“²⁾

Waren es meistens nur intelligentere und unternehmungslustige Arbeiter, die aus Deutschland nach der Schweiz wan-

¹⁾ Vgl. K. Geiser, Gesch. d. Armenwesens im Kanton Bern v. d. Reformation bis auf die neuere Zeit. Im Auftrage der bern. Armen-direktion dargestellt. Bern 1894. S. 339.

²⁾ Hammerschläge und Hobelspähe oder Notzhölze des unterdrückten appenzellischen Handwerkerstandes. In einigen Szenen zwischen Wahrheit und Dichtung. Altstädten 1842.

berten, so war auch ihre Lebenshaltung eine höhere als die der Fabrikarbeiter; sie hatten mehr Bedürfnisse, geistige und materielle.

Die Arbeitszeit im Handwerk war nicht so übermäßig wie in den Fabriken. Der Meister war zugleich Mitarbeiter und hielt oft dieselben Arbeitsstunden ein. Viele Holzarbeiter in Bern arbeiteten beispielsweise im Sommer (von Petri Stuhlfeier bis Gallustag) von morgens 5—8 und 9—12 und nachmittags von 1—6 Uhr, im Winter von 7—12 und von 1—6 Uhr. An Samstagen war um 5 Uhr Feierabend.¹⁾ Bei den Schneidern in Zürich war die Arbeitszeit durch die Zunft festgesetzt, ungerechnet die Pausen von 5 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, bei den Buchbindern von morgens 6 bis abends 7 Uhr, im Winter von 7—8 Uhr.

Der Lohn war, selbst wenn man die billigen Lebensmittel der damaligen Zeit in Betracht zieht, sehr mäßig, immerhin bedeutend höher als die Gehälter der Fabrikler. Nach Wilhelm Marrs Angaben verdiente ein gut gelöhnter Arbeiter in der Schweiz anfangs der vierziger Jahre 15 Baken täglich, wöchentlich also 9 Schweizerfranken. Seine Schlafstelle teilte der Handwerksgefelle mit drei, vier seiner Kameraden und er hatte dafür monatlich etwa 4 Franken zu zahlen. Und doch gab es manche, die noch eifrig sparten, da ihnen die Aussicht auf Selbständigmachung zu winken schien. Der äußere und innere Mensch gewann bei solcher Lebenshaltung nicht.²⁾

Ein Proletarier im modernen Sinne war der damalige Handwerksbursche nun allerdings nicht. Die Holzschnidmaschinen der Jetztzeit waren unbekannt, in der Schneiderei hatte die Konfektion ihren Siegeszug noch nicht begonnen, Schuhfabriken kannte man noch nicht, ebensowenig Schreib- und Buchfabriken, die Druckereien waren klein und wenig zahlreich — wenn wir von den Maschinenfabriken von Escher in Zürich und Rieter in Winterthur absehen, die gerade in den dreißiger Jahren Hand in Hand mit der aufkommenden Textilindustrie ihre Geschäfte in die Höhe brachten — war

¹⁾ Werthof-Reglement von C. Haller. Bern, Nov. 1837.

²⁾ Man lese die launige Schilderung, die Gottfried Keller von den „drei gerechten Kammachern“ entwirft.

auch das Schloßerhandwerk ein Kleingewerbe. Immerhin zeigten sich allenthalben Ansätze zu Mittelbetrieben, immer schwieriger wurde es dem Arbeiter, sich selbständig zu machen und immer mehr machten sich die Anzeichen geltend, die den Übergang vom alten vorübergehenden Gesellentum, als Vorstufe der Meisterschaft, zum modernen dauernden Proletarier ankündigten.

Während zum Beispiel verheiratete Gesellen vormals selten waren, nahm deren Zahl jetzt immer mehr zu. Das Luzerner Gesetz vom 31. Januar 1820 über den zeitigen Aufenthalt Fremder kennt noch keine Handwerksgefallen mit Familie. In den dreißiger Jahren treten aber die verheirateten Gesellen immer häufiger auf, und da die Meister die Realkautiön von 1200 Franken, die für jeden mit Familie niedergelassenen Fremden vorgesehen war, bezahlen sollten, kam es zur Kollision zwischen der Regierung und den Unternehmern, die schließlich dazu führte, daß der Große Rat von Luzern am 27. Juli 1832 ein eigenes Dekret erließ zur Erleichterung der Bedingungen für die Niederlassung von fremden verheirateten Arbeitern.¹⁾

Sehr zufrieden und behaglich fühlte sich damals kein Geselle. Sie alle strebten nach Besserstellung, sahen aber den einzigen Weg in der immer schwieriger werdenden Selbstständigmachung. Die Zunftordnungen und die Staatsgewalt hielten sie fest, wenn sie irgend einen selbstgewählten Weg einschlagen wollten.

Gerade die wandernden Gesellen bekamen die Kleinlichkeit des Polizeistaates bis auf die Naege zu kosten. Jeder mußte natürlich erst ein Wanderbuch haben. „Das Wanderbuch ist beim Eintritt in die Arbeit dem Arbeitgeber zur Aufbewahrung zu übergeben. Beim Austritte des Gesellen aus der Arbeit hat letzterer mit dem Arbeiter und dem Wanderbuche zur Ortsobrigkeit sich zu verfügen, bei derselben die Zeit, durch welche dieser in Arbeit gestanden, genau anzugeben, und wenn der Arbeiter geschickt, fleißig und treu sich benommen hat, diese Eigenschaften zu bestätigen. Beides hat die Obrigkeit zu bestätigen.“ So in dem die Wanderbücher betreffenden

¹⁾ Staatsarchiv Luzern. Altes Fremdenpolizei IV. 1843.

k. k. österreichischen Circulare vom 16. Jänner 1829. In Bayern war der wandernde Arbeiter verpflichtet, auf jedem Amt, das er passierte, sein Wanderbuch visieren zu lassen. Da nun alle paar Stunden ein „Kass“ kam, um in der „Kundensprache“ zu reden, so war das „Beschnüßlungsbuch“ bald voller „Zinken“ (Stempel).

In der Schweiz war jeder wandernde Gefelle gehalten, an den Kantons Grenzen neben seinem Wanderbuch die Summe von 6 Schweizerfranken Reisegeld aufzuweisen, sonst wurde er vom Landjäger abgeschoben. Die Blattseite des Wanderbuches eines in der Schweiz wandernden Handwerksburschen gewährte, abgesehen von den Stempeln, folgendes Bild: ¹⁾

Nr. 1469 hat seit 23. May 1837 zur Zufriedenheit in hier konditioniert, geht nach Bern (Stempel: Polizen des Kantons Zürich). Zürich, den 30. Augst. 1838. Ets. Polizen.

Nr. 10043 Gesehen in Bern, den 6. Sept. 1838 zum Aufenthalt, besitzt ein 2tes vollgeschriebenes Wanderbuch d. d. Kopenhagen 21. Juni 1833. Central Polizen Direktion Bern. (Stempel) Düngeisen, Seffr.

Träger dieses arbeitete zur Zufriedenheit seines Meisters allhier. Geht nach Besangon. Bern 20. März 1839. (k. Sicherheits-Polizey Bern) Stadt-pol. Bureau (Name unleserlich).

N. 2030 Vue à l'Ambassade de France en Suisse, bon pour entrer en France. Berne le 20 Mai 1839. Le Secrétaire d'amb. Chargé d'affaires. C. Baubard. (St.)

Auf der Wanderschaft, zumal im fremden Lande, mußten die Gefellen der Unzufriedenheit mit den bestehenden Zuständen, dem Verlangen nach einer bessern Gestaltung ihres Daseins viel leichter zugänglich sein, als in ihrem Heimort, wo sie weit mehr unter dem Einfluß der kleinbürgerlichen Umgebung standen, durch Familienbände an das Herkommen geknüpft waren und auch eher die Aussicht hatten, sich selbstständig zu machen. Denn damals weit mehr als heute grenzten sich die Menschen in den Bereich ihrer Pfähle ein und es

¹⁾ Aus dem Wanderbuche des Kürschnergejellen Lorenz Peterien aus Kopenhagen, dessen Vereinsgenosse im Deutschen Arbeiterverein in Genf gewesen zu sein, der Verfasser sich zur Ehre schätzt.

ward einem Fremdling in den kleinen Städten nicht leicht gemacht, sich niederzulassen. In den deutschen Polizeistaaten war der Geselle von allen ernsten, wenn nicht religiösen Vereinen, Versammlungen, freien Zeitungen und Büchern abgeschnitten. Hier in der freien Schweiz konnte er, waren auch Streikvereine verboten, sich doch mit seinen Kameraden in gemüthlichen Vereinigungen finden, wo auch manch freies Wort gestattet war.

Achter Abschnitt.

Die ersten deutschen Arbeitervereine. — Die Propaganda zu Fuß. — Biel und Bern. — Karl Schapper. — Das Steinhölzliessi. — Der Verein in Zürich. — Georg Fein.

In der einen oder andern Schweizerstadt hatten die deutschen Handwerksgejellen ihren landsmannschaftlichen „Verkehr“. Eigentliche Verbindungen gründeten sie erst jetzt, auch zunächst als unpolitische Gesangsvereine oder Leseklubs. Manche umfaßten jungdeutsche Sektionen als engere Organisationen, andere waren ganz unabhängig vom jungen Deutschland, wollten ja auch manche Flüchtlinge, so Rauschenplat, vom jungen Europa und besonders von Mazzini nichts wissen.

Alle Vereine hatten jedoch als Hauptziel ihres Strebens die politische Aufklärung der Mitglieder im Sinne der deutschen Republik; alle hielten sich Zeitungen und kauften Bücher und Broschüren. An den Vereinsabenden wurde daraus vorgelesen, denn manchem Handwerksburschen war damals das Schreiben und Lesen nicht gar geläufig.¹⁾ War ein Verein zu arm, so schickten ihm die Brudervereine gelesene Zeitungen und Broschüren zu.

Die Mitglieder rekrutierten sich durchweg aus dem intelligenteren und gesitteteren Teile der Arbeiterschaft, und die Thätigkeit in den Vereinen hielt viele von Spiel und Trunk ab. Die Vereinsgeschäfte als Sekretäre, Kassier und dergl. übernahmen die Arbeiter selbst, und manche erwiesen sich darin so geschickt, daß, als bald das Arbeiterelement in der

¹⁾ In „Jakobs des Handwerksburschen Wanderungen durch die Schweiz“ schildert Jeremias Gotthelf allerdings einen Gesellen von auserlesener Beschränktheit.

jungdeutschen Organisation das Uebergewicht bekam, das Centralkomitee zum größten Teil aus Arbeitern bestand.

Wie die Proletarier im jungen Deutschland zunahmen, das studentische Element zurücktrat, so mußte auch die Organisation selbst nach Form und Inhalt sich ändern.

Die Revolutionspielerei, die Vorbereitung von Putschen, die damals viel in den Köpfen spukte, wurde unter den Handwerkern nicht getrieben. Die Verbindungen waren lediglich Propagandavereine. Selbstverständlich glaubten auch die Handwerker, daß es in Deutschland bald „losgehen“ werde, und sie waren allesamt bereit, für ein freies deutsches Vaterland ihr Blut einzusetzen.

Der Ceremonienkram fand in diesen Gefellenvereinigungen auch keinen Boden. Das eintretende Mitglied gelobte mit Handschlag und Wort, dem deutschen Vaterlande und der freiheitlichen Sache in allen Ländern zu dienen und sich der Verbreitung republikanischer Grundsätze zu befleißigen. Mit rührendem Eifer kamen die meisten diesem Versprechen nach. Diese armen Burschen entfalteten eine große Opferwilligkeit; wer es irgend vermochte, kaufte sich eine Broschüre; oft scharrten einige Kollegen gemeinsam ihre Rappen zusammen, um eine Flugschrift zu kaufen und zu lesen und dann weiter zu geben. Jeder Weiterwandernde machte es sich zur Pflicht, überall für die Verbreitung des Bundes thätig zu sein, und so entstand bald eine ganze Kette von deutschen Arbeitervereinen in der Schweiz.

Der älteste deutsche Arbeiterverein in der Schweiz ist der Leseklub in Biel, der schon 1833 von Ernst Schüler, einem Flüchtling aus Hessen, gegründet wurde und bald 40 bis 50 Mitglieder zählte.

Im Frühling 1834 entstand der Verein in Bern; seine thätigsten Mitglieder waren der Schriftsetzer Johannes Roth und der Förster Karl Schapper aus Weilburg in Nassau. Letzterer hatte 1833 am Frankfurter Putsch teilgenommen. Die Beteiligung am Savoyer Zug (Anfang Februar 1834) wird von ihm selbst bestritten. Er hatte Frankfurt am 18. Januar verlassen und kam gerade am 28. Januar in die Schweiz, um, wie er in seiner Eingabe um Aufenthaltsbewilligung auseinandersetzt, dem Wunsche seines Vaters gemäß nach Lausanne zu gehen, wo dieser sich

lange Zeit aufgehalten hatte. „Guter Dinge und ohne etwas von der damals beabsichtigten Expedition gegen Savoyen zu ahnen, kam ich dort an, wo ich zwar den ganzen Plan erfuhr, aber keineswegs teilnahm.“¹⁾

Schapper war ein Riese von Gestalt, verwegen bis zur Tollkühnheit, aber auch unbesonnen bis zur Verblendung. Sein Name wird immer genannt werden, wenn von der Begründung der deutschen Arbeiterbewegung die Rede ist, aber er erscheint auch zugleich als der Typus des Revolutionsmachers, der noch in den fünfziger Jahren die „Flüchtlings-tölperei“, wie er auf seinem Todesbette zu Marx sagte, nicht überwunden hatte.

Der deutsche Arbeiterverein in Bern hat bald nach seiner Gründung durch die öffentliche Veranstaltung eines Festes die Aufmerksamkeit auf sich gelenkt und die unbeabsichtigte Veranlassung gegeben, daß ein neuer Notenkrieg der Mächte mit der Eidgenossenschaft entbrannte. Das Steinhölzli fest der deutschen Arbeiter in Bern ist von Anwälten der deutschen Regierungen als der Gipfelpunkt revolutionärer Umtriebe gebrandmarkt worden. Diese Anschauung ist auch in neuere und neueste Geschichtsdarstellungen übergegangen; es lohnt sich daher wohl, den Sachverhalt an Hand der nüchternen Akten genau darzulegen.

Die Veranstaltung einer gemüthlichen Zusammenkunft der deutschen Arbeiter in Bern wurde vorher dem Regierungsstatthalter angekündigt und der Schriftseker Roth gab mit noch zwei Genossen die Versicherung ab, „daß die Versammlung durchaus keinen weder die öffentliche Sicherheit noch die Verhältnisse der Eidgenossenschaft zum Auslande störenden Zweck habe, sie wünschten lediglich ihre vielen allhier in

¹⁾ Staatsarchiv Bern. Flüchtlingsangelegenheiten II. — Friedrich Engels hielt die Teilnahme Schappers am Savoyerzug für Thatsache. (S. Enthüllungen über den Kommunistenprozeß 2c. Zürich 1895. S. 4.)

Ohne Zweifel auf Irrtum beruht die Angabe im „Handbuch des Socialismus“ von Hugo und Stegmann (Zürich 1897, S. 737), daß Sch. in der Schweiz „als Bierbrauer seine Existenz fand“. Nach den Beugnissen von Forstmeister Kasthofer und Obersförster von Greherz war Schapper in seinem gelehrten Berufe beschäftigt. Er erregte, da er nach deutscher Jägerart stets mit Gewehr und Waidtasche erschien, in Bern nicht geringes Aufsehen.

Arbeit stehenden Landsleute aus verschiedenen Staaten Deutschlands zu vereinigen und unter denselben innigere Freundschaft, Liebe zum allgemeinen Vaterland und Sinn für ihre gemeinschaftlichen Interessen zu stiften. Keinerlei Handlungen, weder in Worten noch in Werken, sollen statt haben, wodurch die Ruhe und die Ordnung gestört oder die Behörden auf die mindeste Art kompromittiert werden könnten.“¹⁾ Der Regierungsrathalter begnügte sich auch, die Versammlung polizeilich überwachen zu lassen.

So fanden sich denn am Sonntag den 27. Juli 1834, nachmittags 2 Uhr, ungefähr 150 deutsche Arbeiter bei der Kaffeewirtschaft im Steinhölzli ein. Dort waren Tische und Bänke in Form eines Vierecks unter freiem Himmel aufgestellt. Größer als die Zahl der Teilnehmer, war die der Zuschauer, welche die Neugierde herbeigeloct hatte; u. a. wurden bemerkt Altregierungsrat Tillier, Major v. Büren, Hauptmann Augsburg. In der Mitte der Tische war ein bedrucktes Schnupstuch aufgehängt mit der Abbildung des Hambacher Festes und den Bildnissen der bekannten Veranstalter desselben. Der Schriftfeger Roth eröffnete das Fest mit einer kleinen Ansprache: Der Zweck dieser Vereinigung von freisinnigen Männern aus verschiedenen Staaten Deutschlands auf freiem Boden bestände lediglich in dem Wunsche, das Band der Freundschaft und allgemeiner Vaterlands- und Freiheitsliebe unter ihnen zu knüpfen. Er ermahnte, die öffentliche Ruhe und Ordnung weder durch Worte noch Thaten zu stören und sich des ungestörten glücklichen Genusses, frei atmen und sprechen zu können, in jeder Beziehung würdig zu zeigen. Er setzte hinzu: Nur auf solchem freien Boden in der Schweiz könnte ein solcher Verein stattfinden, der in dem armen bedrückten deutschen Vaterlande ein Majestätsverbrechen wäre. „Als Zeichen der Eintracht und Anhänglichkeit gleichgesinnter Männer an ein gemeinsames Vaterland“, so heißt es in dem erwähnten Bericht des Regierungsrathalters, „wurden die kleinen papiernen Fähnchen, ungefähr sechs an der Zahl, von verschiedenen Farben, ohne Aufschriften, welche an den Tischen aufgestellt waren, weggeworfen, als

¹⁾ Aus dem Schreiben des Regierungsrathalters von Bern an den Regierungsrat der Republik, 29. Juli 1834. Veröffentlicht im „Bernser Volksfreund“ Nr. 19. 5. März 1835.

eine etwas größere Fahne, rot, schwarz und gelb, aufgestellt worden; weil hier weder württembergische, bayrische noch badenische u. s. w., sondern nur deutsche Männer gegenwärtig seien.“ Von Zeit zu Zeit wurden dann patriotische Lieder gesungen, deren Text gedruckt in der Versammlung verteilt wurde. Am Ende wurde noch eine Teller Sammlung für die Brandbeschädigten von Leuzingen unter den Arbeitern veranstaltet. „Noch bei hellem Tage, so schließt der statthalterliche Bericht, ging die Versammlung auseinander und nicht der mindeste Vorfall störte die gute Ordnung sowie den Anstand.“ Das Ganze habe der Erwartung nicht entsprochen, und es lohne sich nicht, viel Aufsehen davon zu machen. Nur der Förster Schapper, so wird in dem Bericht noch vermerkt, habe sich nicht durchgehends klug benommen. Um das getreue Bild dieser Steinhölzliaffaire, aus der man eine Haupt- und Staatsaktion gemacht hat, zu ergänzen, geben wir den Wortlaut des Briefes wieder, den die Veranstalter des Festes am folgenden Tage an den Regierungsstatthalter von Bern gerichtet haben:

„Bern, den 28. Juli 1834.

Hochgeachteter Herr Regierungsstatthalter!

Eine Anzahl junger deutscher Bürger von hier waren gestern versammelt, um ohne Geräusch die trüben, doch hoffnungsvollen Empfindungen über das Schicksal ihres zertretenen Vaterlandes auszutauschen. Sie gedachten dabei dankbar des edlen Schweizervolkes, das am Unglück seines Brudervolkes Theil nimmt, und den muthigen Flüchtlingen eine Freistatt bietet; sie gedachten aber auch des Unglückes, das neulich durch Bliß die Gemeinde Leuzigen traf, und steuerten nach ihren schwachen Kräften, auch eine kleine Gabe zusammen, die sie Ihnen, Herr Statthalter, hier überreichen, mit der Bitte, solche an jene Gemeinde gelangen zu lassen. Der Herr sieht auf das Herz des Gebers, nicht auf die Größe des Opfers.

Wir sind mit aller Hochachtung, Herr Statthalter,

Im Namen der jungen deutschen Handwerker:

J. Roth (bei Hrn. Jenni, Buchdrucker und Buchhändler),
J. Dorn (bei Schuhmacher Kneubühler), L. Wagner (bei
Schreiner Stüdingen), A. Dött (bei Goldschmid Nebi & Co.).“

Auch der poetische Nachklang, den das Fest in der Viedersammlung „Deutsche Volksstimme“ (S. 152) gefunden, mag zur Vervollständigung des Bildes teilweise hier Platz finden:

„Du schöner Ort, geweiht zum heil'gen Bunde,
Der deutsche Brüder eint für's Vaterland;
Gefegnet sei der Tag, die schöne Stunde,
Wo Bruder sich zu seinem Bruder fand.

Seht wie die Fahne wallt in ihrer Mitte,
Und hört das Hurrah! tönen himmelan!
Es bringt zum großen Gott die schöne Bitte:
Laß frei jetzt sein den braven deutschen Mann!

Und einsam sah ich jetzt die schöne Stätte,
Wo deutsche Brüder heute sich erkannt;
Erhöre ihr Gebet, o Gott! errette
Vom Sklavenjoch ihr schönes Vaterland.“

Alle Zuschauer sind einstimmig in der Beurteilung des Festes. „Wir sind fest überzeugt, schrieb der „Beobachter“ in seinem Bericht (Nr. 90, 29. Juli 1834), „daß dieser harmlose deutsche Verein die tiefe Ruhe und den Frieden von Europa nicht erschüttern wird und wir hoffentlich von dieser Seite wenigstens keine neuen diplomatischen Noten zu erwarten haben.“

Diese Hoffnung sollte nicht in Erfüllung gehen . . .

In Zürich fand die erste Handwerkervereinigung am Sonntag den 10. August im Freudenberg bei Wollishofen statt. Hier waren Dr. Georg Fein aus Braunschweig und der Schullehrer Valentin Desterreicher aus Bayern die Leiter.

Von einem rastlosen Lehreifer beseelt, hatte Georg Fein schon als Burschenschafter sich bemüht, die freiheitliche Bewegung ins Volk zu tragen und in seiner Braunschweiger Heimat junge Handlungsbeflissene zu sich in die Wohnung kommen lassen und ihnen aus Börne vorgelesen. 1832 war er Redacteur der „Deutschen Tribune“ in München, wurde aber ausgewiesen,¹⁾ ging zunächst nach Paris, dann nach

¹⁾ S. Bruno Bauer, Gesch. d. konstit. u. revol. Bewegungen im südl. Deutschland in den Jahren 1831—34. Charlottenburg 1845. II, 184 ff.

Zürich. Hier übernahm der spätere Gesellenvater Fein die Redaktion der „Neuen Zürcher-Zeitung“, bis er von Gustav Kromböld abgelöst wurde.

Fein war noch ein Burschenschaftler der alten Generation. Auf das Aeußere legte er keine allzugroße Sorgfalt, im Gebrauche von Seife war er mäßig, seine Haare wurden möglichst selten gestutzt, auch einem guten und tiefen Trunkte war er nicht abhold und dann konnte er gelegentlich sehr unfein werden. Sein Herz aber blieb immer rein, ohne Gewinn sucht und falschen Ehrgeiz, und die deutschen Arbeiter in der Schweiz haben jahrzehntelang keinen treueren, aufrichtigeren Freund gehabt, als den guten alten „Vater Fein“ . . .

Die Zürcher Versammlung wiederholte sich am 14. August; da waren schon 100 bis 120 Mitglieder anwesend. Man hielt Ansprachen, trank, sang und verbreitete Lammennais' Worte eines Gläubigen. Das Statthalteramt aber hatte bereits am 11. August „auf indirekte Weise vernommen“, ¹⁾ deutsche Gesellen seien in Bollschöfen versammelt gewesen und hätten „ziemlich bedeutende politische Gespräche gehalten“. Dr. Fein habe ein „allgemeines deutsches Reich gepredigt“. Die „Neue Zürcher-Zeitung“ (Nr. 68) wußte mitzuteilen, daß die Handwerker bei diesen Versammlungen auch auf Gedanken geraten oder geleitet worden seien, die bekannten Forderungen der anderwärts gebildeten Handwerkervereine: Verdoppelung der Feierzeit und Lohnerhöhung ins Auge zu fassen. Fein, der damals wie während seines ganzen Lebens ein rein politischer Liberaler war und in socialen Dingen bei den Sparkassen und Konsumgenossenschaften Halt machte, konnte diese Angabe, die unter den damaligen Umständen womöglich noch schwerwiegender war, als die Anklage, offene Empörung gepredigt zu haben, als „schändliche Lüge und Verleumdung“ zurückweisen. Die Behörden könnten ihr Urtheil über jene Versammlungen nur auf die Aussage übelwollender Aufpaffer oder auch auf das vage Gerede und die nichtigen Vermutungen des Publikums gebildet haben. ²⁾

Da aber bald regelmäßig jeden Montag abend gegen 140 deutsche Gesellen sich versammelten, schritt die Obrigkeit

¹⁾ Staatsarchiv Zürich. Fremdenpolizei, Flüchtlinge. P 187.

²⁾ Vorstellung Feins, 26. August 1834. Staatsarchiv Zürich. P 189.1.

ein und gab den Fein, Destreicher, Maler Bohemann und andern Rädeßführern kurzer Hand den Laufpaß. Eine Vernehmung der Flüchtlinge fand nicht statt.

In andern Kantonen suchte man auch durch Maßregelungen der deutschen Arbeitervereine den Zorn der fremden Machthaber zu beschwichtigen. In St. Gallen hatten die Handwerksgeßellen sich an bestimmten Abenden versammelt, Schriften vorgelesen und Lieder gesungen und den Buchbinder H i r z aus Worms zum Vorßizenden gewählt. Der Mann bekam sehr bald den Befehl, den Kanton St. Gallen in Zeit von zweimal vierundzwanzig Stunden zu verlassen. Sein Meister reklamierte, es sei ein tadelloser Gehilfe; man möge ihn noch eine Woche arbeiten lassen. Die Landjäger brachten ihn nach Lindau, und seine Mißethaten wurden ihm ins Wanderbuch geschrieben. . . .

Heunter Abschnitt.

Rechenßchaftsbegehren des Grafen von Bombelles. — Handwerkersperre in Bern. — Ungewöhnliche Maßnahmen. — Polizeispionage. — Ludwig Lessing. — Der Lockspigel und die deutschen Arbeiter. — Aldinger alias Baron von Eyb.

Die „öffentliche Meinung“ in Deutschland wurde indessen über das Steinhölzlifest und die Arbeitervereine aufgebracht. Die Regierungspresse berichtete dem entsetzten Publikum, wie Tausende von Handwerksburschen bei Bern sich versammelt und die deutschen Landesfarben „in den Rot gestampft“ hätten.

Die Diplomatie wartete beinahe einen Monat, und da kam Herr v. Bombelles, der österreichische Geschäftsträger, und forderte in einer schneidigen Note (vom 23. August) Rechenßchaft für diesen „höhnenden Akt“. Die Berner Regierung solle gewährleisten, daß die deutschen Unterthanen vor offenen Verführungen zu auslehnenden und beleidigenden Handlungen gegen ihre Fürsten bewahrt werden. Das diplomatische Departement in Bern hielt es anfangs für das Beste, das Schreiben des Grafen nicht zu beantworten.¹⁾ „Dasselbe ist nämlich in einem dergestalt an-

¹⁾ Manual des Dipl. Departements VII, 8 ff.

maßenden und für die Regierung der Republik so beleidigenden Tone geschrieben, daß die Ehre und die Würde unseres Standes eine sehr ernste und kategorische Antwort — wenn eine solche erteilt werden sollte — erfordern würde. Dies könnte aber zu neuen Komplikationen und unangenehmen Erörterungen mit den Nachbarstaaten führen und es ist unter den obwaltenden Verhältnissen nicht unwahrscheinlich, daß dies eben der beabsichtigte Zweck der k. k. österreichischen Gesandtschaft sein dürfte.“

Dem Vorort Zürich, dem die Angelegenheit schließlich übertragen wurde, erwiderte die Berner Regierung: „Jederzeit werde Bern die völkerrechtliche Verpflichtung gegen das Ausland wahrnehmen, wie dies durch Verweisung derjenigen Individuen, welche den Aufruf an die deutsche Nation und das deutsche Heer verfertigt haben, thatsächlich bewiesen worden sei. Meinungsäußerungen aber in Worten oder Schritte, welche weder die eigenen Landesgesetze verletzen, noch die Ruhe auswärtiger Staaten gefährden, sei man nicht gesonnen, auf dem Gebiete der freien Republik zu unterdrücken . . .“¹⁾

Die deutschen Regierungen schienen auf den Widerstand Berns nur gewartet zu haben, um einen Vernichtungskrieg gegen die Handwerkerheere im Ausland zu beginnen. Schon im Sommer 1833 soll ein Wanderverbot für die Schweiz, Frankreich und Belgien durch den österreichischen Präsidialgesandten beim deutschen Bundestag zur Sprache gebracht worden sein.²⁾ Mit den Arbeitern in Bern machte man jetzt den Anfang. In einer Bekanntmachung des Grafen von Bombelles, d. d. Zürich, 22. September 1834, wurden „auf Veranlassung der Versuche, deutsche Handwerksgefelln gegen ihre Regierungen aufzureizen“, „alle als Handwerksgefelln arbeitenden oder auf der Wanderschaft sich befindenden k. k. österreichischen Untertanen, erhalten er Weisung gemäß, aufgefordert, innerhalb 8 Tagen den genannten Kanton Bern zu verlassen.“ Die übrigen deutschen Staaten schlossen sich dem Vorgehen Oesterreichs an.

¹⁾ Protokoll des vorörtl. Staatsrats, 18. Sept. 1834. Nr. 927.

²⁾ Berner Volksfreund, 13. Nov. 1834. Nr. 91.

Der preussische Geschäftsträger, Herr v. Olfers, ging etwas umständlicher zu Werke. Er ließ sämtliche preussische Handwerksgeßellen in Bern zu sich bescheiden und nahm sie persönlich ins Gebet; die in den übrigen Gemeinden des Kantons wohnenden preussischen Arbeiter mußten ihre Wanderbücher und Pässe einsenden. Alle hatten in kürzerer Frist Bern zu verlassen.

Schließlich kam auch noch der Gesandte Rußlands und machte in der „Allgemeinen Schweizer Zeitung“ bekannt, „daß diejenigen russischen Handwerker, welche sich etwa in der Stadt Bern oder auf dem Gebiete dieser Republik befinden sollten, dasselbe augenblicklich zu räumen haben.“

„Eine unerhörte, höchstens in offenem Kriegszustande zu rechtfertigende Maßregel“ nennt das Berner diplomatische Departement jene Handwerkerverbote.¹⁾ Jedenfalls wählte die österreichische Gesandtschaft bei ihrem Vorgehen Mittel, die im Frieden wohl als ungewöhnliche betrachtet werden. Der österreichische Legationssekretär Graf von Gozze ließ sich ertappen, als er das Verzeichnis sämtlicher im Kanton befindlicher Arbeiter durch Befragung eines subalternen Angestellten sich zu verschaffen suchte.²⁾

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Schweizerischen wie die ausländischen Behörden über das Thun und Treiben der sogenannten geheimen Verbindungen der Flüchtlinge und Handwerker genau unterrichtet waren. Während aber die Vertrauensleute der Schweizer Behörden sich darauf beschränkten, zu hören und zu melden, — wobei es immerhin von der Bildung und dem guten Willen des betreffenden Individuums abhing, wo die Wahrheit aufhörte und die

¹⁾ In einem vorgeschlagenen, aber nicht ausgefertigten Schreiben an den Vorort, vom 23. Sept. 1834. S. Dipl. Dep. VII, 49.

²⁾ Dipl. Dep. VII, 50. 51. — Graf von Gozze blieb nichtsdestoweniger noch zwei Jahre auf seinem Posten in der Schweiz. Erst im August 1836 wurde er wegen seines taktlosen Benehmens gegen den französischen Gesandten abberufen. (S. Volksfreund, N. 72, 8. Sept. 36.) General von Rochow schreibt darüber an Hofrat Nelschner: „Graf Gozze, Gesandtschaftskommissar, ist nach Wien berufen, aus Gründen.“ (S. Rochow, Briefe an einen Staatsbeamten, Frankf. 1873. 11. Sept. 1836. S. 60.)

Dichtung begann — gingen die geheimen Angestellten der ausländischen Polizeibehörden weiter.

Einer wurde im Herbst 1834 in Bern durch seine eigene Unvorsichtigkeit entlarvt: Der angebliche „Flüchtling Ludwig Lessing, Student der Medizin aus Freienwalde in Preußen, mosaischen Glaubens,“ der einen neuen gültigen Paß, ausgestellt vom preussischen Minister von Brenn, bei sich trug¹⁾ und darum den Flüchtlingen und Handwerkern, unter denen er sich viel bewegte, auffiel. Zum Steinhölzifest hatte er am eifrigsten angetrieben und hatte dazu ein Programm verfaßt, so toll, daß die Vorsteher der Versammlung es nicht einmal vorlasen. Die Handwerker wollten erst recht nichts davon wissen.²⁾ Lessing nahm dann an dem Feste, das im Gegensatz zu seinen Vorschlägen veranstaltet wurde, nicht teil.

Doch spielte er sich in der Folge gern als Radikalen auf. Das Agitieren und Vereinigen und Aufklären genüge nicht, man müsse weiter gehen. Der „lächerlichen Aufforderung“ des preussischen Gesandten, sich bei ihm zu stellen, müßten die Arbeiter „Entschlossenheit entgegensetzen“. Sie sollten „vor dem Hause Sr. Excellenz deren Hochwohlgeborenen Ohren durch Absingung einiger Freiheitslieder erfreuen; die machen ihm sicherlich Ohrentneipen; er wird merken, wie hier die Sachen stehen, seine Nase aus dem Drecke ziehen u. . .“ Auch die übrigen Gesandten würden, „wenn sie sehen, wie man über ihre Drohungen lacht und sie verhöhnt, es für das Klügste halten, mit ihren Noten, welche sie im Sack haben, nicht herauszurücken.“ . . . „Das ist der kürzeste Weg! und selbst unsere spätern Nachkommen bis ins dritte und vierte Glied in unserm dann freien Vaterlande, werden sich mit Wohlgefallen der Geschichte erinnern, wie die deutschen Handwerker zu Bern nach den Noten des preussischen Gesandten gesungen haben.“³⁾

Auch hier ließen die Arbeiter den Lockspitzel abfahren. . .

Lessing war längst verdächtig geworden, als die Briefe, die er als dankbarer Nefze seinem teuren „Onkel“ schrieb,

¹⁾ Berner Volksfreund N. 93. 20. Nov. 1834.

²⁾ Bericht des Polizeidirektors der Stadt Bern nach Zürich. S. „Der Mord verübt an L. L. u.“ Zürich 1837. S. 8.

³⁾ St.-A. Bern. Flüchtlingsangelegenheiten Polizeisektion.

in unrechte Hände fielen. Die öffentliche Anschuldigung, Spitzel zu sein, beantwortete er mit der Drohung, er werde das Benehmen der Berner Regierung in der Handwerkerfacke sowie namentlich „die geheimen Machinationen eines berücktigten Polizeihäuptlings“ in einer Broschüre beleuchten.

Die Umstände, unter denen Lessing später ermordet wurde, haben ihm eine gewisse Bedeutung verschafft; so mag sein weiteres Verhalten in dieser Angelegenheit hier dargelegt werden.¹⁾ Im amtlichen Verhöre gefragt, ob er mit dem „berücktigten Polizeihäuptling“ den Regierungsstatthalter Roschi gemeint habe, erklärte er: „Nein, es sei ein ganz anderer, den er aber nicht nennen wolle.“ Darauf in den „Räfigturm“ gesetzt, schrieb er am gleichen Tage, den 14. Nov., an seinen Freund Dr. Frei: „Ich bin fest entschlossen, lieber zeitweilig mich der rohen Gewalt zu fügen, als mir irgend eine Ungefehrlichkeit gefallen zu lassen.“ Am folgenden Tage, den 15. Nov., aber schrieb er schon an den Regierungsstatthalter: „Gezwungen durch die Leiden einer furchtbaren Gefangenschaft und im Vertrauen auf Ihr festes Versprechen, mir bei nachfolgender Erklärung meine persönliche Freiheit zu lassen und der Sache weiter keine Folgen zu geben, mache ich Gebrauch von Ihrer Güte und erkläre Sie für die fragliche Polizeiperson.“ Er wurde sogleich auf freien Fuß gesetzt, die Sache aber dem Richteramt übergeben. Dort erklärte Lessing am gleichen Tage, er sei „durch künstliche Mittel zu diesem Geständnisse gezwungen“ worden. Wenn man ihn nochmals einsperre, so werde er gestehen, was auch nur gefordert werde. Freigelassen, schrieb er am folgenden Tage einen Artikel für den „Beobachter“ (N. 138. 18. Nov. 1834), worin er sich über die „Tortur“ im Räfigturm beklagte, um am Tage darauf sich wieder bei Herrn Roschi wegen dieses Artikels zu entschuldigen und zu erklären: „daß ich gegen Ihre Person durchaus keinen Groll habe und daß auch ich Sie, wie alle andern, mit denen ich bisher gesprochen habe, für einen braven Mann halte. . . . Was nun die von mir angekündigte Broschüre anbetrifft, so werden Sie selbst zugeben, hochgeachteter Herr, daß es keine Regierung

¹⁾ Auf Grund der Akten im St.-M. Bern: „Flüchtlingsangelegenheiten“ Polizeisektion.

ohne Schwächen gibt, und daß es dem Beobachter und namentlich dem beleidigten Beobachter nicht schwer fällt, sich dieser Schwächen als Mittel zu bedienen, um der Popularität einer Regierung bedeutend zu schaden. Indessen soll von der Herausgabe eines solchen Buches, wenn man mich ferner nicht von neuem angreift und mich rechtmäßig und gesetzlich behandelt, weiter nicht die Rede sein.“

Leffing wurde darauf aus dem Kanton Bern ausgewiesen. Dasselbe geschah mit einem andern Subjekt ähnlicher Art, einem gewissen Zacharias Aldinger,¹⁾ Sohn des Handelsmanns Jzig Aldinger (der im Gefängnis zu Würzburg gestorben war und in „Stuhlemüllers Nachrichten“ als einer der gefährlichsten Gauner bezeichnet wird). Zacharias hatte sich ursprünglich als Lehrer versucht, widmete sich aber jetzt dem Fache eines Brillenhändlers und besonderen politischen Geschäften.

Leffing und Aldinger gingen beide nach Zürich, wo die Behörde, die sonst mit den Flüchtlingen wenig Umstände machte, ihnen Aufenthalt gewährte.

Als Zacharias Aldinger im Juni 1835 zu kurzem Aufenthalt nach Bern kam, hatte er einen am 20. Februar 1835 auf ein Jahr ausgestellten Paß als Freiherr Karl August von Eyb von Dozbach.

Der Paß, ausgestellt von dem k. k. österreichischen Gesandten, Grafen von Bombelles, sollte diesem später nicht wenig Verlegenheit bereiten.

Zehnter Abschnitt.

Fortgesetzter Widerstand Berns. — Abbruch der diplomatischen Beziehungen. — Veränderte Haltung Frankreichs. — Wendung in Bern. — Kriegsgerüchte. — Gesinnung des Großen Rates. — Aufnahme von Flüchtlingen ins Bürgerrecht. — Die Wirkung des Berner Memorandums in Wien.

Trotz den ungewöhnlichen Maßregeln der fremden Diplomaten ließ sich die Berner Regierung in ihrem Widerstand nicht erschüttern. Sie tröstete sich mit dem Bewußtsein, ihre Pflicht und den Willen des Volkes gethan zu haben, erklärte

¹⁾ Brief Roschis an Bürgermeister Hess in Zürich, 31. Mai 1836. St.-A. Zürich P. 187.

Schultheiß Tschärner vor dem Großen Räte, „auch habe Bern noch mächtige Freunde in und außer der Eidgenossenschaft“. ¹⁾ Dem Vorort wurde geschrieben: „Um den österreichischen Gesandten diesfalls zu befriedigen, müßte man die deutschen Handwerker besonderen Gesetzen unterwerfen und in Bezug auf dieselben die Verfassung des Kantons verletzen. Die Berner, die sich im Ausland aufhalten, seien sämtlich den allgemeinen Landesgesetzen unterworfen, und allfällige Ansprüche auf eine besondere Gesetzgebung für dieselben würden wahrscheinlich kaum aufgenommen werden. Alles, was die im Frieden mit einander lebenden Völker von einander verlangen, beschränke sich darauf, sich gegenseitig jeder feindseligen Haltung zu enthalten. . . . Die Eidgenossenschaft könne bei den Angriffen, deren Gegenstand Bern sei, nicht gleichgültig bleiben. Der ganze Körper der Eidgenossenschaft werde getroffen, wenn eines seiner Glieder einen Schlag erhalte, und bis zur Stunde hätten die Schweizer immer ihre kleinen Zwistigkeiten zu vergessen gewußt, um sich gegen das Ausland zu vereinigen.“ ²⁾

Graf Bombelles hingegen sprach seinerseits in seiner Note vom 13. Oktober ³⁾ im Namen des k. k. Hofes sein „festes und wohlbegründetes Vertrauen in die Weisheit und den Vidersinn des hohen Vorortes“ aus. Die k. k. Regierung sei es aber der ihr pflichtgemäß obliegenden Fürsorge für das Wohl ihrer Unterthanen schuldig, die Abberufung der österreichischen Handwerksgefallen bestehen zu lassen; „es kann auch dieselbe es mit der eigenen Würde und mit den auf Erhaltung der öffentlichen Ordnung und Ruhe gerichteten Grundsätzen, zu welchen sich Oesterreich bekennt und unererschütterlich bekennen wird, nicht vereinigen, die unmittelbaren diplomatischen Verhältnisse mit einem Kantone fortzusetzen, welcher diesen Grundsätzen nicht nur ungescheut Hohn spricht, sondern Aufreizungen gegen benachbarte mit demselben in freundschaftlichem Verkehr und Verhältnissen lebende Regie-

¹⁾ Escher I, 391.

²⁾ Prot. 2. Okt. 1834.

³⁾ Prot. 17. Okt. 1834.

rungen, in Schutz nimmt. Auch Herr von Tsfinger in Wien teilte dem Vorort mit, daß ihm eine Depesche an den Grafen von Bombelles zu Gesicht gekommen sei, in der dieser aufgefordert wurde, allen diplomatischen Verkehr mit der Regierung von Bern sogleich abzubrechen."

Falls der Vorort auf eine thatkräftige Dazwischenkunft verzichtete, erklärte die Regierung von Bern „weitere Erörterungen über diese Angelegenheit überflüssig und zwecklos"¹⁾ und bat lediglich um die Uebermittlung eines Memorandums an den schweizerischen Geschäftsträger in Wien und Paris.

Dieses M e m o r a n d u m, das schon seit einigen Wochen im Schoße der Regierung beschlossen war und jetzt in so merkwürdiger Weise dem Vorort zur Weiterbeförderung übergeben wurde, bedeutet einen W e n d e p u n k t in der Berner Politik.

Die Regierung erklärte schlangweg, sie habe „den Austritt im Steinhölzlein „nie weder rechtfertigen noch billigen wollen“. Keine Vereine der Flüchtlinge und Handwerker zu politischen Zwecken „und überhaupt keine Versuche, die Ruhe der Nachbarstaaten zu stören“ würden im Kanton Bern geduldet. „Es wird daraus die Ueberzeugung hervorgehen, daß auf dem Kantonsgebiete von Bern wie bis dahin, auch künftighin nichts geduldet werden wird, was die Ruhe der Nachbarn stören könnte, und daß die Regierung der Republik, sowohl als Kantonsregierung als dereinst in der Eigenschaft eines eidgenössischen Vororts, sich stets bestreben wird, ihre völkerrechtlichen Verpflichtungen in guten Treuen zu erfüllen und freundschaftliche Verhältnisse mit den Nachbarstaaten — so viel an ihr — bestmöglich und sorgsam zu wahren.“

Von der „Wahrung der Würde und Selbständigkeit“, von der bis dahin in den Berner Aktenstücken so viel die Rede gewesen, wurde hier nicht gesprochen. Es war ein neuer Ton, der da angeschlagen wurde. Welche Wendung im Gebiete der Diplomatie mochte das veranlaßt haben?

Herr von T s c h a n n, der schweizerische Geschäftsträger in P a r i s, erfuhr bei der Uebergabe des Berner Memoran-

¹⁾ Der Regierungsrat der Republik Bern an den eidgenössischen Vorort Zürich. 21. Nov. 1834. Siehe Protokoll 2. Dez.

dums beim französischen Minister des Auswärtigen, Grafen von Rigny, daß zwischen Wien und Paris bereits die Abhaltung gemeinsamer Verhandlungen über die Berner Angelegenheit stattgefunden hatte.

Herrn von Effinger erwiderte Fürst Metternich, er möge das Berner Memorandum der Staatskanzlei auf amtlichem Wege zusenden. Der Fürst äußerte sich über den Gegenstand nicht und entließ den schweizerischen Geschäftsträger „nach einer Audienz, die nur wenige Minuten gedauert hatte“. Auch dem französischen Botschafter in Wien teilte Herr v. Effinger das Memorandum mit, „indem das französische Ministerium der vorwaltenden Angelegenheit seine Aufmerksamkeit zuwendet und in Bern Ratschläge sehr konziliatorischer Art erteilt hat“. ¹⁾

Es lag am Tage: die veränderte Haltung Frankreichs hatte die politische Wendung in Bern bewirkt.

Louis Philipp hatte mit der Schweiz dasselbe Spiel getrieben, das er mit den Republikanern des eigenen Landes gespielt hatte, und dem die Polen zum Opfer gefallen. Von der Revolution auf den Thron gehoben, hatte der Schildträger der Finanzaristokratie noch jahrelang mit den Revolutionären in Verbindung gestanden, um die Unzufriedenen im eigenen Lande zu täuschen und zugleich die Ostmächte in Schach zu halten. Der Bruch mit den Radikalen des eigenen Landes erfolgte zuerst, und als in Frankreich selbst die revolutionären Erhebungen brutal unterdrückt wurden, blieb nach außen der Schein des Liberalismus gewahrt, und die Freiheitdürstenden aller Länder wandten noch immer ihre Augen nach Frankreich.

Guizot hatte sich in der Kammer selbst gerühmt, die schweizerische Regeneration sei ein Werk französischen Einflusses. ²⁾ Mag man die Rolle, die der französische Gesandte

¹⁾ Prot. d. Vororts 13. Dez. 1834. Nr. 1241 — „Der französische Gesandte (Rumnigny in Bern) wußte, daß man die Dinge nicht zu weit treiben dürfte; er hatte also die Weisung oder den Rat gegeben, allmählich einzulenkten“. (Republikaner Nr. 100. 16. Dez. 34.) Escher (Annalen I, 396) bringt die Umkehr Berns mit dem Sturz des französischen Ministers Bassano in Verbindung, was von Baumgartner (Die Schweiz 2c. II, 123) bestritten wird.

²⁾ Bgl. Baumgartner I, 398.

v. Rumigny in der Schweiz gespielt hat, übertrieben haben; das ist gewiß, daß dieser geriebene Diplomat in Bern einen Einfluß besessen hat, wie kein anderer Fremder. Wie sein Souverain wußte er den Liberalen herauszukehren, spielte sich als wohlwollenden Freund der Berner radikalen Regierung auf, bestärkte diese in ihrem Widerstande gegen die Forderungen der reaktionären Mächte, um hinterher die ihm Vertrauenden um so gründlicher zu täuschen.

Denn während die Berner Aristokraten das Haus Rumignys mieden, vertrauten ihm die regierenden Kreise blindlings. Hans Schnell scheute sich nicht zu sagen, „daß ihn die französische Dreifärbigkeit gar nicht erschrecken würde, wenn sie zu Bern auf der Stift wehte“. ¹⁾ Frankreich sei „der natürliche Freund der freien Schweiz und mithin der von jeher (?) verschriebene Feind unserer Schweizer Aristokraten gewesen“, schrieb noch am 22. Februar 1835, als die Vereinbarungen zwischen Paris und Wien schon offenbar waren, das Regierungsorgan, der Berner „Volksfreund“ in Burgdorf (Nr. 16).

Doch gab es Einsichtige genug, die frühzeitig das Spiel Frankreichs durchschauten. Schon am 22. Oktober 1834 ermahnte der „Schweizerische Republikaner“ (Nr. 85) „Bern, in dem Verkehre mit dem französischen Gesandten vorsichtiger zu sein als je; ja wir erlauben uns, offen die Vermutung auszusprechen, daß Herr Rumigny auch im Felde mit dem österreichischen Gesandten seine Hand wieder im Spiele habe“. Dasselbe Blatt schrieb später (21. Nov. 1834. Nr. 93) auf die Mitteilung, Louis Philippe habe Bern wiederholt seines Beistandes versichert: „Wir wollen keinen österreichischen und keinen französischen Einfluß, wir wollen, daß eine unabhängige, der Nation allein würdige Politik befolgt werde.“

In Bern machte sich die Wendung in der äußeren Politik zur gleichen Zeit in dem veränderten Verhalten der regierenden Kreise gegen die deutschen Flüchtlinge geltend, die das Asylrecht genossen und zum Teil im Gerichtswesen und in den Schulen im Dienste der Republik thätig waren. Dieselben Gebrüder Schnell, die vor wenig Monaten nicht genug thun konnten, das Asylrecht hochzuhalten, die Anstellung der

¹⁾ Escher I, 410. 411.

fremden Radikalen zu begünstigen, den Mangel an geistigen Kräften im Lande zu beklagen, sie standen auch jetzt in erster Linie, um die Fremden, die es mit dem Liberalismus ernst meinten, zu verdrängen. Allen voran Hans Schnell, der das Wort gesprochen: „Wenn die fremden Tyrannen uns antasteten, so werde ich die Fahne der Freiheit auf der Jungfrau aufspflanzen, und sie mögen dann sehen, was geschieht.“¹⁾

Während das Organ der Familie Schnell, der „Berner Volksfreund“ in Burgdorf, am 31. Juli 1834 (Nr. 61) sich geäußert hatte, „nur einige Begehrliche, denen es nicht um die Grundsätze, sondern um das Regiment und die einträglichen Stellen zu thun sei“, seien Gegner der „Anstellung verdienstvoller Fremden“ und noch am 11. September 1834 (Nr. 73) diese Angelegenheit den „schwachen Punkt der Vorrechtslustigen“ genannt hatte, schlug jetzt das Blatt mit einem Male um. Am 30. Oktober ließ sich im „Volksfreund“ (Nr. 87) ein gewisser Helvetus also vernehmen: „Daß Deutsche unserer Jugend die Deklinationen und das Einmal-Eins einbläuen, Deutsche unser Papier klopfen, auch unser Holz und Eisen verarbeiten helfen, während unser Volk lieber seinen Weiden nachzieht und seine Aecker bestellt — das mag alles wohl sein! daß aber diese Deutschen sich unterfangen, ein freies Volk und dessen Regierung über Politik und Diplomatie schulmeistern zu wollen — das geht zu weit; das würden wir kaum von den feinen und gewandten, freiheitsliebenden Franzosen, geschweige denn von den ungeleckten, zu Hause unterwürfigen, bei uns anmaßenden Deutschen annehmen.“ Herr v. R u m i g n y, der französische Gesandte, habe mit weit mehr politischem Takt den freisinnigen Ideen Eingang und Bestand zu verschaffen gewußt.

¹⁾ Blösch, S. 70. — In einem Briefe von J. L. Schnell findet sich die Aeußerung: „Ich muß die Bemerkung machen, daß es doch in unserem großen Mite an geistigen Kapazitäten mangelt; die meisten Entwürfe verraten oft eine Ignoranz der Verhältnisse, welche die der vorigen fast noch übertrifft.“ Und Hans Schnell schrieb an Karl: „Wären unsere Grundsätze nicht besser, — das Personal sollte mir kaum lieber sein, als das alte.“ (Blösch S. 68.) Auch L. Lauterburg nennt in seiner Biographie Karl Schnells (Berner Taschenbuch 1855, S. 264) den „Mangel an hinreichend fähigen und studierten Einheimischen, welcher die Schnell und ihre Freunde für den Staatsdienst unter den Flüchtlingen rekrutieren ließ.“

Als nun Dr. Gärth, ein deutscher Flüchtling, der im Berner Justizdienst angestellt war, in der folgenden Nummer des „Volksfreund“ sich gegen diesen Angriff wehrte, gab sich Helvetus zu erkennen: „Ich Johannes Schnell, derzeit freier Bürger von Burgdorf“, er erneuerte seine Angriffe gegen die heimat-, geld- und einflußlosen deutschen Flüchtlinge: „Macht Euch zuerst frei und dann redet uns von Eurer Ehre; so lange Ihr aber als vertriebene Flüchtlinge vor Euern eigenen Landsleuten bei uns Schutz suchen müßt, sollt Ihr zufrieden sein mit unserer Freiheit.“

Ein „Raivus“ fand es („Volksfreund“ Nr. 98) merkwürdig, „daß Deutsche hier gegen Worte so äußerst empfindlich sind, alldieweil sie bei Hause selbst körperlich auf verschiedene Weise herabgewürdiget, ja selbst abgeprügelt werden.“

Bei den Arbeitern begnügte man sich damit nicht. Bekannte Teilnehmer am Steinhölzifest und die Führer des Vereins wurden jetzt ausgewiesen, und während im Juli die Behörde den Arbeitern hatte sagen lassen, die Geseze des Landes hinderten niemand, sich mit Gleichgesinnten ruhig zu versammeln, und während man nach außen so viel Wert auf die Unantastbarkeit dieser Geseze gelegt hatte, wurden jetzt die Handwerkerversammlungen verboten. „Ein Benehmen der Art, schrieb der „Schweizerische Republikaner“ in Zürich am 21. Oktober (Nr. 84), „kann bei den auswärtigen Diplomaten nur Veringschätzung erzeugen und muß vorkommenden Falls ihre Unverschämtheit steigern, da sie wissen, mit was für Leuten sie es zu thun haben.“... „In Zürich ist man, wenn auch schwach, im ganzen doch immer noch human zu Werke gegangen, während in Bern zugleich mit dem neuen System die Fahne der Barbarei aufgespizt, Fremdenhaß und vollkommener Vandalismus gepredigt wurde. (Nr. 100.)

Auf dem Lesezimmer in Burgdorf wurde der „Schweizerische Republikaner“ daraufhin verboten.

In Bern selbst waren das Volk und seine Vertreter mit dem plötzlichen an sich durchaus unbegründeten Umschwung in der äußeren Politik der Regierung keineswegs einverstanden. Wohl mochten die umhergeschwirrenden Kriegserüchte zur Vorsicht und Zurückhaltung mahnen. Das herausfordernde Gepränge, mit dem damals die Ostmächte

ihre Waffenbrüderschaft von 1813 erneuerten, hatte in ganz Europa ein Echo gefunden, das auch in der Schweiz wieder tönte. Den Grund zur Kriegserklärung werde man finden, hieß es in einer Korrespondenz des „Volksfreundes“ (Nr. 87, 30. Okt. 1834) aus München, wenn der Vorort in Bern seinen Sitz habe. „Dieser Kanton, der bis jetzt einzig und allein die Ehre und Selbständigkeit der Schweiz gerettet hat, wird auch ferner fest und unverbrüchlich daran halten, wenn er nicht wie Zürich, sich unter die Knute der heiligen Allianz schmiegen wird. Die Fürsten werden alsdann so lange mit schmählichen und erniedrigenden Zumutungen bestürmen, bis der Bruch geschehen ist. Hier ist man davon allgemein überzeugt, dafür sprechen zu viele Zeichen; besonders läßt sich dies aus den Aeußerungen gewisser Offiziere, deren Gesicht vor Freude glänzen, wenn sie von der Züchtigung und Demütigung des republikanischen Bauernpacts sprechen, mit ziemlicher Gewißheit schließen.“ „Die Maßregeln der Regierungen,“ schrieb derselbe Korrespondent, „sind nicht ohne Grund, denn Beispiele, daß Handwerker mit Freiheitsideen zurückgekehrt sind und diese weiter verbreitet haben, sind genug vorhanden.“

Gerade die entschiedenen Radikalen, welche die Schwenkung der Regierung nicht mitmachen wollten, ließen sich auch durch die Kriegsgerüchte nicht irre machen. Herr Forstmeister K a s t h o f e r stellte am 24. November einen kriegerischen und revolutionären Antrag, der in Kürze lautet: Der Große Rat erklärt die Unabhängigkeit des schweizerischen Vaterlandes durch die Umtriebe fremder Gesandten und durch die Drohungen fremder Mächte gefährdet; er befiehlt dem Vollziehungsrat, alle diplomatischen Agenten, welche die Sicherheit und Unabhängigkeit der Schweiz ferner antaasten würden, aus dem Gebiet der Republik Bern zu verweisen, alle militärischen und finanziellen Kriegsvorbereitungen zu treffen, das Asylrecht strenge zu wahren, eine freie Volksvertretung der Schweiz einzuberufen, um eine neue Bundesakte zu entwerfen u. s. w. Wenige Tage darauf zog Herr Kasthofer seinen Antrag vorläufig zurück.

Am 4. Dezember stellte Herr Fürsprech Jaggi, „welcher ebenfalls zu den ehrlichen und aufrichtigen Radikalen und Nationalen gehörte, die nicht begreifen wollten, daß man auf

so viel Trotz in solche Kleinmut versinken könne, oder daß diejenigen, welche nichts von Noten wissen wollten, so gelehrig nach dem wechselnden Takte des Grafen v. Rumigny tanzen sollten,"¹⁾ den Antrag, die Regierung möge die Memoriale, die nach Wien und Paris gesandt worden seien, dem Großen Räte mitteilen. In der nächsten Sitzung zog auch Herr Jaggi seinen Antrag zurück.

Wenn nun auch der Große Rat von Bern dem Antrage Kasthofers, den dieser am 11. Dezember in veränderter, aber wenig gemäßigter Form erneuerte, nicht zustimmte, so gab er doch seine Gesinnung kund, indem er am 15. Dezember Herrn Kasthofer selbst wie Herrn Fürsprecher Jaggi in den vorörtlichen Staatsrat wählte und am 19. Dezember mehreren Flüchtlingen, darunter Professor Siebenpfeiffer, das Bürgerrecht erteilte.

Die Wirkung, welche das Berner Memorandum bei den Mächten selbst hervorgerufen, entsprach jedenfalls nicht den Erwartungen, die sich seine Urheber gemacht hatten. Während Herr von Effinger noch am 6. Dezember „die Annahme der Denkschrift für einen günstigen Umstand“ hielt, mußte er bereits vier Tage darauf melden,²⁾ „man finde sich dermalen noch nicht zu einer Veränderung der Verhältnisse zu Bern veranlaßt“. Dieser Differenz ungeachtet werde Oesterreich die Stellung Berns als Vorort anerkennen.

Elfter Abschnitt.

Bern als Vorort. — Metternichs Triumphe. — Die Enthüllungen der Augsburger „Allgemeinen Zeitung“. — Die Ausschlimmung eines Sonderbundes. — Maßnahmen des deutschen Bundes gegen die Handwerksburschen. — Der angebliche Einfall und seine angebliche Verhütung. — Wirkung dieser Maßnahmen in der Schweiz. — Die Parteien in Bern und der Antrag Kasthofers. — Gegenmaßregel in St. Gallen. — Interpellation in der badischen Kammer.

Mit dem Beginn des Jahres 1835, da der Vorort nach Bern verlegt wurde, trat ein sonderbares Verhältnis in dem diplomatischen Verkehre der deutschen Staaten mit der Eidgenossenschaft ein. Ueber Republik und Kanton Bern blieb

¹⁾ S. Escher I, 415.

²⁾ Prot. 22. Dez. 1834.

der diplomatische Bann verhängt, den Vorort Bern aber, der doch fast ausschließlich durch die gleichen Männer vertreten war, erkannten die deutschen Staaten an, natürlich nicht ohne ihren Unmut aufs neue fühlen zu lassen. Gleich in der ersten Sitzung des neuen vorörtlichen Staatsrates wurde daher allseitig große Vorsicht im Verkehre mit den fremden Gesandten empfohlen; „es dürfe denn doch“, so wurde im Protokoll vermerkt (8. Januar), „ein Unterschied zwischen dem französischen Botschafter, welcher seit seinem Erscheinen in der Schweiz sich mit ebensoviel Takt als Wohlwollen für die Schweiz und ihre Institutionen bei jeder Gelegenheit benommen habe, sowie zwischen dem englischen Gesandten und den übrigen fremden Diplomaten gemacht werden.“ Während nämlich die Mitteilungen, die der österreichische Staatskanzler direkt oder indirekt, durch den Grafen von Bombelles oder Herrn von Esfingier, nach Bern gelangen ließ, immer mehr den Ton von Befehlen annahmen, bemühte sich die französische Regierung, unverändert in der Rolle des väterlichen Freundes und Gönners sich zu zeigen. Aber diese „wohlwollenden und taktvollen“ Eingebungen des fränkischen Diplomaten drängten jetzt zur bedingungslosen Nachgiebigkeit gegen Oesterreich, und so wich man in blindem Vertrauen in die gleichnerischen Worte Frankreichs vor dem rücksichtslosen Auftreten Oesterreichs Schritt für Schritt zurück. Und dabei waren beide Mächte im Begriff, geheime Abmachungen von größtem Verhängnis für die Schweiz einzugehen!

Metternich erlebte einen Triumph nach dem andern. Jedes Zugeständnis, jede Demütigung, welche die Schweiz sich auferlegte, um sich vor seinen Zumutungen zu schützen, hatte nur eine Steigerung der Anmaßungen zur Folge. Es war eine Schraube schier ohne Ende, und der weitere Verlauf wird zeigen, wie weit das Maß der Demütigungen bemessen war, das man der Schweiz zugedacht.

Bald mehrten sich die Anzeichen, die den Vertrauensseligen hätten die Augen öffnen können. Schon am 29. Dezember 1834 wußte Herr von Tschanz zu melden: „Die Verhältnisse Frankreichs zu den übrigen Mächten werden immer freundlicher“, und kurz darauf wurde dem schweizerischen Geschäftsträger von dem französischen Minister des

Neußern, Rigny, selbst mitgeteilt, Fürst Metternich sei „im höchsten Grade verstimmt“, der österreichische Gesandte in Paris, Graf Appony, habe Instruktionen erhalten, „in diesem Sinne auf das französische Kabinett zu wirken.“¹⁾ Ganz die gleichen Meldungen kamen aus Wien. Herr von Effinger teilte mit, den Kaiser habe das Steinhölzlifest „selbst sehr affiziert“ und „auch Fürst Metternich habe sich erst kürzlich noch in harten Ausdrücken darüber ausgesprochen“. Am 26. Januar berichtete er, „daß häufige Mitteilungen, welche in letzter Zeit mit dem französischen Kabinett stattgefunden haben, hauptsächlich die Austritte vom 27. Juli betreffen“. Von diplomatischen Freunden hörte dann wieder Herr von Tschann in Paris, daß der deutsche Bundestag in Frankfurt die Sache sehr ernstlich und besorglich ansehe, und diese falsche oder wirkliche Furcht werde Fürst Metternich wahrscheinlich benutzen und vorgeben, er sei von dieser Seite zu den stattgehabten Reklamationen aufgefordert worden.²⁾

Durch Vertrauensmißbrauch eines Beamten gelangte damals die Augsburger „Allgemeine Zeitung“ in den Besitz diplomatischer Notizen, die zwischen Wien und Paris über die Angelegenheit der Schweiz gewechselt waren. Diese Veröffentlichung³⁾ deckte die Karten auf. Die Note Metternichs vom 8. Januar, die der österreichische Gesandte von Appony dem französischen Minister des Auswärtigen übermittelt hatte, ist ein Musterstück diplomatischer Sprache. Deswegen allein verlohnte sich die Wiedergabe, wenn nicht die interessante Form durch den Inhalt noch übertroffen würde: „Der Herr Graf v. Rigny ist zu hellsehend, um nicht zu begreifen, daß der Sieg des Radikalismus in der Schweiz, der sich in der Zusammensetzung der gegenwärtigen Direktorialbehörde offenbart, die wahren Interessen Frankreichs eben so sehr, als die Oesterreichs und anderer der Schweiz benachbarten Staaten verletzt“. Der „Gedanke an eine unmittelbare Intervention irgend einer Art“ sei dem österreichischen Kabinette „nie bekommen“ (!). „Aber a l l e n a n d e r n Staaten und besonders den Nachbarn der Schweiz ist daran gelegen, Sicher-

¹⁾ Protokoll 8. und 29. Januar 1835.

²⁾ Protokoll 5. und 10. Februar.

³⁾ „Allgemeine Zeitung“ Nr. 38. 6. Februar 1835.

heit zu erhalten, daß in den Verhältnissen dieses Landes mit dem Auslande die völkerrechtlichen Principien nicht mißkennt werden. Ohne sich Einfluß auf die Veränderungen zu erlauben (!), die in der innern Organisation der Eidgenossenschaft stattfinden können, haben diese Staaten das Recht, darüber zu wachen, daß der Geist des Vertrages von 1815, der ihnen einen friedlichen und freundlichen Verkehr mit der Schweiz zusicherte, nicht abgeändert oder verfälscht werde: — das Recht zu fordern, daß dieser Geist nicht allein die politischen Verhältnisse der Schweiz in ihrer Gesamtheit, sondern auch jedes ihrer einzelnen Kantone lenke, endlich daß dies Land sich dem Auslande gegenüber nur zu einem politischen Glauben bekenne. Wir hegen den aufrichtigen Wunsch, uns mit dem Kabinett der Tuilerien zu verständigen, um ein so befriedigendes Resultat zu erreichen. Es ist uns daher wichtig, zu erfahren, was dieses Kabinett in dem gegenwärtig sehr möglichen Falle thun würde, wenn nämlich die radikalen (!) Kantone, von denen, die von der revolutionären Bewegung noch nicht erreicht sind, sich trennend, unter der Hegide jenes neuen Völkerrechts, dessen beklagenswerte Folgen das Jahr 1834 zwei Mal zu Tage gebracht hat, einen eigenen Bund bildeten. Wollte der Herr Gesandte bei Mitteilung dieser Depesche an den Herrn Grafen von Rigny ihn in meinem Namen bitten, auf diese Frage zu antworten. Seine Antwort wird, wie ich nicht zweifle, von der Art sein, daß sie unsere gemeinsamen Schritte bei eventuellen Ereignissen, die jetzt noch unmöglich vorausszusehen sind, erleichtert.“ Wenn nun auch Frankreich sich nicht direkt einließ, Zusicherungen von solcher Tragweite, wie man sie angedeutet hatte, zu geben, so gab Graf Rigny doch die Versicherung des grundsätzlichen Einverständnisses, und wenn die Berner Regierung keine andere Haltung einnehme, so werde Frankreich aufhören, „an ihren Angelegenheiten und an ihrem Geschicke irgend teil zu nehmen.“ . . .

Fürst Metternich, so berichtete bald Effinger, sei über die Veröffentlichung der Noten in der „Allgemeinen Zeitung“ „sehr entrüstet und gebe sich alle Mühe, dem Urheber der begangenen Indiskretion, welche wahrscheinlich auf der Kanzlei

eines süddeutschen Hofes stattgefunden, auf die Spur zu kommen. Ganz gewiß werden Vorsorgen getroffen, daß die „Allgemeine Zeitung“ Aktenstücken oder Aufsätzen über schwebende Fragen, bei denen der k. k. Hof beteiligt sei, künftighin ihre Spalten verschließe.“

Noch bitterer war die Wirkung in Paris. Herr von Tschann berichtete über die Noten, Minister v. Rigny sei „äußerst verlegen darüber gewesen, auf welche Weise er dieselben desavouieren wolle“. Bald merkte aber der schweizerische Geschäftsträger auch in den Ratschlägen des Ministers, daß der Wind, der schon im Herbst begonnen hatte, sich zu wenden, nun ganz umgeschlagen war, wenn auch die Sprache in Paris immer noch anders klang, als die Wiener Noten. Vern möge, so riet Herr v. Rigny, für die Zukunft Garantien gegen die Wiederholung ähnlicher Scenen (wie das Steinhölzifest) geben; dann könne diese Angelegenheit ausgeglichen werden. „Thue man hingegen nichts, so dürften leicht die Gesandtschaften aus der Schweiz zurückgezogen und höchst unangenehme Maßregeln in Bezug auf den gegenseitigen Verkehr ergriffen werden.“ Dann aber werde er, so versicherte der französische Minister wieder, mit mehr Nachdruck das Interesse, welches die französische Regierung an der Schweiz nehme, herausstellen, denn er könne sich auf jedem andern Terrain leichter bewegen, als auf dem dieser Handwerkerunordnungen, welche ihn jederzeit sehr unangenehm berührt hätten.¹⁾

Auch in Deutschland wurden die „Handwerkerunordnungen“ besonders unangenehm empfunden. Die Bundescentralbehörde zur Verfolgung und Untersuchung staatsgefährlicher Umtriebe nennt in ihrem Generalbericht die Einwirkung der Flüchtlinge auf die deutschen Arbeiter in der Schweiz „in hohem Maße gefährlich“. ²⁾ „Die Zahl solcher aus Deutschland war dort sehr groß; konnten sie gegen die bestehende Ordnung der Dinge erhöht, konnten sie gegen die aus den Verhältnissen des Lebens mit Notwendigkeit hervorgehende Ungleich-

¹⁾ Protokoll 19., 23. und 28. Februar.

²⁾ Darlegung der Hauptresultate aus den wegen der revolutionären Komplotte der neueren Zeit in Deutschland geführten Untersuchungen. Frankfurt a. M. (1838) S. 72.

heit von reich und arm in Leidenschaft gebracht, konnte ihnen die Empörung gegen die Obrigkeit, der Angriff auf das Eigentum des Nächsten als eine Pflicht anschaulich gemacht werden, so war für die Umwälzungspartei sehr viel gewonnen. In nicht langer Zeit mußten diese Grundsätze in den meisten Werkstätten Deutschlands wiederklingen und da sich die Verführbarkeit des Handwerkerstandes überhaupt an den Deutschen in der Schweiz so groß erwiesen, so war nicht ohne Grund zu erwarten, sie werde auf deutschem Boden nicht geringer sein."

Die Maßregeln der Gesandten gegen die deutschen Arbeiter in Bern wurden jetzt gekrönt durch Bundesbeschlüsse, die wiederum erweitert und verschärft wurden durch besondere Bestimmungen der einzelnen Regierungen. Am 15. Januar 1835 faßte die deutsche Bundesversammlung den Beschluß: Da es im Interesse des deutschen Bundes liegt, daß die deutschen Handwerksgefallen an keinen Associationen und Versammlungen teilnehmen, wodurch die öffentliche Ruhe im In- oder Auslande gestört werden könnte, so soll das Wandern der deutschen Handwerksgefallen nach denjenigen Ländern und Orten, in welchen offenkundig dergleichen Associationen und Versammlungen gebildet werden, so lange diese Duldung notorisch besteht, verboten sein.¹⁾ Der Beschluß betraf die Schweiz, Frankreich, England und Belgien und ist erst im Jahre 1848 dahingefallen. Auch die Einzelregierungen brachten bald Verfügungen über die Zurückberufung der im Auslande befindlichen Handwerker und deren polizeiliche Ueberwachung in Deutschland. Der Herzog von Sachsen-Altenburg untersagte seinen Handwerkern überhaupt das Wandern aus Deutschlands Grenzen. Sogar Rußland war ihnen verschlossen.²⁾

Die besondere Gut der deutschen Grenzen war natürlich dem Großherzogtum Baden anvertraut. Am 14. Februar erließ denn auch das badische Ministerium eine Verordnung gegen die Handwerksburschen, die an Sorgfalt nichts zu

¹⁾ Vergl. Müllers Archiv für die neueste Gesetzgebung aller deutschen Staaten. VI. 2. S. 305 und VIII. 1. S. 4.

²⁾ „Das ist nun wirklich hart" bemerkte hierzu der „Gächtele" in Paris, 1835. S. 35.

wünschen übrig ließ. In den Motiven hieß es: „Es werden unter ihnen gewalthätige Unternehmungen gegen Deutschland verabredet, die wenn sie auch nicht zur Ausführung kommen, doch den Geist der Zügellosigkeit und der Revolte in diesen Handwerkern auf eine für alle Zukunft verderbliche Weise wecken und unterhalten.“ Die Ausführung selbst aber würde „durch Raub, Plünderung und auf andere Art unsägliches Unheil häufen“. Dementsprechend waren die Bestimmungen: Alle in der gesamten Schweiz befindlichen badischen Handwerksgesellen hatten innerhalb vier Wochen dieses Land zu verlassen und in ihre Heimat zurückzukehren. Allen Handwerksgesellen ohne Unterschied des Geburtslandes war der Eintritt in die Schweiz längs der badischen Grenze untersagt. Keiner wurde in die Schweiz gelassen und wer aus der Schweiz heimwanderte, bekam in Baden eine bestimmte Marschrouten vorgezeichnet; er wurde natürlich nicht hereingelassen ohne eine gründliche Leibesuntersuchung, ob er keine aufrührerischen Schriften bei sich trage. „Diese Schriften sind ihnen abzunehmen, versiegelt aufzubewahren und von Zeit zu Zeit an die diesseitige Stelle (Ministerium des Innern) einzusenden.“ Daß man die Träger dieser Schriften nicht laufen ließ, versteht sich von selbst.

Unterdessen wurde nichts versäumt, die Bevölkerung über den angeblich beabsichtigten Einfall in Atem zu halten. Sogar Herr von Tschann wußte von Paris aus (3. März) zu melden, dort seien Gerüchte ausgestreut, unter dem Kommando des Obersten Dufour habe ein Einfall ins Badische stattgefunden! ¹⁾ Zugleich wurden die Bewohner der badisch-schweizerischen Grenzbezirke in große Aufregung versetzt durch die Ankündigung eines außergewöhnlichen Zusammenzuges badischer Truppen. Die Bauern im badischen Ober- und Rheinkreis mußten Leiterwagen bereit halten. Die allgemeine Mobilmachung hielt man für nahe bevorstehend.

Die Regierung des Kantons Aargau beschwerte sich über diese Maßnahmen Badens beim Vorort. Dieser ließ in Karlsruhe anfragen, „welches der wirkliche Zweck dieser außerordentlichen Militäranstalten sei“. Zugleich sprach der Vorort sein Befremden aus wegen der Ministerialverordnung

¹⁾ Protokoll 11. März.

gegen die Handwerksgeſellen. Der badiſche Miniſter von Türſheim antwortete (12. März), daß die militäriſchen Maßregeln „lediglich in einigen vorſorglichen Anordnungen beſtehen, um nötigen Falls ohne Zeitverluſt militäriſche Hilfe aus den dermaligen Garniſonsplätzen der großherzoglichen Truppen auf entferntere Punkte der Landesgrenze verbringen zu können“. Den deutſchen Handwerkern würden in der Schweiz Grundſätze eingeprägt, „welche mit der in ihrem Vaterlande beſtehenden, überhaupt mit jeder geſellſchaftlichen Ordnung unerträglich ſind und welche ſie bei der Rückkehr in die Heimat, ſelbſt verdorben für ihre Beſtimmung zu nützlichen Bürgern, als fortwirkendes revolutionäres Element in die Maſſe des Volkes verbreiten ſollen“.

In der Schweiz wurden die Handwerkerverbote allerdings kaum als Nachteil empfunden, ſchon weil ihre praktiſche Wirkung keine große war. Die meiſten Geſellen blieben vorderhand in der Schweiz und auch die Zuwanderung erlitt keine große Einbuße. Dagegen erregten die Maßnahmen der deutſchen Regierungen bei manchem die Hoffnung, „es werde ein geſchickter ſchweizeriſcher Handwerkerschlag herangebildet. Dann mögen die deutſchen Handwerker ausziehen“ hieß es (laut „Volksfreund“ Nr. 1. 1835.) „Wir wünſchen ihnen Glück auf die Heimreiſe in ihr fürſtliches Land. Das Gute und Gemeinnützige iſt gewöhnlich das Erzeugnis des Bedürfnisses. Unſer jetziges Bedürfnis iſt ein ſchweizeriſcher Handwerksſtand. Unſere Jugend hat gewiß ſo viel Geſchicklichkeit in den Händen, wie die deutſchen Handwerker. Die Sittlichkeit der Städte, Flecken und Dörfer werden durch den Abgang der deutſchen Geſellen ebenfalls nichts verlieren, ſo wenig als der Sinn für echte Freiheit. Wir wünſchen von Herzen, daß unſer Rat von edeln Eidgenoſſen in Behörden und Geſellſchaften Würdigung finde! Wahrscheinlich werden wir Schweizer noch einmal den deutſchen Regierungen für ihre jetzige Maßnahmen danken, indem wir durch rechte Benutzung derſelben in einem wichtigen Zweige, nämlich dem der Handwerke, von ihnen unabhängig werden. Auch dieſe Unabhängigkeit hat ihren Wert.“

Auch die Befürchtungen gegen die ſocialpolitiſchen Gefahren der Handwerkeragitation kamen immer mehr zum Durchbruch. „Nehmen wir nur auf einige Augenblicke an,

sagte Emanuel Fellenberg in seinem zweiten Sendschreiben an den Berner Großen Rat vom Februar 1835 (S. 5), „daß eine beträchtliche Zahl unserer jungen, in jeder Richtung leicht verziehbaren Staatsbürger alljährlich nach Deutschland auszöge, um sich dort Berufsfertigkeiten zu erwerben und wir erfahren, daß sie in deutschen Landen gegen unsere Staatsbehörden aufs widerwärtigste verstimmt und leidenschaftlich gehetzt werden dürften, wie die deutschen Handwerksburschen bei uns gegen die Staatsbehörden ihrer Heimat verstimmt und gehetzt worden sind, würden wir wohl unsere unerfahrene Volksjugend immerdar schutz- und schirmlos in die von dort aus drohende Verriickttheit geraten lassen?“ Fellenberg hätte hinzufügen können, daß in Wirklichkeit diese Annahme dahinfiel, denn die politischen Zustände in der Schweiz standen mit der wirtschaftlichen und geistigen Entwicklung denn doch nicht so sehr im Widerspruch wie die Staatseinrichtungen in Deutschland, zu denen sich gewiß kein Schweizer Handwerksbursche bekehren konnte.

In Bern hatten sich inzwischen auch die Parteiverhältnisse in gewisser Hinsicht abgeklärt; die Radikalen unterlagen dem Schicksal aller herrschenden Parteien. Von den Grundsätzen, die man vordem stets vorangestellt, war jetzt immer seltener die Rede; Zweckmäßigkeitserwägungen, haftend an den Erscheinungen des Tages, traten an ihre Stelle.¹⁾

Die entschiedenen Radikalen, ihnen voran der greise Rasthofer, sahen das wahre Interesse des Vaterlandes in der Durchführung einer grundsätzlichen, der Eigenart des Landes und Volkes getreuen Politik, sahen in der Untergrabung des Geistes der schweizerischen Verfassungen eine größere Gefahr für die nationale Unabhängigkeit und freie Volksentwicklung, als selbst in einer fremden Invasion mit Heeresmacht. Gegen

¹⁾ Heusler sagte von den Schnell: „Materiell verständig suchen sie in der Freiheit nicht einen Grundsatz, sie suchen die Herrschaft ihrer Klasse: der wohlhabenden Bürger der kleinen Städte und Landgemeinden des Kantons Bern.“ . . . „Diese einfache Politik, bemerkt dazu Lauterburg, welche ihren Schwerpunkt vorzüglich in der Klasse der hablichen Bauern suchte, denen Haus und Hof mehr am Herzen lag, als der Seufzer unterdrückter Völker, brachte der Schnellpartei von seite ihrer weltbürgerlich gestimmten Gegner den Namen Baunisten ein.“ E. Berner Taschenbuch 1855. Seite 263.

diese könne die Schweiz kämpfen; der Arglist der Diplomatie despotischer Mächte aber unterliege der Schweizerbund; er verliere durch sie sicherer seine Selbständigkeit als durch offenen Angriff. Das Volk solle mit der Gefahr, in der die Schweiz steht, bekannt und vertraut gemacht werden und die Regierung solle keine Vorbereitungen zu geordnetem und entschlossenem Widerstand verabsäumen.

Der Gegensatz zu der Mehrheit der Regierung hatte Kisthofer veranlaßt, gleich beim Beginn des Jahres aus dem vorörtlichen Staatsrat, in den der Große Rat ihn gewählt hatte, auszutreten. Als nun die Verhandlungen zwischen Wien und Paris offenbar wurden und die Regierung auf dem Traktandencirkular des am 16. Februar neu zusammen tretenden Großen Rates die auswärtigen Angelegenheiten mit keiner Silbe erwähnte, da stellte Kisthofer in vaterländischer Sorge den Antrag, der Regierungsrat solle „in Zeit von acht Tagen dem Großen Rate einen genauen Bericht über die Lage des Vaterlandes in Bezug auf die Anmaßungen fremder Mächte“ erstatten; er verlangte Mitteilung aller darauf sich beziehenden Aktenstücke.

Auch dieses Mal konnte sich der Große Rat nicht entschließen, dem Antrage Kisthofers zuzustimmen.¹⁾ Die Gegner des Antrages hatten aber auch alles aufgeboten, ihn zu Fall zu bringen. Das unerquickliche Schauspiel der Verdächtigungen und Beschimpfungen gegen die Flüchtlinge, vor allem gegen Dr. Ludwig Snell, den man für den Urheber der Motion Kisthofer hielt, begann aufs neue und setzte sich auch nach der Verwerfung des Antrages wochenlang fort. „In diesem entscheidenden Momente,“ sagt der Zürcher Regierungsrat Escher (I, 467), „benahmen sich der dreifarbigte Helvetus im „Volksfreund“ und die Burgdorferpartei im Großen Rate auf eine Weise, die alle ihre bisherigen Gemeinheiten und Niederträchtigkeiten übertraf, alle Schweizer, die noch Schamgefühl hatten, tief betrübte und diejenigen Männer, welche endlich glaubten und fühlten, was jene Werkzeuge in der Hand französischer Intrigue, bloß als auswendig gelernte Rolle eine Weile debitiert hatten, entrüstete.“ . . .

¹⁾ Verhandlungen des Großen Rates, 2. März 1835. Nr 13—16.

Hatte der Vorort die ausweichende Antwort des badischen Ministers auf die Reklamationen der Schweiz willig hingenommen, so nahm hingegen ein Kanton, St. Gallen, den Fehdehandschuh auf und verbot, als die Maßregelungen von Schweizerbürgern in Baden sich fortsetzten, am 1. Mai allen badischen Unterthanen den Eintritt in das Gebiet St. Gallens für so lang, als nicht allen gut ausgewiesenen St. Gallischen Bürgern ohne Unterschied des Berufes die Aufnahme im Großherzogthum Baden gewährt werde. Die liberale Opposition in der badischen Kammer nahm diesen Vorfall zum Gegenstand einer Interpellation, die am 13. Mai zur Beantwortung gelangte. Der Minister Winter konnte dem Abgeordneten Rotteck erwidern, daß die „Ausgleichung“ mit der Schweiz nahe bevorstehe.

In der That hatte der Vorort inzwischen alles Menschenmögliche gethan, um die Nachbarstaaten zufrieden zu stellen.

Zwölfter Abschnitt.

Die Mißbilligung des „bedauerlichen Ereignisses“. — Genugthuung in Wien. — Das Beglaubigungsschreiben des Grafen von Bombelles. — Genugthuung in Karlsruhe, Stuttgart und München. — Genugthuung für den Grafen von Bombelles. — Eine Diplomatenaudienz mit Hindernissen. — Die Rechtfertigung.

Da die Zeitungen in Deutschland anfangs 1835 noch immer entstellende und übertreibende Schilderungen brachten, über das „Ereignis“, so sich im Steinhölzlein bei Bern zugetragen, wurde der eidgenössische Kanzler selbst beauftragt, einen Zeitungsartikel zu schreiben, in dem der Hergang erzählt, die Uebertreibungen zurückgewiesen wurden. Der Artikel fand am 26. Februar 1835 in der Augsburger „Allgemeinen Zeitung“ Aufnahme und wurde vom Vororte sogleich den schweizerischen Geschäftsträgern in Wien und Paris amtlich übermittelt.¹⁾ Man glaubte keinen überflüssigen Schritt zu thun, indem man die Wahrheit über das Steinhölzleifest auch in der deutschen Presse und an den fremden Höfen zum Worte kommen ließ. „Jedenfalls

¹⁾ Protokoll, 3. März 1835.

drängt sich jedem Unbefangenen die Frage auf: wie ist es möglich, wie nur von ferne gedenkbar, daß die zwischen Oesterreich und der Schweiz bestehenden freundschaftlichen Verhältnisse durch ein Gelage einiger Handwerksburschen gestört werden könne?" Mit diesen Worten schloß der Artikel des eidgenössischen Kanzlers. . . .

Es war ein letzter Versuch, dem Wege auszuweichen, den die Diplomatie der Schweiz gewiesen hatte.

Mit der Ablehnung des Antrages Kasthofer war die zum Widerstand entschlossene Partei endgültig unterlegen. Nun hieß es Frieden mit dem Fürsten Metternich um jeden Preis. Gerade in diesen Tagen gelangte die Nachricht vom Tode des Kaisers Franz, der am 2. März gestorben war, nach Bern. In dem Thronwechsel erblickte der Vorort eine günstige Gelegenheit, den k. k. Hof zu versöhnen. Darum kam er in dem Schreiben an den neuen Kaiser auf das Steinhölzliest zurück und sprach im Namen des Kantons Bern den dringenden Wunsch aus, daß die wegen dieses „bedauerlichen und gemißbilligten Ereignisses zwischen dem kaiserlich-königlichen Hof und dem Kanton Bern in der jüngsten Zeit eingetretenen Mißverhältnisse um so mehr für beseitigt betrachtet werden möchten, als von seite der Regierung des Kantons die allgemeinen völkerrechtlichen Grundsätze sorgfältig wahrgenommen werden“. Den Ständen wurde dieses Schreiben vorerst nicht mitgeteilt; man hoffte mit dem abgeschlossenen Versöhnungsakt vor sie hintreten zu können, den man jetzt, da die verlangte Genugthuung in aller Form gegeben war, in naher Aussicht glaubte.

Ein neuer Zwischenfall brachte trübe Enttäuschung.

Graf von Bombelles überreichte sein Beglaubigungsschreiben als provisorischer Gesandter dem Vorort nicht persönlich, sondern sandte es aller Uebung zuwider von Zürich aus mit der Post nach Bern. Der Vorort mußte in diesem ganz ungewöhnlichen Benehmen eine Beleidigung erblicken und konnte das Schreiben unmöglich annehmen. Das Notifikationschreiben des Kaisers wurde jedoch auf das verbindlichste beantwortet und diese Antwort durch den eidgenössischen Kanzler Am Rhyn aus besonderer Höflichkeit gegen den österreichischen Hof persönlich dem Grafen Bom-

belles in Zürich überreicht. Zugleich wurde aber der Kanzler angewiesen, dem Gesandten das Original seines Beglaubigungsschreibens uneröffnet zurückzubringen mit der Einladung, der Vorort werde das Schreiben jederzeit persönlich mit Vergnügen aus den Händen des Herrn Gesandten entgegennehmen.¹⁾

Doch Graf Bombelles erklärte dem eidgenössischen Kanzler, er habe den ausdrücklichen Befehl erhalten, die Kreditive nicht persönlich zu überreichen, denn „sonst würde es den Anschein haben, als hätte Oesterreich den ersten Schritt zur Ausgleichung gethan“. Er protestiere gegen eine solche Art der Zurückgabe der Kreditive, das „sei etwas Unerhörtes in der Diplomatie und die Zurückweisung desselben sei einer Kriegserklärung gleich zu halten. Er würde daher auch und mit ihm die übrigen diplomatischen Agenten der vereinigten Höfe binnen 24 Stunden nach erfolgter Zurückweisung der Kreditive die Schweiz verlassen.“²⁾ Er sei mit Instruktionen für alle Fälle versehen.

Bei einer so bestimmten Erklärung des Gesandten glaubte der eidgenössische Kanzler, das Kreditive wieder mitnehmen zu müssen, und der Vorort ließ es vorerst uneröffnet, um den Bericht des Herrn von Effinger darüber abzuwarten, welche Wirkung das Berner Schreiben beim Wiener Hofe gethan habe. Eine so bündige und rückhaltlose Erklärung müsse doch, so glaubte man noch immer, alle Hindernisse ohne weiteres aus dem Wege räumen. Aber erst am 22. April konnte Herr von Effinger melden, jetzt würde einem gänzlichen Ausgleich nichts mehr im Wege stehen, wenn eine ähnliche Erklärung auch an die übrigen sich für beleidigt haltenden Höfe erlassen werde, und am 9. Mai sprach sich Fürst Metternich gegenüber dem schweizerischen Geschäftsträger über die Erklärung der Berner Regierung befriedigend aus. Der k. k. Hof sei jetzt willens, im Falle seine Bundesgenossen gleichmäßig befriedigt würden, die Sache für abgethan zu erklären. Die Veranlassung, auch bei den übrigen Höfen einen entsprechenden Schritt zu thun, werde die Regierung in Noten erhalten, welche die drei Höfe von München,

¹⁾ Protokoll, 30. und 31. März 1835.

²⁾ Protokoll, 4. April 1835.

Stuttgart und Karlsruhe an den Vorort richten und in welchen sie sich dahin äußern würden, daß die bisherigen Versicherungen „wegen der Unbestimmtheit ihres Ausdruckes nicht beruhigen könnten, sondern bestimmterer Erklärung entgegen gesehen werden müsse, wenn das frühere Verhältnis, dessen Störung zu bedauern sei, wieder hergestellt werden solle. Erfolge nun in Rückwiderung (!) auf diese Noten der drei Höfe eine Erklärung des Vororts in der gegen Oesterreich bethätigten Weise, so würde dieselbe, unter der ausdrücklichen Voraussetzung, daß ihrem Inhalte auch in der That werde nachgelebt werden, allerseits angenommen und somit das diplomatische Verhältnis der deutschen Staaten mit dem Kanton Bern wieder hergestellt werden.“¹⁾

Dem Worte Metternichs folgte in der That die Ausführung auf dem Fuße. Die süddeutschen Höfe erklärten sich mit den bisherigen Versicherungen Berns nicht zufrieden, sie erwarteten vom Vorort eine neue Erklärung, „die durch ihre Bestimmtheit und durch ihren speciellen Bezug auf die beschwerenden Vorgänge des vorigen Jahres im Kanton Bern und deren Folgen geeignet sei, den Nachbarstaaten volle Beruhigung zu gewähren“.²⁾

So wurden denn die „beschwerenden Vorgänge“ im Steinhölzli nachträglich in den vorörtlichen Noten an Bayern, Baden und Württemberg d. d. 25. Mai 1835 nochmals ausdrücklich bedauert und gemißbilliget.

Nun war aber das Kreditiv des Grafen v. Bombelles noch immer uneröffnet in den Händen des Vororts, und der Berner Regierungsrat, dem als erweiterte vorörtliche Behörde die heikle Angelegenheit vorgelegt wurde, war in großer Verlegenheit, was damit beginnen. Die einen wollten die Ansicht der Stände einholen, die andern waren entschieden dagegen, das werde wieder Diskussionen in allen Großen Räten über einen Gegenstand hervorrufen, der sich für eine Beratung in größeren Behörden nicht eigne.

¹⁾ Protokoll, 13. und 23. Mai 1835.

²⁾ Note des badischen Gesandten D u j a, 13. Mai 1835. Protokoll, 23. Mai.

Herr Schultzeiß von Tavel löste den gordischen Knoten: Das alleinige Auskunftsmittel dürfe darin bestehen, meinte er, „daß man die vorliegenden Kreditive eröffne, sobald man die Versicherung habe, der österreichische Herr Gesandte werde sich nach deren Eröffnung bei dem Präsidenten der Tagsatzung präsentieren; daß man aber diese Beglaubigungsschreiben erst an eben demselben Tage, an welchem der Herr Gesandte seine Audienz bei Sr. Excellenz, dem Herrn Tagsatzungspräsidenten haben wird, an die Stände mittheilen werde.“ In dem Beschlusse, der in diesem Sinne gefaßt wurde, nahm man den Zusatz auf:¹⁾ „wobei man jedoch dem nicht entgegenstehen wolle, daß dasjenige Kreisschreiben, durch welches diese Kreditive den eidgenössischen Ständen abschriftlich mitgeteilt werden, um einige Stunden früher an dieselben abgehe, als die fragliche Audienz des Herrn Grafen wirklich statt habe.“ So glaubte man, dem Herrn Grafen entgegenzukommen und zugleich die Würde und Ehre des Landes zu wahren. Dem eidgenössischen Staatschreiber von G o n z e n b a c h, der dem Grafen Bombelles in Zürich die Beschlüsse des Regierungsrates mittheilen und der zu diesem Zwecke zunächst den britischen Gesandten, Herrn Morier, um seine Vermittlung ersuchen sollte, wurde ausdrücklich aufgetragen, in keine weiter gehenden Zugeständnisse, als die vom Regierungsrat bereits bewilligten, sich einzulassen.

Aber Graf Bombelles machte mehr Schwierigkeiten, als man erwartet hatte. Er berief sich erst auf den Wortlaut seiner Instruktionen, die ihm keinen Spielraum zu eigenen Schritten ließen. Das österreichische Kabinett selbst aber werde kaum auf die Wünsche des Vororts eingehen; die Uebergabe der Kreditive sei ein fait accompli und nicht mehr zu ändern. Herr von Gonzenbach erklärte, um nochmalige Uebergabe der Kreditive handle es sich nicht, der Herr Schultzeiß würden nämlich „dieselben in Anwesenheit des Herrn Grafen eröffnen, wodurch einerseits der Zurückweisung ausgewichen, andererseits die bisher stets beobachtete Uebung, solche Beglaubigungsschreiben nur im Beisein des betreffenden Herrn Gesandten zu eröffnen, gehandhabt würde“. Das sei das einzige Mittel, „einer immerhin höchst unan-

¹⁾ Protokoll, 25. Mai 1835.

genehmen Tagatzungsverhandlung über diesen Gegenstand auszuweichen“. Auf die Frage des Herrn von Gonzenbach, ob er dem Vorort berichten dürfe, Herr von Bombelles hoffe entsprechende Instruktionen zu empfangen, antwortete der Gesandte: „Non, je ne peux ni espérer ni désespérer de recevoir ces instructions“, „da ihm nicht erlaubt sei, irgend eine Meinung von dieser Angelegenheit zu haben,“ ob der Vorort keinen andern Vorschlag habe. Herr von Gonzenbach erwiderte, der Vorort werde es vielleicht über sich nehmen, die Kreditive vor dem Empfang des Gesandten zu eröffnen und diesem „durch eine zu seinem Empfang entgegenzuschickende Person das vorörtliche Antwortschreiben an Se. Majestät den Kaiser überreichen zu lassen“. Auf den Rat des englischen Gesandten war schließlich Herr von Gonzenbach auch bereit, anstatt in Hindelbank oder an der Kantonsgrenze, dem Grafen in Zürich selbst das Antwortschreiben zu übergeben.¹⁾

Die Angelegenheit zog sich bis in die Mitte Juni hin, und am 12. Juni, als Herr von Gonzenbach melden konnte, Graf von Bombelles habe endlich einen Kurier erhalten, der ihm die Ermächtigung übermacht habe, nach Bern abzureisen, sobald die süddeutschen Höfe sich befriedigt erklärt hätten und sobald man ihm entweder zu Zürich oder auf dem Wege nach Bern — er schlug Herzogenbuchsee vor — die Antwort an den Kaiser zustellen werde, wurde schließlich das vielbesprochene Beglaubigungsschreiben vom 11. März im Regierungsrate zu Bern eröffnet und vorgelesen.

Der Empfang des Grafen konnte aber noch immer nicht stattfinden, er stellte jetzt gar die Bedingung, daß er am Tage vor seinem Eintreffen in Bern das Antwortschreiben in Herzogenbuchsee empfangen.²⁾ Auch darin wurde gewilligt, und so konnte endlich am 23. Juni 1835 die Audienz des österreichischen Gesandten beim Herrn Schultheißen vor sich gehen.

So sehr man sich auch bemüht hatte, den Schleier des Staatsgeheimnisses über diese Vorgänge zu breiten, konnte man doch nicht verhindern, daß Presse und Volksvertretung

¹⁾ Protokoll, 2. Juni 1835.

²⁾ Protokoll, 21. Juni.

sich der Sache bemächtigten. Am 29. Juni kam sie im Berner Großen Rat zu Sprache. Wenn Schultheiß von Tavel sich auch scheute, die Einzelheiten dieser Vorgänge dem Räte mitzuteilen, so nahm er doch keinen Anstand, die vollzogene Abbitte rundweg zuzugeben. Um das frühere Verhältnis zwischen Bern und Okerreich wiederherzustellen, habe der Regierungsrat die Steinhölzliaffaire gemißbilligt. „Die Regierung von Bern hat schon früher keinen Anstand genommen zu sagen, die Steinhölzligeschichte sei von ihr nie gebilligt worden und zwischen „nie gebilligt“ und „gemißbilligt“ ist kein großer Unterschied.“¹⁾

Der Besprechung in der Tagssatzung suchte die vorörtliche Behörde auszuweichen; in dem Kreisschreiben an die Stände vom 23. Juni hütete man sich, die Angelegenheit in ihren Einzelheiten darzulegen, und in dem Bericht, den Herr Schultheiß von Tavel in der ersten Sitzung der Tagssatzung, am 6. August erstattete, wurde wohl auseinandergelegt, daß „die Beseitigung der obgewalteten Anstände in dem offenbaren und unzweideutigen Interesse der gesamten Eidgenossenschaft wirklich gelegen“ sei, und doch glaubte der Präsident, er könne sich auf eine „kurze Andeutung von Verhältnissen beschränken, welche vornehmlich Sache des Kantons Bern“ seien.²⁾ Dagegen veranlaßte die Gesandtschaft von Waadt eine Interpellation über das Benehmen des Vororts bei den jüngsten diplomatischen Verhandlungen; eine Kommission sollte alle seit dem Tode des Kaisers Franz eingegangenen Akten prüfen. Die Mehrzahl der Stände aber hielt es für angemessen, diese Prüfung nicht vornehmen zu lassen.³⁾

¹⁾ Bericht des Schultheiß von Tavel über die auswärtigen Angelegenheiten. 29. Juni 1835. Protokoll des Großen Rates Nr. 43.

²⁾ Escher I, 500.

³⁾ Abschied 1835. Seite 286 ff.

Dreizehnter Abschnitt.

Vertretung der proletarischen Klasseninteressen. — Der „Geächtete“ in der Schweiz. — Lamennais' Worte eines Gläubigen. — Deffentliche Propaganda und Geheimbünderei. — Das „Nordlicht“. — Die Vereine am Genfersee. — Winterthur. — Keine Untersuchungen, kurzer Prozeß.

In den Verbindungen der Flüchtlinge war mit der Zeit das proletarische Element immer stärker hervorgetreten, und so kamen auch die Arbeiterinteressen immer mehr zum Wort. Die Folge war, daß manche bürgerliche Flüchtlinge sich von den Verbindungen zurückzogen; andere wurden durch den Verkehr mit Arbeitern zum Studium der socialen Verhältnisse geführt und gelangten so zur entschiedenen Vertretung der proletarischen Klasseninteressen.

In Paris war Dr. Theodor Schuster, der Göttinger Gefährte Rauschenplats, von kleinbürgerlichen formalpolitischen Ideen ausgehend, unter dem Einfluß seiner proletarischen Umgebung und der französischen Socialisten zum Socialdemokraten geworden. Die von ihm geleitete Zeitschrift „Der Geächtete“ war die erste deutsche Arbeiterzeitung, der „Bund der Geächteten“ die erste größere socialistische Organisation deutscher Proletarier.¹⁾

Die Arbeitervereine in der Schweiz waren auf dem besten Wege, dieselbe Entwicklung einzuschlagen. Auf die Pariser Schriften waren die deutschen Gesellen besonders erpicht; mit dem Bund der Geächteten wurde lebhafteste Verbindung unterhalten. Der „Geächtete“ gelangte in großer Zahl nach der Schweiz; an den Studenten Gustav Erhardt in Zürich allein kamen regelmäßig 30 Exemplare. Viele Mitglieder waren von den Ansichten durchdrungen, die Dr. Schuster im „Geächteten“ verfocht. Die Diskussionen in den Vereinen bewegten sich zum guten Teil um die Frage, ob rein politische Revolution oder politische und sociale Umwälzung. Daß bei den meisten Arbeitern damals noch die größte Unklarheit über die Ziele einer proletarischen Be-

¹⁾ Vergleiche meinen Aufsatz in der „Neuen Zeit“ (1897/98): „Ein Beitrag zur Geschichte des Bundes der Geächteten“.

wegung herrschte, darf uns nicht wundern; ihre Vorbildung war ja noch die dürftigste, und die Propaganda selbst konnte nur mit Ueberwindung großer Schwierigkeiten geführt werden. Der ausschließliche Appell an das Gefühl fand bei vielen noch den stärksten Anklang.

Das erklärt, warum Lamennais' Worte eines Gläubigen als die Hauptpropagandaschrift der damaligen deutschen Arbeiter erscheint. Diese gewaltige Philippika gegen die sociale Ungerechtigkeit mußte bei den weichgestimmten deutschen Gesellen zünden, die aus kleinbürgerlichen Verhältnissen herausgerissen, in der harten Welt herumgeworfen wurden, und der Gedanke der Vereinigung aller Unterdrückten, der in dem Büchlein in so hehren Worten Fürsprache findet, er lag ihnen so nahe, aber die eigentlich socialistischen Gedankenkeime sind bei Lamennais spärlich genug gesäet; der erste Eindruck der Schrift mußte ein fesselnder sein, die nachhaltige Wirkung auf deutsche Arbeiter aber war jedenfalls gering. Die Sorgen und Kämpfe des Tages erheischten ein solideres Rüstzeug, und in dem leichten Scherz, den man sich damals in Zürich erzählte, ein schwäbischer Handwerksbursche, der heimreiste, habe in einer Buchhandlung die „Worte eines Gläubigers“ verlangt, mag wohl ein tieferer Sinn liegen.

Jedenfalls wurde das Büchlein von deutschen Handwerksburschen massenhaft gekauft und nach Deutschland gebracht. In der Schweiz allein erschienen in kurzer Frist mehrere deutsche Ausgaben, die guten Absatz fanden.¹⁾ In einem Briefe Lessings vom 13. Juni 1834 heißt es: „Die Schrift von Lamennais ist wegen ihres in religiöses Gewand eingekleideten Stils von ungeheurem Einfluß, besonders auf die niederen Klassen des Volkes. Rauschen-Platz Uebersetzung, samt einer kleinen Vorrede von ihm, erscheint dieser Tage. Es sind in Strakburg eine Menge Exemplare nach Deutschland und nach Berlin an Buchhändler geschickt worden.“ In Deutschland fahndete man natürlich auf die Schrift; wer mit einem Exemplar betroffen ward,

¹⁾ Dem alternden Ludwig von Haller gab Lamennais die Veranlassung zu der Gegenschrift: „Satan und die Revolution“. Ein Gegenstück zu den Paroles d'un croyant. Luzern 1834.

hatte schwere Strafe zu gewärtigen, eine ganze Reihe von Gegenschriften erschienen, und die Presse, auch hier, wie gewöhnlich, übertreibend, zeternte und warnte. In der Augsburger Allgemeinen (1834. Nr. 250) wurde unter anderm gesagt: „Die ganze Lehre dieses Buches läßt sich auf die Worte bringen: Was heute besteht, ist des Satans; stehet auf, werft nieder, schlägt tot, bis alles auf der Erde gleich gemacht ist. . . . Wenn der Satan aus der Hölle stiege, was könnte er anders thun? Mit diesem Buche in der Hand müßte er erscheinen.“ Das „Berliner politische Wochenblatt“, das Organ des Klubs der Wilhelmstraße, urteilte: „Lamennais' neuestes Buch ist ein Werk der Anarchie und für die Anarchie geschrieben; seine eigentliche Bedeutung wird und kann es daher auch nur in anarchischen Zuständen gewinnen. Einstweilen bleibt es ein merkwürdiger Versuch des Geistes der Revolution, sich zur Religion zu gestalten und als solche positiv in die Stelle des Christentums zu treten.“

So sehr nun der Appell an die Gefühle vor dem verstandesmäßigen Aufklären noch im Vordergrund der Agitation stand, so sehr die großen Worte noch ihre Wirkung äußerten, so trat in den Vereinen doch immer stärker das Bestreben hervor, einmal sich allen revolutionsromantischen Plunders, des Formelkrams nicht minder wie der blutrünstigen Phrasologie zu entäußern und dann die ganze Geheimbündelei aufzugeben und öffentliche Propagandavereine zu begründen; genau das gleiche Bestreben, das auch in Paris zu Tage getreten war.¹⁾

¹⁾ Wie im Bund der Geächteten mit der Umwandlung aus einem kleinbürgerlich-liberalen in einen proletarisch-socialistischen Verein die Agitation sich nicht gegen Personen, sondern gegen das kapitalistische System richtete, änderte sich auch die Anschauung über den „Fürstenmord“, der vordem in Poesie und Prosa mit größerem Eifer als Geschmach verherrlicht worden war. Man beachte, mit welcher Entschiedenheit der „Geächtete“ (1835, S. 191) sich gegen die Einzelgewalt haten erklärte: „Wir erheben uns also mit dem äußersten Nachdruck wider jeden, selbst den leisesten Verdacht einer Gemeinschaft mit Menschen, die wir für Bösewichter halten, oder aber für Schwärmer, deren Unthaten der Verwirklichung unserer Grundsätze gleich sehr und mehr im Wege stehen, als die Unternehmungen unserer erklärtesten Feinde, und denen wir, in Wahrheit, nicht näher stehen, als die, für deren Brust sie ihre Dolche schleifen.“

Dort hatte das französische Vereinsgesetz die Bildung eines öffentlichen Arbeiterbildungsvereins verhindert. In der Schweiz standen die Landesgesetze einem solchen Vereine nicht entgegen. Aber die Diplomatie und Polizei, die öffentliche und geheime, der Mächte drängten die Schweizer Kantone, solche Vereine, wo sie sich zu bilden versuchten, ein für allemal zu unterdrücken. Nur in Lausanne und Genf ließen sich die Behörden nicht abhalten, öffentlich: Vereine deutscher Arbeiter zu gestatten.

In Zürich hatten seit der Wegweisung Feins und der anderen Führer öffentliche Versammlungen nicht mehr stattgefunden. Aber man konnte doch den Handwerksburschen das leidige Vorlesen und Singen nicht ganz verbieten. Sie fanden sich immer wieder zusammen. Doch war ihre Verbindung mit dem jungen Deutschland vorläufig gelockert. Die Studenten Ehrhardt und Kraz waren es vornehmlich, die, in enger Verbindung mit dem Bund der Geächteten in Paris stehend, unabhängig vom jungen Deutschland eine socialpolitische Vereinigung deutscher Arbeiter in der Schweiz herstellen wollten. Nur die Besitzlosen in Stadt und Land seien im Stande, die revolutionären Ziele zu verwirklichen, der Hebel der Umwälzung aber sei das Klasseninteresse. Um diese Anschauungen in der Schweiz unter den deutschen Arbeitern zu verbreiten, gründeten sie eine Zeitschrift, das „Nordlicht“, das allerdings sein Leuchten aus Mangel an Mitteln bald einstellen mußte.

Gleich in der ersten Nummer (Januar 1835) erfolgte ein lebhafter Anruf des proletarischen Klassenbewußtseins: „Vertrauet auf Euch selbst, Ihr Arbeiter, Handwerker und Bauern! die Ihr von Hochmut und Herrschsucht fern, in reger Thätigkeit ein anspruchsloses Leben führt. Ihr seid der Kern des Volks, an Euch ist's, den Wurm zu zertreten, der an dem innersten Marke des Volkes nagt; schüttelt sie ab, die Fesseln, die arbeitscheue Müßiggänger Euch schmieden.“ „Die nicht zu verkennende Wahrheit, heißt es an anderer Stelle, daß das Volk hauptsächlich um des Genusses eines naturgemäßen Lebens willen, d. h. um als Menschen an den von Natur und Geist vereinigt gebotenen Gütern teilzunehmen, die Umwälzung wolle und sie dann auch bewachen und vorwärts führen

werde, soll und muß uns leiten in den kommenden Tagen, nur dann wird die Revolution allgemein und human-gesellschaftlich, social sein."

Um die an anderen Orten gebildeten Arbeitervereine für ihre Organisation und ihre Ansichten zu gewinnen, erließen die Herausgeber des „Nordlichts“ ein Kreisschreiben, in dem sie vom jungen Deutschland abmahnten, die deutschen Arbeitervereine in der Schweiz sollten sich zu einem eigenen Centralverband organisieren.

Die Genfer begrüßten das Erscheinen des „Nordlichts“, denn ein Blatt thue not, das die deutschen Arbeiter über den Zweck ihrer Vereinigungen unterrichte. Ueber die Organisationsfrage schrieben sie folgendes: „Eure Einrichtung ist einfach und in der nämlichen Form, wie unser Verein, nur mit dem Unterschied, daß unsere Statuten von der Polizei genehmigt sind und daher der Verein auch öffentlich ist und wir werden uns auch nicht eher nach einer andern Art konstituieren, als bis uns allenfalls von der Polizei zur Fortsetzung unserer öffentlichen Zusammenkunft Anstände gemacht werden.“¹⁾ Mitglieder des jungen Deutschland waren die Genfer nicht, aber sie waren durchaus Anhänger von dessen Bestrebungen.

Auch der Lausanner Verein war dem jungen Deutschland nicht beigetreten, stand ihm aber sympathisch gegenüber. „Wir haben, heißt es in dem Schreiben von Lausanne,²⁾ nachdem wir schon lange Zeit wöchentlich öffentliche Versammlungen gehalten, vor einem Monat mehrere Gemeinden konstituiert, um Aufsehen zu vermeiden. Im Ganzen sind sie nach dem Muster Eurer Gemeinden gebildet und haben den Zweck, durch Lesen politischer Zeitschriften und durch gegenseitigen Verkehr und freundschaftliche Besprechung uns unter einander selbständig auszubilden, damit die Ideen der Freiheit, Gleichheit und der allgemeinen Bruderliebe immer mehr

¹⁾ Der „Deutsche Lese- und Singverein“ in Genf an den Verein der deutschen Arbeiter am Zürichsee. Genf, 24. Februar 1835. St. N. Zürich P. 187.

²⁾ Der Verein deutscher Handwerker in Lausanne und Umgegend an den Handwerkerverein am Zürichsee. Lausanne, 21. Februar 1835. a. a. D.

in unserer Brust zur Ueberzeugung werden und wir, wenn wir dereinst in unser Vaterland zurückgekehrt sind, in demselben diese Ideen durch Belehrung zc. verbreiten und die Emancipation des deutschen Volkes befördern können.“ Eine Centralisation mit gemeinsamen Statuten hielten die Lausanner für unzweckmäßig, „da nicht an allen Orten, wo Vereine bestehen, gleiche Verhältnisse stattfinden. So werden z. B. in Genf die Versammlungen der deutschen Handwerker von der Regierung erlaubt; so wollen auch wir unser Bestehen der Regierung anzeigen und von derselben genehmigen lassen.“ Beide Vereine versprachen, den „Geächteten“ wie das „Nordlicht“ nach Kräfien zu unterstützen.

Während dergestalt an den Ufern des Lemans die deutschen Arbeiter unter den Augen der Behörden ihre organisatorische und aufklärende Thätigkeit entfalteten, wurden sie in der übrigen Schweiz durch den Eifer der Polizei zur Geheimbündelei förmlich gedrängt. Sobald die Behörde in Erfahrung gebracht hatte, daß deutsche Handwerker irgendwo sich zusammenfanden, schritt sie ohne Zögern ein und machte „dem Unwesen ein Ende“. Auch in Winterthur hatten die Arbeiter einen „Unterstützungsverein“ gegründet. Sie trafen sich an bestimmten Abenden in einer bestimmten Schenke, „Nordlicht“ und „Geächtete“ wurden vorgelesen, dann wurde diskutiert, mitunter sogar gesungen. Als die Obrigkeit dahinter kam, leugneten sie nicht einmal, daß ihre Zusammenkünfte politische Zwecke verfolgten. „Die hervorragenden Mitglieder haben die besten Zeugnisse von ihren Meistern hinsichtlich ihrer Thätigkeit und Geschicklichkeit erhalten“ schrieb der Statthalter an die Regierung; doch wurden sie trotz ihrer und ihrer Herren dringenden Bitten ausgewiesen.¹⁾

Da diese sonderbaren Schwärmer stets eine Untersuchung forderten, mitunter sogar ein gerichtliches Urtheil, ein solches Verfahren aber aus verschiedenen Gründen nicht wohl anging, so erließ der Züricher Regierungsrat am 24. Februar den förmlichen Beschluß, alle Fremden, welche politischen Vereinen beitreten, unverzüglich wegzuweisen, ein Beschluß, der sehr häufig zur Anwendung kam. Solche,

¹⁾ Berichte des Statthalters Sulzer von Winterthur. 17. und 21. Februar 1835. St. A. Zürich, P. 187.

welche an Beratshlagungen oder an Mitwirkung zu gewalt-
samer Störung der Ruhe benachbarter Staaten teil nehmen,
seien zu verhaften und den Gerichten zur Untersuchung
und Beurteilung zu überweisen. Von dieser Bestimmung
Gebrauch zu machen, fand die Zürcher Behörde keine
Gelegenheit.

Vierzehnter Abschnitt.

Die junge Schweiz. — Die Flüchtlinge und die schweizerische Neutralität.
— Der Socialismus und die ethische Ideologie. — Karl Mathy.

Neben dem „Nordlicht“ erstand bald eine neue Zeitung
als Organ der Flüchtlinge: „Die junge Schweiz“,
die journalistische Vertreterin der Organisation gleichen Namens.
Radikale, national-gefinnte Schweizer, darunter nicht wenige
angesehene Männer, die später noch im Dienste ihres Vater-
landes hervorragend thätig waren, standen mit den Grund-
sätzen der Flüchtlinge in vielfacher Uebereinstimmung; auch
sie erstrebten einen freiheitlichen Einheitsstaat auf breiter
Grundlage. Für ein Blatt, das sie gründen wollten, waren
sie auf die Mitarbeit der Fremden angewiesen. So kam
denn eine „Junge Schweiz“ zu stande, ohne flammende Be-
geisterung, nur zögernd und aus verstandesmäßigen Gründen.
Der revolutionäre Tamtam, den Mazzini schlug, war den
nüchternen Schweizern zuwider und das praktische Programm,
das die jungen Schweizer in ihrer neuen Zeitung aufstellten,
stand bisweilen in merkwürdigem Gegensatz zu den philo-
sophischen Leitartikeln, die Mazzini im selben Blatte nieder-
legte.

Die jungen Schweizer verfolgten folgende Postulate:
„Aenderung in der Art und Weise der Volksvertretung,
Freiheit des Handels und der Gewerbsthätigkeit, Befreiung
des Bodens von den den Landbau hemmenden Feudallasten
durch das jedem Bürger der Schweiz gewährleistete Recht der
freien Niederlassung, ein allgemeines Bürgerrecht, mit Einschluß
der sogenannten Heimatlosen, eine centralisierte Wehrverfassung,
eine gleichförmige höhere Gesetzgebung, Einheit von Maß und
Gewicht, Gleichheit des Münzfußes, allgemeines Postregle-

ment, eine dergestalt eingerichtete Nationalgewalt, daß sie die Ehre und Unabhängigkeit des Landes gegen jede Annäherung von Außen, gegen jeden Eingriff der Diplomatie, gegen jede Beeinträchtigung von seiten irgend einer Partei oder Kaste, schnell und nachdrücklich zu wahren vermag.“ „Wir wollen,“ so hieß es in der ersten Nummer, „daß eine junge Schweiz ersteh, kräftig, fest, gastlich, tapfer, wie unsere Väter waren, einiger als sie, mit Ruhe und Stolz alle Folgerungen des volkstümlichen, republikanischen Grundsatzes entwickelnd, der ihr Leben ist, vereinigt in einem Glauben des Brudersinnes und des Fortschreitens, voll Liebe zu dem Vaterlande und bereit, sich für dasselbe hinzugeben, alle ihre Einzelkräfte dem Gedanken des allgemeinen Wohles und der allgemeinen Fortbildung unterordnend, mit Gewissenhaftigkeit das Werk vollbringen, das ihr zugewiesen ist in der Welt, dem gemäß ihre Stelle einnehmend, sich mit Würde darin behauptend und vor Niemand ihre Knie beugend, als vor Gott und seinem heiligen Gesetze.“ „Wir glauben an Gott“, heißt es an einer andern Stelle, „und bekennen die Religion der Humanität. Gott als Grundsatz, die Völker als Werkzeuge, die Vereinigung als Mittel, die Pflicht als Regel, die Humanität als Zweck; das ist, in so wenig Worten als möglich, die Grundlage unserer Lehren.“

Die Aufnahme, welche die „Junge Schweiz“ im Lande fand, war begreiflicherweise eine sehr geteilte, doch im allgemeinen eine günstige. Der „Verner Volksfreund“ (Nr. 62. 2. August 1835) fand, daß die Politik der jungen Schweiz nichts Neues biete, „sondern nur Vorschläge von Einrichtungen, welche von dem besseren Teil des Schweizervolks allgemein gewünscht und gefühlt werden“, und die „Glarner Zeitung“ (cit. „Volksfreund“, 4. August 1836) verstieg sich zu dem Kompliment: „Noch in keiner Zeile war etwas enthalten, was nicht jeder vaterlandsliebende Schweizer auch wünscht. Mit Würde, aber auch mit Geist sind ihre Aufsätze geschrieben, die Freiheit, Gleichheit und Humanität verfechten.“

Die litterarische Fehde, welche die junge Schweiz gegen die schweizerische Neutralität führte, die sie in falscher Auffassung des Verhältnisses als ein Hindernis der

nationalen Selbständigkeit anjah, ist nicht etwa von den Flüchtlingen inszeniert worden¹⁾; sie wurde vielmehr gleichzeitig von den grimmigsten Gegnern der Flüchtlinge, den französischenfreundlichen Berner Liberalen, ebenfalls geführt. So schrieb das Organ der Schnell, der „Volksfreund“, in einem beachtenswerten Artikel „Die Schweiz gegenüber Frankreich und gegenüber Deutschland“: „Wer neutral ist, ist gleichgültig, das aber können und dürfen wir nicht sein. . . . Das System der deutschen Allianz weicht himmelweit von unserm Staatsfundamente ab. Frankreichs Grundlagen sind den unserigen ähnlich, soweit es die Verschiedenheit der Regierungsformen gestattet.“

Ähnlichen Auffassungen huldigten allerdings auch die deutschen Flüchtlinge, nur daß sie von einer Hingabe an das Bürgerkönigtum nichts wissen wollten. In seiner Schrift über den preußischen Mauthverein (Seite 13) schreibt Dr. Franz Stromeyer: „Die Neutralität ist an sich ein absurder, in merkantiler Beziehung aber ein ganz nichtiger, ein Unbegriff. So lange sich die Schweiz mit ihren vernunftmäßig republikanischen Staatsformen umgeben sieht von Staaten, die teils dem Absolutismus, teils der unennbaren, weil unbegriffenen Staatsform des Juste milieu huldigen, so lange liegt es im Interesse der Schweiz, allein zu stehen auf dem Felsen der Vernunft und des Rechts mitten im Meere der Unvernunft und der Gewalt. Wenn aber ein Nachbarstaat der Schweiz zurückkehren zu vernunftmäßigen Principien und hiernach seine Staatsform gemäß der Vorchrift der Rechtsgleichheit für alle, d. h. demokratisch-republikanisch, einrichten sollte, dann wäre es vernünftiger Politik angemessen, den isolierten Standpunkt zu verlassen und sich mit dem durch seine Principien befreundeten Staate auf das Innigste zu verbrüdern.“ Und das „Nordlicht“ (Nr. 2, Hornung 1835) schrieb: „Die an und für sich schon schwächliche Neutralität wird zur verwerflichen Sünde, da heute Völker an Völker sich reihen sollten, wie zu einer großen Schlachtilinie. Fragt nicht wie nahe Rußland ist, denn an den Grenzen der helvetischen Lande hat der Zar seine Hetmanns aufgestellt.“

¹⁾ Wie Paul Schweizer glaubt. (Geschichte der schweizerischen Neutralität. Seite 740.)

Diese Gegner der schweizerischen Neutralität wurden geleitet von einer Ueberschätzung der Bedeutung dieses völkerrechtlichen Verhältnisses und dann von der bestimmten Erwartung eines allgemeinen Völkerkrieges, der binnen kurzem entbrennen müsse, der kein Kampf der Nationen, sondern ein Kampf der Principien sei, der bürgerlichen Freiheit gegen die Autokratie, ein Kampf, in dem die Schweiz unmöglich „neutral“ sein könne. Dabei mag dem einen oder andern eine allgemeine Völkerrepublik, gegliedert nach Nationen, als Zukunftsideal vorgeschwebt haben.

Manche Berner Radikale, Kisthofer zum Beispiel, waren hingegen eifrige Anwälte der Neutralität, die sie allerdings auch falsch auffaßten und in ihrer Bedeutung überschätzten. Bei ihnen waren die Neutralität und das Asylrecht untrennbar verbunden, das eine ergab sich aus dem andern. So sagte Kisthofer einmal im Großen Räte: „Wie aber die Schweiz gegen die Neutralität öfters gefehlt, will ich nur erinnern an die französischen Flüchtlinge von 1798, die wegen politischen Vergehen ihr Vaterland verlassen mußten und welche die schweizerischen Regierungen, statt sie bloß einer strengen polizeilichen Aufsicht zu unterwerfen, aus den Kantonen verwies. Weiters hat die Schweiz ein Verbrechen begangen nach der Schlacht von Waterloo, wo sie ebenfalls französischen Emigranten den Aufenthalt versagt, sie sogar der österreichischen Polizei zu Gefallen verfolgt hat, und also sich als Anhänger einer Partei und nicht als neutral gezeigt hat.“¹⁾

Die „Junge Schweiz“ ließ übrigens die verschiedensten Ansichten zum Worte kommen, sie trug insofern wirklich einen echt schweizerischen Charakter und war keineswegs ein ausschließliches Organ Mazzinis. Auch socialistische Artikel erschienen ab und zu, während die Redaktion selbst auf das Entschiedenste gegen den Socialismus Stellung nahm. Ueber ihn konnte die Ideologie Mazzinis sich ungehemmt ergießen. Die wirtschaftliche Frage müsse man der moralischen Frage unterordnen, meinte er, weil sie sonst zu einem gefühllosen Egoismus, einem ewigen Krieg führen

¹⁾ Siehe Verhandlungen des Berner Großen Rates vom 9. Mai 1833. Nr. 30. Seite 149.

würde.¹⁾ Auf alle moralischen Fragen hätten die Socialisten nur die Antwort „Industrie“, ihr müsse man entgegenhalten: moralische Umgestaltung, religiöse Erziehung. (Nr. 95.) Die Industrie solle nicht oberstes Strebeziel sein, der Appell an die Interessen werde die Menschen nicht zu Brüdern, die Völker nicht zu Brudervölkern machen. (Nr. 77.) Denn jede Revolution sei — „das Werk eines Grundsatzes im Zustande des Glaubens“. (Nr. 95.) . . .

Als Uebersetzer in der Druckerei der „Jungen Schweiz“ in Biel war Karl Mathy, der spätere badische Ministerpräsident, angestellt, dem es damals auch schlecht genug gegangen ist. Als badischer Steuerbeamter hatte er 1832, als die Pressfreiheit für eine kurze Zeit aufblühte, ein liberales Blatt, den „Zeitgeist“ redigiert. „Ich war damals im Sekretariat der Steuere Direktion, so erzählt er selbst²⁾, und die Regierung erfuhr bald, daß ich es sei, der, aller Arbeiten ungeachtet, Zeit finde, sich mit der Herausgabe eines Blattes zu beschäftigen, das die Ideen des Fortschreitens zu verbreiten suchte. Es kam aber für die Regierung die Zeit des Rückschreitens. Man stellte mir die Alternative, entweder den Staatsdienst fallen zu lassen oder das Blatt. Ich wählte das Erstere, weil ich zwar meine Arbeitskräfte, aber nicht meine Ueberzeugung der Regierung opfern wollte.“ Dann kamen die Verfolgungen, denen sich Mathy durch die Flucht entzog. „Beständen in meinem Vaterlande,“ schreibt er weiter, „für politische Materien Garantien für den Angeklagten, und ein unabhängiges öffentliches Gericht, ich würde mich diesem nicht entzogen haben, beruhigt über den Ausgang der Untersuchungen. Allein man verfolgt Grundsätze, man verfolgt Gesinnungen, nicht bloß Thatfachen. Die Untersuchungen schließen sich nicht, die Kerker öffnen sich nicht. Unter diesen Umständen konnte ich das Opfer meiner Freiheit nicht bringen als Mensch, denn die Pflicht der Selbsterhaltung spricht dagegen; ich konnte es nicht bringen als Bürger, denn ich hätte ohne Nutzen für das Vaterland mich in die Hände

¹⁾ Die „Junge Schweiz“, Nr. 69. 24. Februar, 1836.

²⁾ Gesuch des Karl Mathy aus Mannheim um Gestattung des Aufenthalts in der Republik Bern, d. d. 31. Mai 1835. St.-A. Bern. Flüchtlingsangelegenheiten.

meiner Feinde gegeben; ich konnte es nicht bringen als Gatte und Vater, denn das Glück meiner Gattin, die Zukunft meiner Kinder wäre zerstört gewesen. . . . Mit schwerem Herzen habe ich Vaterland und Freunde verlassen, doch ich bin in ein Land gekommen, dessen Verfassung den Grundsatz an der Stirne trägt, den die Besseren in Deutschland bis jetzt nur erst im Herzen tragen, hier werde ich ruhig leben, hingegeben wissenschaftlichen Arbeiten und bereit, wenn es irgend in meinen Kräften steht, dem Lande nützlich zu werden, in welchem ich die langentbehrte Sicherheit und Ruhe zu finden hoffe."

Sein Wunsch, im Staatsdienste Verwendung zu finden, wurde allerdings nicht erhört; doch fand er bald Gelegenheit, seine guten Eigenschaften, scharfes Urteil, stetigen Fleiß, Sinn für Anordnung und Uebersichtlichkeit und vor allem seine schriftstellerische Befähigung im Dienste der jungen Schweiz zur Geltung zu bringen. Während sein Schwager Strohmeier ein hervorragendes Mitglied des jungen Deutschland wurde, trat Mathy der Organisation nicht förmlich bei, aber er unterstützte ihre Bestrebungen, wo er konnte.

Fünftehnter Abschnitt.

Die Umgestaltung des jungen Deutschland in eine Arbeiterorganisation.

— Revolution und Gewalt. — Die geheime Propaganda in Deutschland. — Rückkehr Kauschenplatz. — Verhaftungen in Zürich. — Die Landeskonferenz in Brugg.

Nach seiner Wegweisung von Zürich war Georg Fein nach Liestal in Baselland gegangen. Dorthin wurde auch der Centraauschuß des jungen Deutschland verlegt; Fein trat an die Spitze des Verbandes. Ein besonders geschickter Organisator scheint er aber nicht gewesen zu sein. Die Verbindungen lockerten sich, die Vereine gingen zurück, wozu der Wettbewerb der vom jungen Deutschland unabhängigen Vereine wesentlich beigetragen haben wird. Anfangs 1836 kam die Centralleitung nach Biel; die Zahl der Mitglieder betrug damals nur 268, die Kasse wies 135 Frkn. 30 Rp. auf; wobei nicht außer acht zu lassen ist, daß im ver-

flossenen Jahre mehrere Vereine aufgelöst, die thätigsten Mitglieder vertrieben und viele von den gewonnenen Handwerkern bereits in Deutschland thätig waren.

Der neue Landesausschuß in Biel entfaltete alsbald eine rege Wirksamkeit. Ernst Schüler, der Gründer und Leiter des Bieler Klubs, auch die Seele des neuen Ausschusses, hatte dort das Bürgerrecht erworben und war Lehrer für Geschichte und Naturlehre am Gymnasium. Er gehörte nicht zu denen, die glaubten, die Weltuhr voranzustellen zu können, und auch der Untersuchungsrichter, vor dem er später wegen „Hochverrates“ stand, hat gegen ihn nichts anderes sagen können, als er habe „ein Benehmen an den Tag gelegt, welches zeigte, daß er sich über die Pflicht, der Republik Treue und Glauben zu leisten, hinauszusetzen wisse und zur Vermutung Raum gibt, daß die Umtriebe und Pläne, woran er Teil hat, noch viel schlimmerer und gefährlicherer Natur sind, als bis jetzt aus den Akten entnommen werden kann“. ¹⁾ Man hat auch später nichts Schlimmeres und Gefährlicheres herausbekommen, als was damals zu der Vermutung Raum gab.

Gleich nach dem Antritt des Centralpräsidiums erließ Schüler ein Kreisschreiben an die Vereine ²⁾, in dem mit der Mitteilung, daß das Komitee sich konstituiert habe, gleich Anweisungen zur regeren agitatorischen Thätigkeit gegeben werden. Alle wandernden Brüder sollten sich besonders an solche Orte begeben, wo keine Verzweigungen sich befanden, oder wo die Vereine aufgelöst waren. Man wollte vor allem die erlittenen Wunden heilen, es wurde besonders hingewiesen auf die Ostschweiz, auf St. Gallen, Winterthur, Frauenfeld, Schaffhausen. Auf die entlegenen Gegenden und Distschaften, wie Chur, wollte man ein besonderes Augenmerk richten. In der Ostschweiz arbeiteten damals sehr viele Maurer und Handlanger aus Tirol und Vorarlberg. Es war beabsichtigt, auch sie in den Kreis der Vereine zu ziehen.

¹⁾ Aktenmäßiger Beschluß des Untersuchungsrichters von Bern etc. (Gedruckt) Bern 1837.

²⁾ Die Korrespondenz des jungen Deutschland aus dem Jahre 1836 befindet sich zum großen Teile im Staatsarchiv Zürich. P. 187 bis 189.

Im ersten Monatsbericht des Ausschusses wurden die Mitglieder aufgefordert, regelmäßig in Ablieferung der Gelder zu sein. „Wie schön ist es, wenn einst einmal im Augenblick der Not wir über einige Summen gebieten können, und allmählich kommen die Summen in die Höhe. Wenn wir auch nicht Nothschilde werden, so wollen wir sie doch einmal erben. Wir überlassen diese Angelegenheit der patriotischen Bereitwilligkeit und Ergebenheit der Einzelnen.“ In dem Kreisschreiben vom 20. Februar heißt es: „Die hohen Worte Brudersinn, Aufopferungsfähigkeit, Thatkraft, Uneigennützigkeit — oft schon mißbraucht und gelogen — sie sollen in uns leben, den Nachkommen der alten freien Germanen.“ Es wurde „jedem Einzelnen zur heiligen Pflicht gemacht, sich vor Trunk, Verschwendung u. s. w. in acht zu nehmen und beizutragen, durch gutes Beispiel auch auf andere Deutsche zu wirken. Ein Mensch, der sich nicht selbst beherrschen kann, ist der Freiheit nicht wert.“

Zugleich versuchte man, die dem jungen Deutschland noch ferne stehenden deutschen Arbeitervereine zum Eintritt zu bewegen. Die Klubs sollten sich besondere Namen geben. Auf den letzteren Vorschlag gingen die Züricher nicht ein, das sei „eine zu unbedeutende Nebensache“, dagegen begrüßten sie die Anregung, unter die in der Ostschweiz zahlreich arbeitenden Tiroler Maurer eine besondere Agitation zu tragen, und allgemein kam man überein, sich von Mazzini und dem jungen Europa ganz zu trennen und eine unabhängige Verbindung zu bilden, ledig allen überflüssigen Beiwerks. Auch der Ausschuss betonte, „daß in uns der Geist lebt, nicht die Form, daß wir eine geordnete, feste, patriotische und auch nur darum wirksame innige Verbrüderung treuer Herzen wollen“. Er forderte auch die Mitglieder auf, für die „Junge Schweiz“ zu wirken. „Wir und die Schweizer sind eines Stammes und einer Sprache und deshalb schon zu inniger Verbindung berufen.“ Das junge Deutschland nahm auch durch Aktienzeichnung an der Zeitungsunternehmung der „Jungen Schweiz“ teil. Der Kommission der „Jungen Schweiz“ erklärte Schüler in einem Schreiben vom 3. April, daß an diesen Aktien „mehr als 300 Männer Anteil haben, welche ihre thätige und aufopfernde Teilnahme für Verbreiten ihrer Grundsätze jeden Tag beweisen. Es sind

meistens Handwerker, aber ich bin stolz, von solchen Männern Freund und Vertreter zu sein."

Mit dem Bund der Geächteten, diesem „so erfolgreichen Unternehmen“, werden vom Ausschuß Unterhandlungen über ein Handinhandarbeiten angeknüpft; bald kommen „von allen Seiten erfreuliche Berichte über den Erfolg der Brüder und das Wachstum des Bundes“, während Georg Fein am 13. April seinen Austritt erklärt.

Die Umwandlung des jungen Deutschland in eine Arbeiterorganisation war vollendet, die förmliche Trennung vom jungen Europa und die Umarbeitung der Statuten, die „Revision des ganzen Bundes“ nach dem Begehren der Zürcher sollte auf einer Delegiertenkonferenz vollzogen werden. Im Centralausschuß waren alle Mitglieder, außer Schüler, Handarbeiter; die Organisationsformen des jungen Europa fielen schon dahin. Die „Kommissäre“ wurden vom Ausschuß selbst als überflüssig erklärt, die „Allgemeinheit möchte wetteifern“.

Die Zustände, die damals in Deutschland herrschten, waren nicht dazu angethan, die Erwartung einer friedfertigen Umgestaltung zu nähren; eine gewaltsame Erhebung der Volksmasse erschien vielmehr als das einzige Mittel, der Freiheit eine Gasse zu bahnen. Freilich, den Glauben, daß man eine Revolution „machen“ könne, hatten die Erfahrungen der letzten Zeit gründlich zerstört. Mit der wachsenden Einsicht in die sociale Entwicklung erschien die Revolution nicht als ein Ereignis, das vom Denken und Wollen der Menschen, gar einzelner, bestimmt werden konnte, man lernte vielmehr die unwälbende Macht der gesellschaftlichen Kräfte erkennen, die den veralteten Zuständen den Boden entzogen und die Grundlagen einer neuen Gesellschaftsordnung legten, zu immer schrofferen Gegensätzen, zu einer unausweichlichen Katastrophe führen mußten. Es ist bemerkenswert, wie weit die Einsicht in die wirtschaftlichen Bedingungen der Befreiung des Proletariats bei einem Denker wie Theodor Schuster bereits damals vorgeschritten war und mit welchem Geschick sie im „Geächteten“ vertreten wurde. Diese Erkenntnis, die sich auch der führenden Geister im jungen Deutschland bemächtigt hatte, warf die alte Revolutionstheorie über den

Haufen. Die Anwendung der Gewalt war kein Princip mehr, sie wurde eine Frage der Notwendigkeit und Möglichkeit, eine Frage der Taktik.

Oft kehrt in den Briefen der Flüchtlinge die Klage wieder, daß das revolutionäre Streben der bürgerlichen Klasse in der Sucht jedes einzelnen nach Hab und Gut aufgehe; ihre hoffenden Blicke, die sich jetzt auf die arbeitenden Klassen richteten, zeigten ihnen die geringe Entwicklung des damaligen Proletariats, den Mangel an Bildung und Zusammenhalt. Doch bewiesen die Vertreter der Arbeiterschaft, die sie hier kennen lernten, ungeachtet der geringen äußeren Mittel, einen Bildungstrieb, wie ihn kein Stand je zuvor gezeigt, und eine Treue und Aufopferungsfähigkeit, die den Studenten und Literaten einen Begriff geben konnte von der Summe von Thatkraft, die hier schlummerte.

Diese Thatkraft zu wecken, ward jetzt die alleinige Aufgabe des jungen Deutschland: die Aufklärung und Organisation der deutschen Arbeiter in der Schweiz und die „Propaganda zu Fuß“ in Deutschland selbst.

So hatte man es aufgegeben, Pläne zu Putschen und Einfällen zu entwerfen, aber doch glaubten alle an das große Ereignis, das der socialen Revolution Luft machen werde und in dem das Wollen und die That sich in die Wagschale der Entscheidung werfen könnten, sie brannten darauf, für die Sache, die ihr alles war, mit der Waffe einzutreten. „Wir wollen handeln,“ schreibt der Ausschuß am 20. Februar an die Vereine, „jetzt für das Wachstum und die Verbreitung der Wahrheit und dann, wenn die Stunde des Kampfes kommt, für sie streiten und fallen.“

Aus diesen Worten und aus einzelnen Briefstellen, in denen Jungdeutsche von der bevorstehenden Entscheidung sprachen, hat man auf die besondere Gefährlichkeit ihrer Pläne schließen wollen. So aus dem Schreiben der Luzerner, sie seien bereit, auf den ersten Ruf zu den Waffen zu eilen, und besonders belastend erschienen die Worte, die der jungdeutsche Vulpinus am 31. Mai 1836 von Kreuzlingen aus im Angesicht des deutschen Landes an den Ausschuß schrieb ¹⁾:

¹⁾ St. N. Bern. Flüchtlinge I. Nr. 145.

„Wenn's nur einmal losginge! o, wie wär's mir so wohl! ich wollte, ich könnte heute noch meine ganze Boutique in Winkel schmeißen und hinüberziehen, mich treibt's von innen und außen!“

Wie ungläubig oder mißmutig ein Beobachter den Bestrebungen dieser jungen Männer gegenüberstehen mag, ihrer hingebenden selbstlosen Begeisterung wird er in seinem Herzen die Anerkennung nicht versagen.

Die Agitation in Deutschland selbst mußte natürlich in aller Heimlichkeit und Vorsicht geschehen, und doch waren trotz der unsäglichen Gefahren und Mühsalen immer wieder heimwandernde Gefellen bereit, sich der „Propaganda zu Fuß“ zu unterziehen. Manche bewiesen darin eine solche Geschicklichkeit, daß sie jahrelang in Deutschland agitierten, ohne von der Polizei überführt zu werden. Wer allerdings zum geringsten Verdachte Anlaß gab, dem erging es schlimm genug.

In der Nähe von Kirchheimbolanden wurden zwei reisende Handwerker, Guttinger aus Bamberg und Eßlinger aus Bornheim, die unter dem Verdacht der Schriftenverbreitung standen, verhaftet. Dabei habe Guttinger, so wurde gemeldet, übermannt von gerechtem Unwillen und in seiner innersten Ehre empört über die rohe Gewaltthätigkeit der Gendarmen, sich zu wehren gesucht und, als er sich von der Erfolglosigkeit dieses Bemühens überzeugte, unter dem Rufe: „So stirbt ein freier Deutscher für sein Vaterland!“ sich das Messer in die Brust gestoßen. Er war sofort tot. „Wer klein und erbärmlich ist,“ so schrieb zu dieser Nachricht der „Geächtete“ (II, 144), „das sind die gelehrten Selbstsüchtlinge, die Hohn zur Tugend lächelnden Schöngelster und Satirenskribler. Wo aber Seelengröße und heldenmütige Aufopferungskraft herrscht, eben so edel und erhaben wie bei unsern Altvordern und wie bei den Völkern Spartas und Roms, das ist in den arbeitenden Ständen.“

Wer sich zur Schriftenverteilung, der gefährvollsten Art der Propaganda, nicht geschickt genug glaubte, suchte auf jede andere Art, vorzüglich durch mündliche Ueberredung seiner Arbeitskollegen, die Ideen, die er in der Schweiz empfangen, in Deutschland zu verbreiten. „Ein Bruder in Bayern, so

wurde in einem Kreis Schreiben mitgeteilt, wurde verhaftet, bis auf das Hemd untersucht und dann in Freiheit gesetzt; er wird fortwährend wirken. Ein Bruder in Norddeutschland wirkt sehr kräftig, allein die Verbindung mit demselben ist sehr schwierig; wenn wir indessen nur wissen, daß Thätigkeit herrscht, so ist's genug." Auch in Berlin seien jungdeutsche Handwerker verhaftet worden, „welche dort ihrem Eide getreu wirkten; da sie nichts Schriftliches besäßen, werden sie sich leicht herausziehen.“¹⁾

Die Landeskongferenz, auf der die Trennung vom jungen Europa vollzogen werden sollte, wurde am 6. Mai durch ein Kreis Schreiben des Ausschusses für den 27. nach Grenchen einberufen. Die Vereine wurden ersucht, die Besprechungen über allfällige Vorschläge vorzunehmen, einen oder zwei Abgeordnete zu wählen oder die nötige Vollmacht an einen der vertretenden Klubs zu senden. „Wir hoffen, daß die Brüder alle, fortwährend im regsten Eifer für der Menschheit heilige Sache, auch in der abzuhaltenden Versammlung ein Mittel erkennen und benutzen werden, mehr Eifer, Leben, Fortschritt und vieles Gute sonst noch in unsern Bund germanischen Stammes zu bringen.“

Das Schreiben enthielt außerdem die Nachricht, Naujensplatz sei wieder im Land. Der nimmer Rastende war nach Paris gegangen zu seinen Göttinger Freunden, Schuster und Ahrens (dem nachmals so berühmten Rechtslehrer), war aber nach kurzem Aufenthalt wieder aufgebrochen, um in Spanien sich an dem Bürgerkrieg zu beteiligen. Er überzeugte sich aber von der Nutzlosigkeit dieses Beginns, auch Frankreich gefiel ihm je länger je weniger.

Mit der zunehmenden Geldwirtschaft zeigte sich die Korruption immer offener, vom Bürgertum war eine Mende-

¹⁾ Ein in der Schweiz reisender Deutscher hat sich von einem, „der als der Klügste in diesem Verein (Zürich) die Hauptrolle spielte“, den Bären aufbinden lassen: „Es liegt uns bloß daran, alle diese Arbeiter zu verdächtigen, und es dahin zu bringen, daß sie bei ihrer Rückkehr alsbald festgenommen und gesetzt werden, da murren denn die ganze Verwandtschaft und der Anhang des Eingekerkerten, und das gibt wieder eine hübsche Anzahl Unzufriedener und verbreitet immer mehr Haß gegen die Regierungen.“ Siehe Schweizerkätzchen. Leipzig 1838. Seite 50.

rung nicht zu erwarten, das Proletariat war durch die Niederlage der letzten Jahre geschwächt und niedergeschlagen. „Die Physiognomie Frankreichs ist wenig versprechend, schrieb Rauschenplat; insbesondere waren die Pariser Bühne als des Ragenjammers leibhaftig Ebenbild anzusehen, und niemand wagte mehr — was viel sagen will — eine politische Farce loszulassen. Die früheren Wortführer sind sämtlich abgenutzt und ob sich etwas Neues über kurz oder lang gestalten wird, lasse ich dahingestellt sein. Es scheint gegenwärtig an den Nachbarvölkern zu sein, den Impuls zu geben, anstatt ihn von Frankreich aus zu empfangen. Das Hauptübel Frankreichs liegt darin, daß die Korruption so allgemein, der Glaube an Rechtsschaffenheit dagegen so selten geworden ist, daß man gewöhnlich sagen hört: Der König, die Minister etc. sind Spitzbuben, aber jagen wir sie weg, so kommen vielleicht noch ärgere Spitzbuben ans Ruder. Daher der Indifferentismus.“¹⁾ In die Schweiz zurückgekehrt, erklärte sich Rauschenplat, der nie etwas vom jungen Europa hatte wissen wollen, bereit, jetzt dem jungen Deutschland beizutreten. Natürlich war der „Kater“ hochwillkommen. „Wer ihn kennt, heißt es in dem erwähnten Schreiben des Ausschusses, und seine Treue und Entschlossenheit, fürs deutsche Vaterland zu handeln, der wird sich mit Recht mit uns freuen, daß er, in uns einen Bruderbund deutschen Namens erkennend, sich entschlossen hat, Hand in Hand mit uns zu gehen. Dies wird beitragen, uns zu jener Reife und Kraft zu bringen, die zu kühnem Handeln nötig ist.“

Rauschenplat ging zunächst nach Zürich und nahm an einer Vorbesprechung der dortigen Mitglieder teil, die in einem Wirtshaus bei Wollishofen stattfand. In dieser Sitzung wurde beschlossen, auf der Landeskongress, die wenige Tage später stattfinden sollte, die Statuten einer gründlichen Revision zu unterziehen und vor allem die lächerlichen Paragraphen, die von der Todesstrafe und der Bewaffnungspflicht handelten, zu streichen. Ein Antrag des „Barons von Eyb“, Vorbereitungen zu einem bewaffneten Einfall nach Deutschland zu treffen, wurde einstimmig abgelehnt.

¹⁾ Rauschenplat an Krays in Zürich, Montpellier, 24. August 1835.

Am Tage darauf wurden die hervorragenden Mitglieder des Züricher Klubs verhaftet. Ein junges Mädchen, Namens Landolt, das jene Versammlung in Bollishofen unbemerkt belauscht hatte, wurde von der Polizei als Zeugin vorgeführt. Sie wollte gehört haben, wie einer gefragt habe: „Soll der sterben?“ und wie alle andern geantwortet hätten: „Ja, der soll sterben!“¹⁾ Flugs benachrichtigte die Zürcher Behörde die Regierung von Solothurn, in Grenchen werde eine Konferenz der deutschen Flüchtlinge abgehalten, die einen Einfall in das Großherzogtum Baden vorbereite!

Am 28. Mai war die Stadt Solothurn in großer Aufregung. Die in Garnison befindlichen Rekruten, 120 Mann nebst 18 Landjägern, wurden plötzlich zu einer geheimnisvollen Expedition nach dem Bade Grenchen beordert. Gerüchte erzählten von entlaufenen Züchtlingen und dergleichen. Abends löste sich das Rätsel, als drei Wagen mit vier arretierten politischen Flüchtlingen eingebracht wurden. Im Bade Grenchen hatten sich nämlich schon längere Zeit zwei bekannte italienische Flüchtlinge aufgehalten, deren Aufenthalt übrigens so wenig ein Geheimnis war, daß sie selbst an offener Tafel speisten. Das Kurhaus wurde von den Soldaten umstellt, durchsucht und diese Flüchtlinge nebst noch zwei anderen, die in der Nähe spazierten, gefangen genommen.²⁾ Es waren die Italiener Mazzini und Ruffini (der spätere italienische Diplomat) und die Deutschen Haring und Soldan. Von der Versammlung des jungen Deutschland zeigte sich keine Spur, und so ließ man die Eingefangenen wieder frei.

Hierher gehört, daß am 12. Juni die Gemeinde Grenchen dem Mazzini das Bürgerrecht erteilte; von 144 anwesenden Bürgern erklärten sich in der geheimen Abstimmung 122 für die Erteilung.³⁾

Mittlerweile hatte die Konferenz des jungen Deutschland doch stattgefunden. Auf die Warnung von Zürich hin hatten sich die Jungdeutschen nach dem benachbarten Brugg begeben. Dort fand die Landeskonzferenz unbehelligt statt und

¹⁾ Bericht des Präsidenten des Polizeirats in Zürich an den Vorort. Protokoll, 21. Juni 1836.

²⁾ Beobachter, 2. Juni 1836.

³⁾ Beobachter, 25. Juni 1836.

nahm den erwarteten Verlauf. Die alten Statuten des jungen Deutschland wurden in dem beabsichtigten Sinne geändert, die überflüssigen Paragraphen gestrichen und der Verband auf eigene Füße gestellt.

Zugleich gelobte man sich, dem heranziehenden Ungewitter mit männlichem Mute entgegenzusehen. Wohl die wenigsten aber erwarteten, daß ihrer jungen, vielversprechenden Organisation der nahe Untergang bevorstand.

Schweizerischer Abschnitt.

Neue Diplomaten, der Herzog von Montebello und Herr von Kochow.

— Die Wirksamkeit der geheimen politischen Polizei. — Die Entlarvung des „Barons von Eyb“. — Ausweisungen in Zürich und Maßnahmen des Vororts. — Metternichs Befehle und Montebellos Drohungen. — Entlarvung Conzeils. — Die öffentliche Meinung und die Flüchtlinge.

Unter den bei der Eidgenossenschaft beglaubigten Diplomaten hatte inzwischen ein Wechsel stattgefunden. Die Herren von Rümigny und von Olfers hatten im Herbst 1835 die Schweiz verlassen. Vertreter Frankreichs war jetzt der Herzog von Montebello, ein Vetter Louis Philipps. Vom schweizerischen Geschäftsträger in Wien, Herrn v. Effinger, wurde damals der neue französische Botschafter in den hellsten Farben geschildert. „Ganz der gegenwärtigen Ordnung der Dinge in Frankreich ergeben“, so schrieb Herr von Effinger, „soll er in seiner Denkungsweise nie von der Linie der Mäßigung abweichen und mit vielem Verstand und Takt milde und angenehme Formen verbinden“. ¹⁾ Gerade diese letzteren ihm nachgerühmten Eigenschaften sollte der Herzog in der Schweiz in merkwürdiger Weise zur Geltung bringen.

Als Mitglied der Pairskammer hatte Montebello für die strengsten Strafen gegen die Aprilgefangenen gestimmt, und Kennern der Verhältnisse war er durchaus als erbitterter Gegner der freiheitlichen Bewegung bekannt. Die Ostmächte erblickten darum auch in seiner Wahl zum Botschafter in der

¹⁾ Prot. 3. Okt. 835.

Schweiz einen neuen Beweis des Entgegenkommens, das Louis Philippe der heiligen Alliance auf jede Weise zeigte.

„Der Herzog von Montebello ist hier“, schrieb der neue preußische Gesandte in der Schweiz, Herr von Nochow (S. 36), „und entspricht vollkommen dem guten Rufe, der ihm vorausgegangen. Wir wollen nun sehen, wie Frankreich gegen die Schweiz handelt.“

Die Briefe, die Herr von Nochow an den preußischen Hofrat Keldner schrieb und die 1869 veröffentlicht wurden, sind ein sehr bemerkenswerter Beitrag zu der Geschichte der preußischen Staatskunst jener Tage; aus ihnen erhellt vor allem, wie genau die preußische Regierung durch ihre geheime politische Polizei über die Thätigkeit der Flüchtlinge unterrichtet war. Ueber die beabsichtigte Landeskongress des jungen Deutschland, die am 27. Mai in Grenchen stattfinden sollte, konnte Nochow bereits Ende April nach Berlin Mitteilungen machen. Auch die Kreisreiben des jungen Deutschland wanderten sofort nach Berlin. Doch vermied es Nochow, in so schroffer Weise aufzutreten, wie es dem Grafen von Bombelles und dem Herzog von Montebello beliebte; sein Einfluß in der Schweiz wird um so größer gewesen sein. Er rühmt wenigstens wiederholt, daß er von den Schweizer Behörden alles erhalte, was er nur begehre.

„Wenn man jetzt nur ordentlich will“, so schrieb er am 4. Juni 1836 (S. 46), so bedarf es nichts als des übereinstimmenden Handelns von außen, um dem ganzen Propagandismus in der Schweiz ein Ende zu machen.“

Nach den Verhaftungen in Zürich wurde nun auch dem Zacharias Aldinger alias Baron von Eyb die Larve genommen. Die Polizeidirektion in Stuttgart ließ in Zürich anfragen, ob es wahr sei, daß ein gewisser Baron von Eyb sich dort befinde. Die Familie derer von Eyb, eine sehr angesehene in Württemberg, wünschte Auskunft und ersuchte, man möchte über diesen angeblichen Baron und seine Verhältnisse berichten. Bürgermeister Hess ließ den Paß prüfen, fand ihn durchaus richtig — vom Grafen von Bombelles ausgestellt — und ließ, ohne auf weitere Fragen zu antworten, eine Abschrift des Passes dem Stuttgarter Polizeiamte übersenden. Bevor nun wieder eine Anzeige einlangte, erschien der Baron auf

der Polizei und erklärte, „er habe den Paß heimlich zu erhalten gewußt“ und beschwerte sich über die abschriftliche Mitteilung seines Passes.¹⁾ Als von Württemberg weitere Beschwerden einliefen, wurde Eyb in Untersuchung gezogen. Dem Grafen von Bombelles, der sich wegen des Passes beunruhigte, versicherte der Bürgermeister, daß kein Mißbrauch mit diesem Pässe getrieben werde; er werde nicht verfehlen, ihn auf die Kanzlei St. Erzzellenz zu senden.²⁾

„Eyb ist Zacharias Alldinger“, mit diesen Worten klärte General Rochow den Hofrat Kelsner auf.³⁾

Der Spion hatte also wohl in doppeltem Sold gestanden.

Während man den Alldinger in Untersuchung behielt, mußte man die andern Eingezogenen laufen lassen. Die Aussagen der Jungfer Landolt hatten sich als durchaus unzuverlässig erwiesen. Die Beschlagnahme sämtlicher Papiere der Verhafteten deckte der Zürcher Behörde wohl die ganze Organisation des jungen Deutschland auf, sie konnte aber dem Verhöramt keinen Anlaß geben, eine weitere Untersuchung zu verhängen. Dennoch stellte das Amt den Antrag, es sollten die, welche sich schon in ihrer Qualität als Flüchtlinge verdächtigen, gänzlich aus der Schweiz fortgewiesen werden, damit „nicht die Wiederholung solcher Untersuchungen befürchtet werden muß, deren Resultate den damit gehabt Bemühungen keineswegs entsprechen und die Schweiz nur in Verlegenheit bringen“.

So wurden denn die in Zürich Verhafteten ohne gerichtliche Untersuchung aus der Schweiz entfernt.

In Bern wurde indessen „mit einer Hast und Uebertreibung eingeschritten, welche die Vermutung erregen mußten, es seien die wichtigsten Entdeckungen gemacht worden, und es sei dringlich, den größten Gefahren zu begegnen“.⁴⁾ Ohne das Er-

¹⁾ Heß an Roschi, 1. Juni 1836. St.-A. Zürich. P. 187.

²⁾ Heß an Bombelles, 6. Juni 1836. St.-A. Z. N. a. D. Wie Bürgermeister Heß am 1. Juni 1836 an Statthalter Roschi in Bern schrieb, habe Graf Bombelles der „Baronin von Eyb“ den Paß gegeben, „wahrscheinlich jedoch nicht infolge politischer Dienstleistungen.“

³⁾ Rochow, S. 54. Bern, 16. Juli 1836.

⁴⁾ Escher, II, 224, 225.

gebnis der Polizeiuntersuchung abzuwarten und ohne sich mit den Ständen ins Einvernehmen zu setzen, erließ der Vorort am 22. Juni ein Kreisschreiben mit der dringenden Aufforderung, alle Flüchtlinge, welche auf irgend welche Weise die Verhältnisse der Schweiz zum Auslande gestört hätten oder noch stören könnten oder die sich in die innern Verhältnisse des Landes mischen, auszuweisen.¹⁾

Bald konnte denn auch Herr von Effinger aus Wien melden, daß das Kreisschreiben „durch Fassung und Deutung Seiner Durchlaucht Befriedigung in hohem Grade erzeuge“. Auch der Wechsel in der öffentlichen Meinung in der Schweiz sei dem Staatskanzler nicht entgangen.²⁾ Doch ließ Metternich die Zügel nicht locker und wußte den Vorort fortwährend in Atem zu halten. „Sollten inzwischen,“ so ließ er wenige Wochen später durch Effinger ankündigen, „die weisen vorörtlichen Maßnahmen auf Schwierigkeiten in der Ausführung stoßen und die Nachlässigkeit oder Hartnäckigkeit untergeordneter Beamten ein zu weit getriebenes System von Duldung hinsichtlich solcher Flüchtlinge zu begünstigen, die das Asylrecht durch eigene Schuld verwirkt haben, so ist wohl vorauszusetzen, daß der vor wenigen Wochen besprochene und abgelehnte Vorschlag der großherzoglich badischen Regierung zu Schritten bei der vorörtlichen Behörde in einer oder andern Form wieder aufgenommen werden dürfte.“ Nach 14 Tagen ließ Metternich auf dem gleichen Wege dem Vorort die Besorgnis aussprechen, daß es dem Vororte „an den gehörigen Mitteln fehlen möchte, eine genaue und umfassende Vollziehung der Beschlüsse mit Nachdruck handzuhaben und überall zu sichern“. ³⁾ Unterm 24. August, als die Tagsatzung den Beschluß des Vororts bereits gebilligt hatte, meldete Herr von Tschann aus Paris, die deutschen Staaten seien fest entschlossen, die Absperrung der Schweiz zu verhängen, wenn die Stände den Beschluß der Tagsatzung nicht streng vollziehen sollten; dann würden die Gesandten sich nach Basel verfügen, um von dieser Stadt aus der Tagsatzung durch eine motivierte Erklärung die Sperre anzuzeigen. Es scheine aber,

¹⁾ Absch. 1836. I, 242.

²⁾ Prot. 18. Juli 1836.

³⁾ Prot. 26. Juli und 11. August 1836.

„daß Frankreich sich offene Hand behalten wolle, um auf den Fall vermittelnd eintreten zu können“.

Ueber die wohlwollenden Absichten Frankreichs waren jedoch auch dem glühendsten Franzosenfreunde in der Schweiz mittlerweile die Augen aufgegangen. Es ist hier nicht der Ort, die Behandlung darzulegen, welche die Schweiz in der Wahl'schen Angelegenheit und durch die Einnischung in die kirchlichen Angelegenheiten des Landes durch Frankreich zu erdulden hatte. Die Art, wie sich Montebello, dieser „französische Geßler“, wie er genannt wurde, in der Flüchtlingsangelegenheit gegen die Schweiz benahm, überstieg alles, was dieses Land je zuvor durch Einnisungen des Auslandes erlitten hatte. Frankreich wünsche, so redete er in seiner Note vom 18. Juli die Schweiz an, „daß die schweizerische Eidgenossenschaft ruhig sei (soit tranquille) und daß sie mit allen Mächten in gutem Verhältnisse stehe, mit einem Worte, daß ihre Stellung gegenüber von Europa fein solle, gefällig (facile), geordnet und übereinstimmend mit dem Wohlwollen, wovon Europa nicht aufgehört hat, für die Kantone belebt zu sein“. Sollte die Schweiz sich auf Deklarationen beschränken, so würden die Mächte sich „vollkommen berechtigt glauben, auf nichts mehr zu rechnen, als auf sich selbst, um sich Recht zu verschaffen gegen die Flüchtlinge, welche in der Schweiz gegen ihre Ruhe konspirieren, und endlich der Toleranz ein Ende zu machen, welche diese unveränderlichen Feinde der Ruhe der Regierungen ferner noch genießen sollten“.

„Der französische Botschafter ist vortrefflich“, frohlockte Nothow, „solche Sprache führte selbst zur Zeit der Restauration keiner seiner Vorgänger.“

Die Entlarvung Conseils, des französischen Amtsbrothers der Lessing und Eyb, ließ die geheimen Machenschaften des französischen Botschafters im hellsten Lichte erscheinen. Sie erregte großes Aufsehen und bereitete, vor allem auch durch den amtlichen durchaus sachlichen Bericht der Tagungskommission, der in 10,000 Exemplaren in Paris verbreitet wurde,¹⁾ der französischen Regierung große Un-

¹⁾ Prot. d. Gr. Rates. Bern 1836. Nr. 49. Vom Jellenbergs. S. 6.

gelegenheiten. Hatte doch dieselbe Regierung, die den angeblichen Flüchtling Conseil als Königsattentäter bei den Schweizer Behörden denunzierte und seine Verhaftung verlangte, dem gleichen Conseil Geld und Paß gegeben und als Lockspitzel angestellt. Der Unmut Montebellos kannte keine Grenzen mehr. „Das Komplott, dessen Räbelsführer oder Werkzeug Conseil war“, schrieb er in seiner Note vom 27. September, „lieferte ein neues Beispiel der unglaublichen Treulosigkeit der Faktionen und der so unglaublichen Schwäche einiger Landesbehörden (pouvoirs constitués). Ein gemeiner Hinterhalt (guet-à-pens) wurde beinahe öffentlich gegen den Gesandten von Frankreich verabredet, und was noch erstaunlicher ist, es fanden sich Behörden, welche schwach oder einfältig (dupes) genug waren, um sich als Mitschuldige eines von den Feinden jeder Regierung angezettelten Manövers gebrauchen zu lassen.“ Frankreich empfinde die Beleidigung tief und erwarte schnelle Genugthuung. Bis diese gegeben sei, werde der Gesandte allen Verkehr (tout rapport) mit der Schweiz abbrechen! Frankreich werde nie eine Beleidigung ungestraft hingehen lassen!

Schultheiß Tschärner suchte noch am 10. Oktober im Berner Großen Räte Montebello zu entlasten, als ob dieser an der ganzen Sache unschuldig sei¹⁾, und der Volksfreund (Nr. 69) hielt es „von ferne möglich“, „daß das Ganze eine von den fremden Flüchtlingen fein angelegte List sei, um die Schweiz aufs neue mit Frankreich in Herwürfnis zu bringen“.

Befagter „Volksfreund“ versäumte natürlich nichts, um die öffentliche Meinung im Lande gegen die Flüchtlinge aufzubringen. „Auch politische Verbrecher kann es geben“, schrieb er am 19. Juni (Nr. 49), „Verbrecher, welche in unsern Bergen nur einen bequemen Herd für ihre Umtriebe suchen und die Wohlfahrt eines gastfreundlichen, arglosen Volkes mit aller Leichtfertigkeit unsittlicher, ernstloser Gemüther oder mit der ausgesuchten Bosheit tückischer Intriguanen ihrer nichts-würdigen Persönlichkeit opfern wollen, z.“

„Völlig gleichgültig gegen Euer Wohl und Wehe“, heißt es in Nr. 61 vom 31. Juli, „betrachten sie Euch als bloße

¹⁾ Prot. d. Gr. Rates 1836. Nr. 51.

Maschinen, lassen, wenn's ihnen frommt, Euer Blut vergießen, Euer Häuser anzünden und halten über Leichen ihrer Opfer und über den Aschenhaufen Eurer Städte ihre republikanischen (?) Festmahle, die Thoren verlachend, welche sich für sie opferten und starben.“

Auch auf amtlichem Wege suchte die Regierung die Verfolgungen der Flüchtlinge zu rechtfertigen, diese Verfolgungen gründeten sich keineswegs auf unbescheidene Forderungen des Auslandes, schrieb der Regierungsrat an die Statthalter (Volksfreund Nr. 61), sondern einzig auf die „strafbaren Untriebe dieser Menschen“, welche, das gewährte Asyl mit schändlichem Undank lohnend, ihr ganzes Streben dahin gerichtet, die Schweiz zum Werkzeug und Spielball ihrer verderblichen Ränke zu machen, welche unser Vaterland in gefährvolle Verwickelungen gebracht, und unserer aufgeklärten Zeit zum Hohne, den Mitgliedern ihrer Verbindungen unbedingten Gehorsam gegen unbekannte Ordre, ja sogar sklavische Vollstreckung geheimer Mordbefehle zur Vorschrift gemacht u. s. w.

Die Statthalter konnten auch bald von zustimmenden Äußerungen der „öffentlichen Meinung“ berichten. So heisst es in einem Bericht des Regierungstatthalters Lehmann von Signau vom 1. August 1836: „Wenn auch die von den hiesigen Amtsangehörigen sehnlichst erwarteten Erleichterungen der Armenlasten bis dahin noch nicht eingetroffen sind, so wird das Bessere mit Ruhe erwartet und der rechtliche Bürger ist noch weit davon entfernt, durch unruhige, seine übrigen materiellen Interessen wie die Unabhängigkeit des Vaterlandes gefährdenden Ausstritte das Ziel seiner Wünsche erreichen und hiezu zum Spielball fremder Intriguanten sich hergeben zu wollen.“¹⁾

Eine „ehrerbietigste Zuschrift“ des Einwohnergemeinderates zu Langnau vom 1. August erteilt den gegen die Flüchtlinge getroffenen Massnahmen den „ungeteilten Beifall“. Auch der Statthalter von Laupen übersendet am 16. August eine „ehrerbietige Vorstellung von Beamten, Vorgesetzten und andern Hausvätern des Amtsbezirks Laupen“ und bemerkt im Begleitbericht: „Es läßt sich im Volke eine Abneigung gegen die undankbaren Flüchtlinge nicht verkennen, darunter selbst acht-

¹⁾ St.-A. Bern. Flüchtlingsangelegenheiten. I. Nr. 106.

bare Fremde leiden, denn ich habe die Ehre Sie zu versichern, daß man ungerne Fremde an Staatsstellen in unserer Republik sieht. Dieses ist keineswegs eigene individuelle Eingebung, sondern Stimmung des Volkes, die ich Ihnen nach meiner Pflicht kund thun soll.“ Ueber die Stimmung des Volkes heißt es in demselben Bericht weiter: „Der gute, dem Staate Garantie gewährende Teil hiesiger Bevölkerung ist gutgesinnt, darauf können Sie sich nach meiner innigsten Ueberzeugung verlassen, nur die Vollziehung des Schulgesetzes findet in den größten Gemeinden Mühleberg und Neuenegg bedeutenden Anstand, das Besuchen der Schulen im Sommer ist etwas Ungewohntes.¹⁾“

Wie aber das Schweizervolk in seiner Masse urteilte, ging aus den Riesenversammlungen hervor, die in allen Teilen des Landes stattfanden und in denen die Empörung über die Annahmung der Diplomaten, die Schwäche der vorörtlichen Regierung und das den Flüchtlingen zugefügte Unrecht den lebhaftesten Ausdruck fand. So traten in Flawyl, St. Gallen, am 7. August 6000 Männer auf freiem Felde zusammen, sie hatten vernommen, daß der Herzog von Montebello dem Tagsatzungsgefandten Baumgartner ins Gesicht gesagt habe: „le peuple est contre vous“ und wollten nun dem fremden Herrn zeigen, wie das Volk denke. Staatschreiber Hungerbühler, Kantonsrat Curti von Napperswyl, Professor Henne und Abgesandte aus dem Thurgau, von Appenzell und Glarus sprachen. Sie alle beklagten die Herabwürdigung ihres Vaterlandes. Jeder folgende Sonntag sah Massenversammlungen: Am 21. August waren 30,000 Männer in Wiedikon bei Zürich versammelt (Republikaner Nr. 68). „Könnte ich mit tausend feurigen Zungen sprechen, ich vermöchte nicht, den unmenbaren Unwillen auszudrücken, welchen die Drohungen des Franzosen in jedem Eidgenossen erregt“, rief dort Seminar-direktor Schurr aus. In Reiden bei Luzern waren am gleichen Tage 10—12,000 Bürger vereinigt. In Münzingen verlangten 2000 Versammelte mit echt bernischer Gründlichkeit die Ausweisung Montebellos.

Doch fanden auch die unsinnigsten Gerüchte, die man über die Flüchtlinge und ihre Pläne verbreitet hatte, mancherorten

¹⁾ M. a. D. Nr. 105.

Glauben. Man sprach von Einfällen in den Schwarzwald, von den Waffen und Kriegsvorräten der Flüchtlinge und dergleichen. Selbst Bürgermeister Hef wollte von „ganz unverdächtiger, zuverlässiger Hand“ — der Name dieses spiritus familiaris wird nicht genannt — erfahren haben, daß Naushenplat die Lehre verkündigt habe, man müsse einen Einfall in den Schwarzwald machen.¹⁾ Naushenplat sei der Unternehmendste, Entschlossenste und besitze Mut und Kraft zur Ausführung eines jeden Unternehmens. „Er selbst konnte nicht arretiert werden oder wenigstens nicht ausfindig gemacht werden, indem immer erst, nachdem er sich an einem Ort entfernt hatte, seine Anwesenheit der Polizei mitgeteilt wurde. Sein Treiben darf unbedenklich ein sehr gefährliches für jedes Land genannt werden.“ Warum Naushenplat sich der Polizei nicht stellte, hat er selbst in einem Schreiben an Bürgermeister Hef erklärt: „In der Ueberzeugung, daß der gegen mehrere meiner Landsleute verhängten Untersuchung wenigstens dem Hauptinhalte nach, und insbesondere rücksichtlich einer projektierten Expedition nach Deutschland eine leicht zu enthüllende Mystifikation zu Grunde liegt, würde ich mich, ungeachtet der willkürlichen Ausdehnung, deren politische Inquisitionen zumalen nach der unlängst aufgestellten Doktrin von indirekten Versuchen fähig sind, dennoch gestellt haben, wenn nicht das annoch übliche inquisitorische Verfahren zu sehr allgemeiner fester rechtlicher Garantien entbehrte.“²⁾

Die Art, wie die Untersuchung geführt wurde, war allerdings nicht dazu angethan, irgend ein Vertrauen der Flüchtlinge auf eine gerechte Beurteilung und eine gesetzmäßige Behandlung zu rechtfertigen.

¹⁾ Bericht des Präsidenten des Polizeirats von Zürich an den Polizeirat. 14. Juni 1836. St.-M. Bern. Flüchtlingsangel. I, Nr. 5.

²⁾ Brief des Dr. von Naushenplat an Bürgermeister Hef. Aarau, 15. Juni 1836. St.-M. Zürich, P. 187.

Siebzehnter Abschnitt.

Roschis summarische Untersuchung. — Nachhülfe durch Herrn von Rochow.
— Zuverlässige Quellen. — Verhaftung Ludwig Snells. — Der
Untergang der „Jungen Schweiz“. — Der Staatsrat von Genf und
der Deutsche Arbeiterverein. — Polizeiverfahren und gerichtliche
Untersuchung.

Die Untersuchung über die Umtriebe der Flüchtlinge wurde
in die Hände des Regierungsstatthalters Roschi gelegt. Allzu
behutsam in seinen Urteilen und Handlungen war dieser
Beamte nicht; man hatte vielmehr wiederholt über ihn zu
klagen, er sei zu Uebergriffen geneigt. Gegen einen britischen
Unterthan Namens Bowles hatte er sich derart benommen,
daß die Berner Regierung sich förmlich entschuldigen, Herrn
Roschi einen Verweis erteilen, den Mr. Bowles entschädigen
und in den öffentlichen Blättern bekannt machen mußte, daß
künftig willkürliche Eingriffe in die Freiheit britischer Unter-
thanen nicht mehr stattfinden werden.¹⁾

Nun waren freilich die deutschen Flüchtlinge keine freien
britischen Unterthanen, aber doch war sich Roschi der Schwie-
rigkeit seiner ihm jetzt übertragenen Aufgabe, die Flüchtlinge
gesetzwidriger Handlungen zu überführen, bewußt; und als
sein „Bericht“ trotz der „88 Abhörungen, circa 110 Original-
briefen und mehr als 1000 Seiten Akten“²⁾ so dürftig aus-
fiel, als er notwendigerweise ausfallen mußte, sollte er anders
seinen Zweck erfüllen, entschuldigt sich Roschi ausdrücklich und
sucht zu erklären, warum keine gerichtliche Untersuchung
stattfinden könne; eine solche sei „unter den obwaltenden Ver-
hältnissen und nach unserm langsamem Justizgange“ unthun-
lich. Die Beklagten seien „durch Eide und Dolche“ zur Ver-
schwiegenheit verpflichtet und machten sich ohnedies kein Be-
denken daraus, auf Ehre und Gewissen zu leugnen (S. 45).
Roschi wußte nun sehr gut, wie fadenscheinig sein Anklage-
material sei. „Allein“, sagt er, „bei der allgemeinen Ab-
geneigtheit der Abgehörten, der reinen Wahrheit gemäß
Aufschluß zu geben, mußten mit großer Mühe Indizien zu

¹⁾ Dipl. Dep. X. 29.

²⁾ Roschi, Bericht S. 4.

einem so weitläufigen Untersuch zusammengetragen werden, von welchen vielleicht einige auf Irrtum oder irrigen Voraussetzungen beruhen könnten“ (S. 47).

So erklärt sich dann auch, warum die Thätigkeit Roschis „nur in einem summarischen polizeilichen Untersuch bestand, der keine Lösung von Widersprüchen in den Aussagen oder gerichtliche Vorgehren, bei hartnäckigem Zeugnien zuließ, sondern sich lediglich auf die Ausmittlung des Thatbestandes und der Identität der mehr oder weniger in diese sträflichen Umtriebe verflochtenen Fremden, zur ungefäulnten Fortschaffung derselben beschränkte“ (S. 4).

Herr von Rochow fand in dem Berichte Roschis die Wiederholung aller seiner Angaben über das Treiben der Flüchtlinge seit dem 1. Februar. „Außerdem darf ich ohne Annäherung sagen, daß ohne meine Notizen und ohne mein Treiben die Schweizer schwerlich so viele ihnen höchst empfindliche und unbequeme Geständnisse gemacht haben würden.“¹⁾

Diese den Schweizern „höchst empfindlichen und unbequemen Geständnisse“ bestehen in dem Wiederholen der Uebertreibungen und Anschuldigungen, welche die regierungsfreundliche Presse in Deutschland seit langem gegen die Flüchtlinge erhoben hatte. In einem amtlichen Bericht erschienen diese Anschuldigungen aber in merkwürdigem Lichte, da nicht eine einzige Thatfache zum Beweise angeführt wurde. Roschi hebt (S. 66) die Bestimmung in den Mazzini'schen Statuten des jungen Europa hervor: „Jedes Mitglied hat die Pflicht der Selbstbewaffnung“, aber nicht ein einziger der Angeklagten war dieser „Pflicht“ nachgekommen. Ueber die in den Statuten ausgesprochenen „Todesstrafen für Verräter“ sagt Roschi: „daß diese Strafen nicht in leeren Drohungen bestanden, beweisen die unter Mazzini in Frankreich gefällten Todesurteile. Auch unter den Polen sollen im geheimen Ausstufungen und Todesstrafen stattgefunden haben; sowie denn auch das junge Deutschland, wie es scheint, von seinem Recht Gebrauch gemacht hat“ (S. 28).

Im Jahre 1833 waren in Rhodéz in Südfrankreich zwei Italiener in einem Kaffeehause am hellen Tage ermordet

¹⁾ Rochow, S. 67. Bern. 13. September 1836.

worden. Die Polizei wies ein „Todesurteil“ vor, das von Mazzini und Caecilia unterzeichnet war. Gewaltiges Entsetzen der guten Bürger. Die Missethäter von Aveyron fanden aber die Sache anders. Das Todesurteil war gefälscht!¹⁾

Ueber die kriegerischen Pläne, die man dem jungen Deutschland zutraute, spricht sich Roschi ebenfalls unverzagt aus ohne irgend welche Beweise.²⁾

Als Roschi für die Erfüllung seiner schwierigen Aufgabe mit dem Extrahonorar von 800 Franken belohnt wurde, entschuldigte er sich beim Regierungsrate nochmals: „Da die Aufgabe „überhaupt nicht in einer gerichtlichen und vollständig durchgeführten Untersuchung bestehen konnte, so mußte es mir auch um so schmeichelhafter sein, besonders von meinen Oberen diesen Beweis der Nachsicht mit dem Geleisteten zu erhalten.“³⁾

Wer in den Verzeichnissen Roschis als „mehr oder weniger verdächtig“ genannt war, verfiel der Ausweisung. Von den 136 Fremden, die von Bern sofort ausgewiesen wurden, waren 22 Bayern (meist Pfälzer), 10 Preußen, 10 Hessen-Darmstädter, 2 Badener, 8 Kurhessen, 7 Frankfurter, 5 Hannoveraner, 5 Dänen (Schleswig-Holsteiner), 4 Sachsen, 2 Nassauer und 1 Braunschweiger. Dazu kamen 13 Italiener, 6 Polen und 25 deren Heimat „nicht ausgemittelt“ ist. Dem Berufe nach waren es 28 Studenten und Litteraten; alle übrigen waren Arbeiter: 14 Schuster, 9 Buchdrucker, 7 Schlosser, 6 Apotheker, 4 Goldarbeiter, 4 Schreiner, 4 Spengler und nur 2 Schneider.

Schweizerbürger, die man nicht ausweisen konnte, wurden in die polizeiliche Untersuchung gezogen; aber nur einen, Ernst Schüler, wagte man vor Gericht zu stellen.

¹⁾ Gazette des tribunaux. 8. Dezember 1833.

²⁾ Paul Schweizer (Geschichte der schweizerischen Neutralität S. 743) wiederholt die gleichen Anklagen und beruft sich auf — Ludwig Lessing und auf Gelzer, der sich seinerseits wieder auf Lessing beruft. „Wenn man diesem Zeugen nicht glauben will“, sagt Schweizer wörtlich, „so genügen doch die Proklamationen und namentlich die von Waffenunternehmungen handelnden Statuten des jungen Deutschland (bei Roschi S. 66), um die von der jungen Schweiz (Journal) frech geleugneten kriegerischen Pläne zu beweisen. Roschi S. 30 bringt nähere Beweise.“ Ich habe diese nähern Beweise dort nicht gefunden.

³⁾ St.-A. Bern. Flüchtlingsangelegenheiten I, Nr. 169.

Selbst an Ludwig Snell legte man Hand. Dem Berner diplomatischen Departement waren „auf polizeilichem und konfidentiellern Wege auf einige Tage zur Einsicht mitgeteilt worden eine Anzahl Briefe, welche von Eingeweihten in die strafwürdigen Pläne des jungen Deutschlands ausgegangen, den deutschen Behörden bei Anlaß der in verschiedenen Staaten derselben eingeleiteten Untersuchungen in die Hände gefallen sind“. So berichtete Schultheiß von Tavel an den Regierungsrat.¹⁾ „In diesen Akten befinden sich mehrere Stellen, welche die Schuld von Männern darthun, die im Gebiet des Kantons Bern angesetzt und zum Teil an der hiesigen Hochschule angestellt sind. Wir haben die fraglichen Stellen in aller Eile exzerpieren lassen. Es ergibt sich daraus, daß Herr Ludwig Snell sehr graviert erscheint.“ „Zwar ver sprechen wir uns von einer gerichtlichen Untersuchung gegen Herrn Snell keinen großen Erfolg“, doch hatte Herr von Tavel „die moralische Ueberzeugung, daß Herr Ludwig Snell der korrespondierende Generalagent der sogenannten deutschen Regierung in Paris, das Verbindungsglied derselben mit dem Centralkomitee aller Klubs, welche auf Schweizerboden wuchern“, sei. Da Snell zudem ein Hauptförderer der Bestrebungen der jungen Schweiz sei, so stellte Herr von Tavel namens des diplomatischen Departements den Antrag, „daß dieser Professor Ludwig Snell behufs Einleitung eines ordentlichen gerichtlichen Verfahrens gegen ihn, sogleich verhaftet und seine Papiere, sowie diejenigen seines Bruders Wilhelm Snell zu Hause und auf der Post in Beschlagnahme genommen werden“.

Die Verhaftung Ludwig Snells wurde von Johannes Schnell (Volksfreund, 28. Juli 1836, Nr. 60) mit folgenden Worten über die deutschen Professoren begleitet: „Statt eine verständliche Philosophie zu lehren und ein vernünftiges Staatsrecht vorzutragen, thun sie sich mit Studenten und Handwerksburschen in Klubs und Kneipen zusammen, saufen und freffen miteinander bis sie glänzen wie Del und nicht

¹⁾ Am 21. Juli. S. Dipl. Dep. IX, 457. Auch St.-A. Bern. Flüchtlingsangelegenheiten I, Nr. 65. Derselbe Schultheiß von Tavel teilte Karl Mathy mit, „er verabschiede die Diplomaten, seit vier Jahren sei kaum ein Brief über die Schweizergrenze gekommen, der nicht von den deutschen Regierungen geöffnet sei“. S. Freitag, S. 149.

mehr wissen, was sie schwagen, und fangen dann an, über Verfassung und Regierung zu schelten und zu schimpfen, daß kein ehrbarer Mensch es aushält, und das heißen sie eine Volksregierung.“

Als Ergebnis der Verhaftung und Untersuchung berichtete am 2. August die Justizsektion an den Regierungsrat, daß sich aus anonymen Briefen „mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit zu ergeben scheint, daß Herr Snell in dem Centralkomitee der jungen Schweiz oder in dem jungen Europa gestanden und überhaupt eines der thätigsten Triebkräfte dieser geheimen Verbindungen gewesen sei“. . . . „Aus dem staatspolizeilichen Gesichtspunkte glaubt demnach die Justizsektion, es seien die gegen Herrn Snell angeordneten Interstigationen durchaus an ihrem Orte gewesen, und es könne die Regierung in dieser Beziehung kein Vorwurf treffen. — Aus dem juristischen Standpunkt betrachtet sind hingegen allerdings aus den Akten keine hinlänglichen Indizien vorhanden, um gegen Herrn Snell eine Privatuntersuchung anzuhängen,“ darum müsse man ihn aus der Haft entlassen.

Nach der Freilassung Snells brachten ihm die Studierenden der Hochschule, die wegen der Verhaftung des verehrten Lehrers in großer Erregung waren, ein Ständchen. „Mancher, der vor zwei Jahren das Entstehen unserer Anstalt mit Freuden sah, sieht heute mit mißtrauischen Blicken nach derselben Anstalt hin,“ sagte bei dieser Gelegenheit Student Karrer¹⁾, „weil sie Wissenschaft nicht nur als eine hübsche Zierpflanze der Menschheit ansah, sondern innig überzeugt war, daß sie der Grund und die Lebensquelle der wahren Freiheit ist.“

Die Entlassung Snells als Professor war eine selbstverständliche Folge dieses Justizverfahrens, wurde doch ihm wie anderen Flüchtlingen im Dienste Berns Aufenthalt und Thätigkeit möglichst verleidet. Auch Dr. Gärth, der sich das besondere Mißfallen des Hans Schnell zugezogen, erlitt das Schicksal der freiwillig-unfreiwilligen Entfernung. Er war, wie es in den Akten des Diplomatischen Departements (IX, 437) heißt, durch den Frankfurter Aufstand „bedeutend graviert und vielleicht auch seither nicht ganz ohne Teilnahme an dem sein Vaterland betreffenden politischen Treiben in der Schweiz ge-

¹⁾ Beobachter, Nr. 96, 11. August 1836.

blieben. Seine Abreise kann daher nicht anders als wünschenswert sein und wir möchten gerne, es würden mehrere seiner Landsleute, gegen welche die nämlichen Verdachtsgründe obwalteten, ohne daß bis jetzt legale Beweise vorliegen, seinem Beispiele folgen."

Vor der „Jungen Schweiz“ machte man selbstverständlich nicht Halt. Ihre Nummern wurden beschlagnahmt, alle Redakteure und sogar manche Sezer verhaftet. Bald war niemand mehr auf der Bresche als der Gerant, der dann schließlich den Kampf aufgeben mußte. „Unser Journal beugt sich unter den wiederholten Streichen, die man ihm Schlag für Schlag versetzte“, so lauteten die Abschiedsworte der „Jungen Schweiz“, es gibt dieser kosakischen Gewalt nach, es fällt, aber es stirbt nicht . . . Das Journal wird sich in kurzem wieder erheben, mit mehr Leben und triumphierender als je . . ."

Das Verfahren gegen die „Junge Schweiz“ verlief resultatlos. Man mußte den verantwortlichen Redacteur Weingart, den spätern Nationalrat, bald freigeben.

Wiederholt wurde die Centraluntersuchungsbehörde in Bern, die stets von „zuverlässiger Seite“ aus eine feste Meinung sich gebildet hatte, von den Kantonalbehörden eines Besseren belehrt. Als das Berner diplomatische Departement am 10. Juli dem Bürgermeister Hess in Zürich mit einem „Verzeichnis der in Zürich sich aufhaltenden Mitglieder des jungen Deutschland“ aufwartete¹⁾, erwiderte Hess, „daß, so zuverlässig die Quelle sein mag, aus welcher die Nachricht geschöpft wurde, dennoch manches unrichtig in die Quelle geflossen sein mag“²⁾, was Hess selbst aber nicht abgehalten hat, seinerseits sich auf derartige „zuverlässige“ Quellen zu stützen.

An den Staatsrat von Genf schrieb am 10. Juli das diplomatische Departement: „Aus authentischen Quellen geht mit Bestimmtheit hervor, daß in der Stadt Genf sich drei Vereine des jungen Deutschland, oft an 100 Personen besucht, sowie höchst wahrscheinlich auch Klubs des jungen Italiens,

¹⁾ Dipl. Dep. IX, 429.

²⁾ Vertraulich. Zürich, 14. Juli 1836. An den Vicepräsidenten des diplomatischen Departements. Form eines Privatbriefes, ohne Unterschrift. Handschrift des Bürgermeisters Hess. St.-M. Bern. Fächtlingsangelegenheiten. I, Nr. 46.

Polens, Frankreichs u. s. w. befinden.“¹⁾ Der Staatsrat von Genf erwiderte, daß wiederholter Lokalwechsel wohl die Annahme veranlaßt habe, es handle sich um drei Vereine. Die deutschen Handwerker versammelten sich in Genf öffentlich, man lese und singe und keine Unordnung irgend einer Art habe je stattgefunden.²⁾

Luzern war der einzige Kanton, der 1836 eine gerichtliche Untersuchung der „Handwerkerumtriebe“ veranstaltete, ihr Ergebnis steht in einem bezeichnenden Gegensatz zu der Auffassung, mit welcher die dienstfertigen Polizeibehörden an die Sache herantraten: Regierungsrat Baumann, der Polizeidirektor des Kantons Luzern, berichtete nach Zürich am 27. Juni was folgt:

„Auch hier hat sich im letztverflossenen Jahre ein ähnlicher Klub gebildet, der sich erdreistete, in Kneipen und abgelegenen Ortschaften Zusammenkünfte zu halten, Komitee und Vorsteher zu wählen, politische Reden zu halten u. s. w. Durch schnelles und ernstes Einschreiten wurde der Ausbreitung und dem Aufsehen erregenden Unwesen vorgebogen. Seit dieser Zeit wagten die hiesigen fremden Handwerker es nicht mehr, Zusammenkünfte zu halten, und ich mache es mir zur Aufgabe und zur Pflicht, strenge darüber zu wachen, daß nie wieder dergleichen Vereine sich bilden können.“³⁾

Da aber nach Luzerner Gesetzesvorschrift jeder von der Polizei Verhaftete dem zuständigen Gericht zur Untersuchung und Beurteilung unverweilt übergeben werden mußte, so kam die Angelegenheit an den Appellationsgerichtshof von Luzern, der am 16. Juli erkannte, „daß sich aus den vorgefundenen Akten keine Spur irgend einer beabsichtigten gewaltthätigen Unternehmung oder eines thätlichen Angriffs weder gegen das In- noch gegen das Ausland zeigt, sondern die Thätigkeit des Vereins vorzüglich auf Anschaffung von politischen Schriften und auf Gespräche darüber sich beschränkte und überhaupt höchst bedeutungslos war“.⁴⁾

¹⁾ Dipl. Dep. XI, 429.

²⁾ St.-M. Bern. Flüchtlingsangelegenheiten. I, 52. Vergl. auch Abj. 1836, Beil. Litt. X 4, 5.

³⁾ St.-M. Zürich. P. 187.

⁴⁾ U. a. abgedruckt im „Republikaner“ Nr. 59, 22. Juli 1836.

Das Verfahren gegen Ernst Schüller, den man als Schweizerbürger des „Hochverrats“ anklagte, endigte nach einer Untersuchungshaft von fünf Monaten mit der gerichtlichen Freisprechung . . .

Die Einsichtsvollen der Ausgewiesenen schieden ohne Groll gegen die Schweiz. Bezeichnend für die Auffassung der gebildeteren Flüchtlinge mag der Brief sein, den Carl Vincenz von London aus am 12. Oktober 1836 an Bürgermeister Hess gerichtet hat (St.-A. Zürich): „Die Untersuchungsbehörde habe in dieser Geschichte selbst nicht klar gesehen,“ schreibt er, „die Flüchtlinge mußten nur die Sündenböcke machen, die Fürsten wären fern davon, sich vor einer handvoll waffen- und mittelloser Flüchtlinge zu fürchten; in Wahrheit gelte es der Schweiz und ihren republikanischen Verfassungen. Bei den Flüchtlingen würde man keine Verschwörungen entdecken, wohl aber wenn man die Papiere der Diplomaten durchsuchte. Mein einziger Wunsch, sowie der meiner Landsleute und aller anderen Patrioten ist, der Schweiz, durch die wir zwar verkannt und mißhandelt worden sind, zu zeigen, daß wir es stets redlich und gut mit ihr gemeint und daß wir für ihre Freiheit ebenso gut als für die unseres speciellen Vaterlandes zu kämpfen bereit sind. — Ich hoffe, daß Sie, geehrtester Herr Präsident, meine Worte nicht übel aufnehmen, sie kommen aus reinem Herzen und so Gott will, ist vielleicht bald der Zeitpunkt da, auch durch die That diese Worte zu bekräftigen.“

Achtzehnter Abschnitt.

Zacharias Aldinger und die Ermordung Lessings. — Die „Baronin von Eyb“. — Urteile und Bemühungen des Herrn von Rochow. — Die deutsche Arbeiterbewegung in der Schweiz. — Georg Feins spätere Thätigkeit. — Flüchtlingslos. — Rauschenplat und Matthy. — Karl Schapper und Karl Marx.

Das Verfahren gegen Zacharias Aldinger, genannt Baron von Eyb, zog sich bis in das Jahr 1837 hin. Seine eigene Frau, mit der er in beständigem Hader lebte, hatte sich in höchst verdächtiger Weise über den Mord von Lessing und die Mitwissenschaft Aldingers geäußert.

Den Ludwig Lessing hatte man am 4. November 1835 in der Nähe von Zürich ermordet aufgefunden; eine Beraubung hatte nicht stattgefunden, also lag wohl ein politischer Mord vor? Die preussische Gesandtschaft suchte diese Anschauung nach Möglichkeit zu verbreiten und ließ, der Züricher Regierung zuvorkommend, 1000 Franken Belohnung auf die Entdeckung der Thäter setzen. Man wies auf die „Todesstrafen“ hin, welche in den Statuten des jungen Europa angedroht waren; so lenkte sich der Verdacht naturgemäß auf die Flüchtlinge. Der preussische Gesandte veranlaßte unter Berufung auf einen „anonymen Brief“, der ihm zugegangen sei, die Verhaftung der Flüchtlinge Erhardt, Kraz und Alban. Die Untersuchung hatte aber keinen Erfolg; die Angeklagten konnten ihr Alibi nachweisen.

Andere waren der Ansicht, Lessing sei ein Opfer brutaler Eifersucht; er war in allerhand Liebeshändel verwickelt, hatte vor nicht langer Zeit ein Duell bestanden und war noch am Abend vor seinem Tode bei einem Stelldichein.

Doch war man im Volke auch sehr mißtrauisch gegen die politische Polizei und hielt sie sehr schlimmer Thaten fähig; es galt nicht für ausgeschlossen, daß Lessing von Angestellten der preussischen Polizei selbst, der er unbequem geworden, aus dem Wege geräumt worden sei. Dieser Verdacht wurde bestärkt durch das merkwürdige Verhalten der preussischen Behörden selbst. Unter nichtigen Vorwänden verweigerte Herr von Rochow, der Minister des Innern und der Polizei (der Bruder des Gesandten), jede Auskunft über die Familienverhältnisse des Lessing.

Im allgemeinen aber blieb der vorherrschende Verdacht auf den Flüchtlingen haften. Der grauenvolle Mord lastete centnerschwer auf den Herzen der ordnungsliebenden Bürger, und dieser Umstand hat gewiß am meisten dazu beigetragen, die öffentliche Meinung gegen die Fremden aufzubringen.

In der Untersuchung verwickelte sich Aldinger andauernd in Widersprüche; über seine Person suchte er die schweizerischen Behörden irre zu führen. „Man werde der Sache kaum auf die Spur kommen,“ rief er aus, „indem er äußerst vorsichtig zu Werke gegangen sei, damit weder Beamtete noch sonst jemand kompromittiert werde . . . Ohne Verletzung von

Ehre, Pflicht und Tugend könne er über seine Verhältnisse nicht Auskunft geben!"¹⁾ Doch wurden seine wahren Personalien bald festgestellt. Wie weit sich seine Beziehungen zur politischen Polizei erstreckten, ließ sich allerdings nicht ermitteln. Und merkwürdigerweise konnte man auch nicht genügende, zuverlässige Angaben über die Personalien seiner „Ehefrau“, angeblich einer gebornen Ida Szent-Györgyi aus Ungarn, erlangen, die in den Akten „eine höchst schlaue und gefährliche Person“ genannt wird.²⁾ Auch die Versuche, durch den schweizerischen Geschäftsträger in Wien Auskunft über die Familienverhältnisse dieser Person zu erlangen, hatten keinen Erfolg. In Ungarn seien Justiz und Polizei „kaum mehr als im Mittelalter ausgebildet“, schrieb Herr von Effinger am 30. Juni an das Zürcher Kantonalverhöramt, „so daß bei Nachforschungen irgend einer Art selten und immer nur, wenn die betreffenden Komitatsbehörden von Thätigkeit und gutem Willen beseelt sind, ein befriedigendes Resultat erreicht wird.“³⁾

Der Staatsanwalt beantragte, den Alldinger des Mordes verdächtig zu erklären. Der Gerichtshof aber erkannte, daß das Alibi Alldingers „immerhin zur hohen Wahrscheinlichkeit hergestellt erscheint“ und sprach ihn von der Anklage des Mordes frei, fand ihn nur schuldig der Fälschung öffentlicher Urkunden, der Annahmung eines fremden Familienstandes und des Ungehorsams gegen amtliche Verfügungen und verurteilte ihn zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahre, wovon sechs Monate Untersuchungshaft abgerechnet wurden. Die Angelegenheit erregte großes Aufsehen, zumal Alldinger öffentlich als österreichischer, Lessing als preußischer Spion festgestellt waren.

„Acht Tage spricht man davon, dann verhallt es“, tröstete sich Herr von Rochow.⁴⁾

Am 22. Mai schreibt Rochow an Hofrat Kelchner in Frankfurt: „Die Madame Eyb wird jetzt in Ihrer Nähe sein.

¹⁾ S. den Mord, begangen an Ludwig Lessing zc. S. 22—26.

²⁾ Das Kantonalverhöramt an den Polizeirat. Zürich, 30. Mai 1836.

³⁾ Vgl. Schauberg, altentworfene Darstellung zc. Beilagenheft Seite 175—177.

⁴⁾ S. 105. Bern, 8. April 1837.

Ihr Gemahl wird bald folgen, das Ganze ist doch eine grauenhafte Geschichte, hinter der eine Welt von Unrat liegen mag“ (S. 108). Madame blieb aber zur Verlegenheit Rochows noch in Zürich; dagegen begab sich Aldinger selbst nach Frankfurt. „Eyb sitzt unweit der Hauptwache in Civilverhaft und hat sich die besondere Protektion des Staatsanwalts zu erwerben gewußt,“ schreibt Rochow am 26. Mai (S. 109), „das Weib ist leider noch immer in Zürich“.

„Der Geldquelle des Eyb nachzuspüren, ist sehr übel, und besser, wenn Zürich darüber nichts erführe.“¹⁾

In dem Bestreben, ein neues Verfahren gegen Ludwig Snell zu veranlassen, schrieb Rochow am gleichen Tage: „Sehr nützlich würde es sein, wenn vidimierte Abschriften von Briefen über die Teilnahme des Professors Louis Snell uns zugesandt werden könnten. Es würde möglich sein, darauf ein gehöriges Verfahren gegen ihn zu erlangen. Doch ist Eile nötig. Die hiesige Behörde ist erbötig, jede vidimierte Angabe zu benutzen, und daß es geschieht, darüber werde ich wachen.“ Und in einem Briefe Rochows vom 11. Oktober (S. 127) heißt es: „Ich schicke jetzt die Lessing'schen und Eyb'schen Akten nach Berlin. Das Urteil in der Ernst Schüler'schen Sache befindet sich schon daselbst. Bis jetzt glückte es mir, ungeachtet des bösen Willens allhier, alle dergleichen Dokumente zu erlangen.“

Als Rochow wenige Jahre später seinen diplomatischen Posten in der Schweiz verließ, auf dem er mit so peinlichen Angelegenheiten betraut gewesen, atmete er auf: „daß ich die Schweiz im Rücken habe, das macht mir einen wahrhaft beruhigenden Eindruck“. (Stuttgart, 24. November 1839, S. 189.)

Bis zum letzten Tage seines Aufenthaltes in der Schweiz fühlte sich Rochow als gestrenger Oberaufseher der deutschen Arbeiter im Ausland. Sie konnten nach der Fortweisung der Flüchtlinge und aller bekannt gewordenen Mitglieder nur in geheimen Zusammenkünften die alten Bestrebungen fortsetzen. Wie scharf Rochow aufpassen ließ, geht aus seinen Worten hervor: „Von preussischen Arbeitern säubere ich dies Land

¹⁾ Rochow, S. 119. 1. August 1837.

aber nachgerade, denn ich weise alles unnachsichtlich fort und habe nur zu klagen, daß meine Nachbarn oft Pässe hierher visieren, ohne daß ihnen die Befugnis zusteht. Ich schicke alle Monate die Passvisa-Register gewissenhaft mit Bemerkungen ein, damit man eine Kontrolle in der Heimat von denen hat, die hier waren. Daher kommt es, daß nachgerade alle Individuen sitzen, welche in Biel oder Zürich waren. (S. 101. Bern, 20. März 1837.)

* * *

Ueber alle Hindernisse hinweg findet doch die deutsche Arbeiterbewegung in der Schweiz ihre Weiterbildung in der proletarisch-socialistischen Richtung in den kommunistischen Vereinen, die bald vor allem unter dem Einfluß der Deutschen in Paris sich zu entfalten beginnen, ihre Fortsetzung im kleinbürgerlich-individualistischen Geiste in der kurzatmigen Agitation, die Wilhelm Marr unter der Auffrischung des Namens „Jung Deutschland“ in den vierziger Jahren in Szene setzte. Damals kam auch Dr. Georg Fein wieder in die Schweiz zurück. Er war nach Paris gegangen, dort aber von der Polizei bald ausgewittert und wochenlang ins Gefängnis gesteckt worden. Dann hatte er sich nach England gewandt, wo die meisten Flüchtlinge aus der Schweiz einen verzweifelden Kampf um das tägliche Brot führten. Von London ging der Rastlose nach Christiania in Norwegen, wo er einen bürgerlich-demokratischen Verein „Germania“ gründete, und war 1844 wieder in der Schweiz. Im folgenden Jahre machte er den Freischarenzug gegen Luzern mit, wurde gefangen, an Oesterreich ausgeliefert, von Mailand nach Wien, von dort nach Triest auf ein Schiff gebracht, das nach Amerika fuhr. In der neuen Welt hielt Fein fleißig Vorträge über das bürgerliche Leben in Deutschland, als er aber 1848 nach der alten Heimat zurückkehrte, wurde er bald als „Ausländer“ ausgewiesen. So kehrte er denn zum dritten Male in die Schweiz zurück und gründete in Viestal, seinem neuen Bürgerort, eine Fortbildungsschule.

Die deutschen Arbeitervereine hat er nicht vernachlässigt und ist ihnen bis zu seinem Tode ein treuer Freund und

Berater gewesen.¹⁾ Seinem Einfluß und dem anderer liberaler Flüchtlinge, wie Wislicenus, ist es zum guten Teile zuzuschreiben, daß die deutschen Vereine in der Schweiz bis in die sechziger Jahre sich in bürgerlichem Fahrwasser bewegten. Das Wort des Vaters Fein hatte schweres Gewicht bei den Mitgliedern, und wenn er nach Zürich kam, war großes Fest in der Eintracht. Es war sein Antrag, der im Juli 1863 auf der Landeskonferenz in Zürich die Stellung der deutschen Arbeitervereine in der Schweiz gegenüber der Lassalle'schen Agitation bestimmte, daß sie im Gegensatz zu den Lehren Lassalles an den von Schulze-Delitzsch aufgestellten Grundsätzen der Selbsthilfe festhalten wollten. Bis an sein Lebensende hat Fein die Hoffnung nicht aufgegeben, daß das deutsche Volk mit der Einheit auch die Freiheit erringen werde. Am 26. Januar 1869 ist der Vater Fein, 65 Jahre alt, gestorben. Die deutschen Arbeiter in der Schweiz haben den guten standhaften Mann nicht vergessen; wenn sie heute auch andere Wege wandeln, als er sie ihnen gewiesen, so gedenken sie seiner stets mit Verehrung und Dankbarkeit, und bis auf den heutigen Tag wird in vielen deutschen Vereinen das Bild des Vaters Fein aufbewahrt als ein geschätztes Andenken an Zeiten harter Kämpfe und Verfolgungen.

Von den übrigen deutschen Flüchtlingen haben die meisten ein trauriges Ende genommen; Hunger und Verzweiflung war das Los von nicht wenigen. Ihnen blieb, nach den Worten des Hofardendichters Sauerwein:

... nichts auf Erden
Als Verzweiflungstreich
Und Soldat zu werden
Für ein freies Reich.

Wilhelm Sauerwein selbst ist sehr frühe den Strapazen des Hungers und der Sorge erlegen und in seiner Vaterstadt Frankfurt im Krankenhaus verschieden. Auch mit rauhen platts schier unbeugbarem Lebensmut ging es zu Ende, als Schlag auf Schlag den Alleinstehenden traf. Er hoffte in

¹⁾ Ueber das spätere Wirken Feins vgl. das Felleisen. Organ der deutschen Arbeiterbildungsvereine in der Schweiz. Herausgegeben in Genf von Aman Goegg und Dr. A. Radendorf. 8. Jahrgang. Nr. 6. 3. Februar 1869.

Straßburg eine friedfertige Thätigkeit als Archivar zu finden und suchte Ruhe und Frieden in ernstem Studium der mittelalterlichen Kunst. Die erhoffte Stellung ward dem ungeschädlich gewordenen nicht zu teil und nichts bot dem Unglücklichen Ersatz für die vernichteten Lebenshoffnungen. Als er 1848 nach Deutschland zurückkehrte, war er bereits ein gebrochener Mann; im Vorparlament stand er gegen die Linke auf und im Feldzug von Baden trug er seinen ehemals verlichtigten „Kriegsranzen“ gegen die Revolution. Er starb am 21. Dezember 1868 als Frommiger und seine Mutter dankte denen, „die ihrem unglücklichen Sohne das Geleite gegeben“.

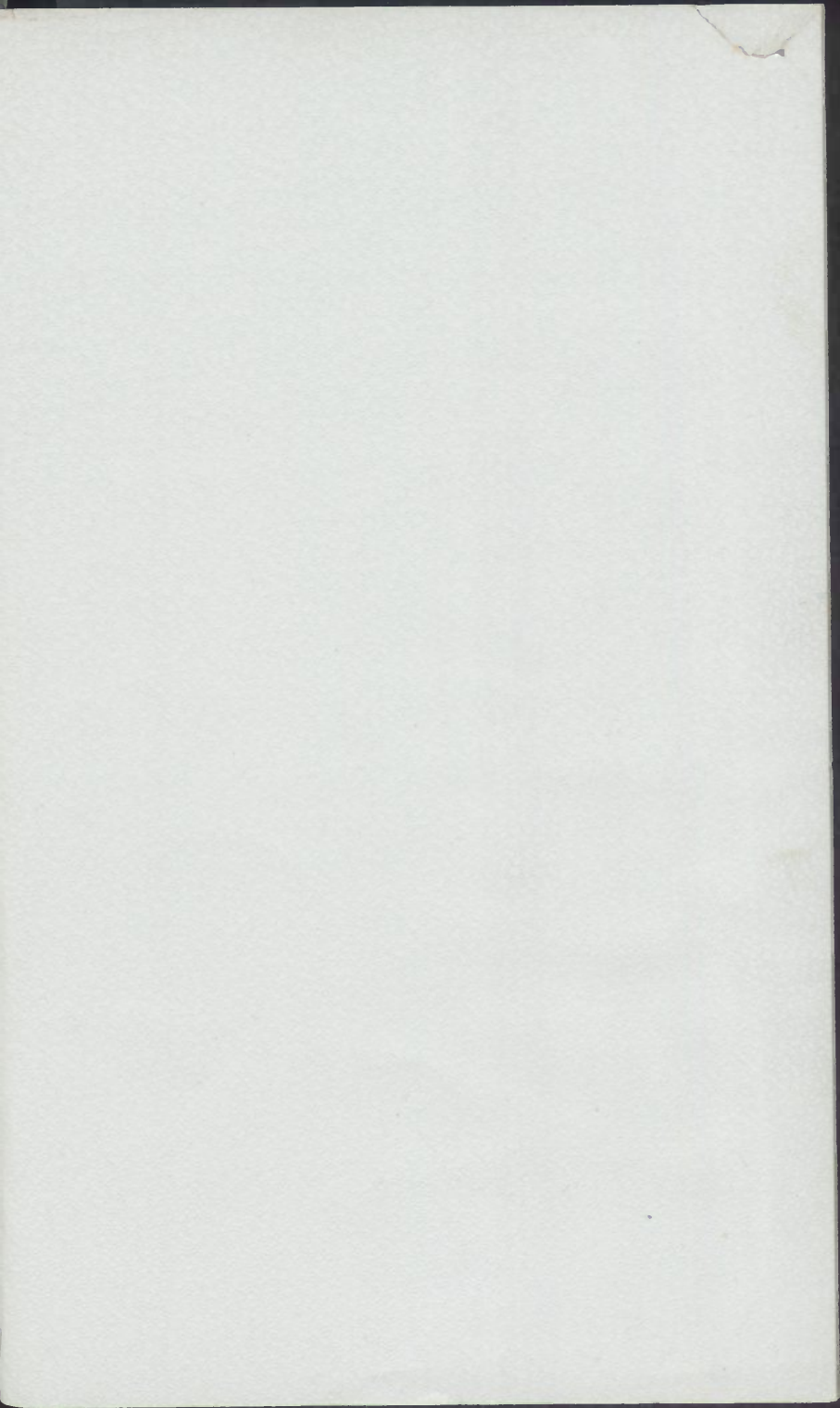
Karl Mathy hingegen hat den Gang der Laffitte und Hanfemann eingeschlagen; er wurde Kammerdeputierter, dann Bankier und endlich — Staatsminister . . .

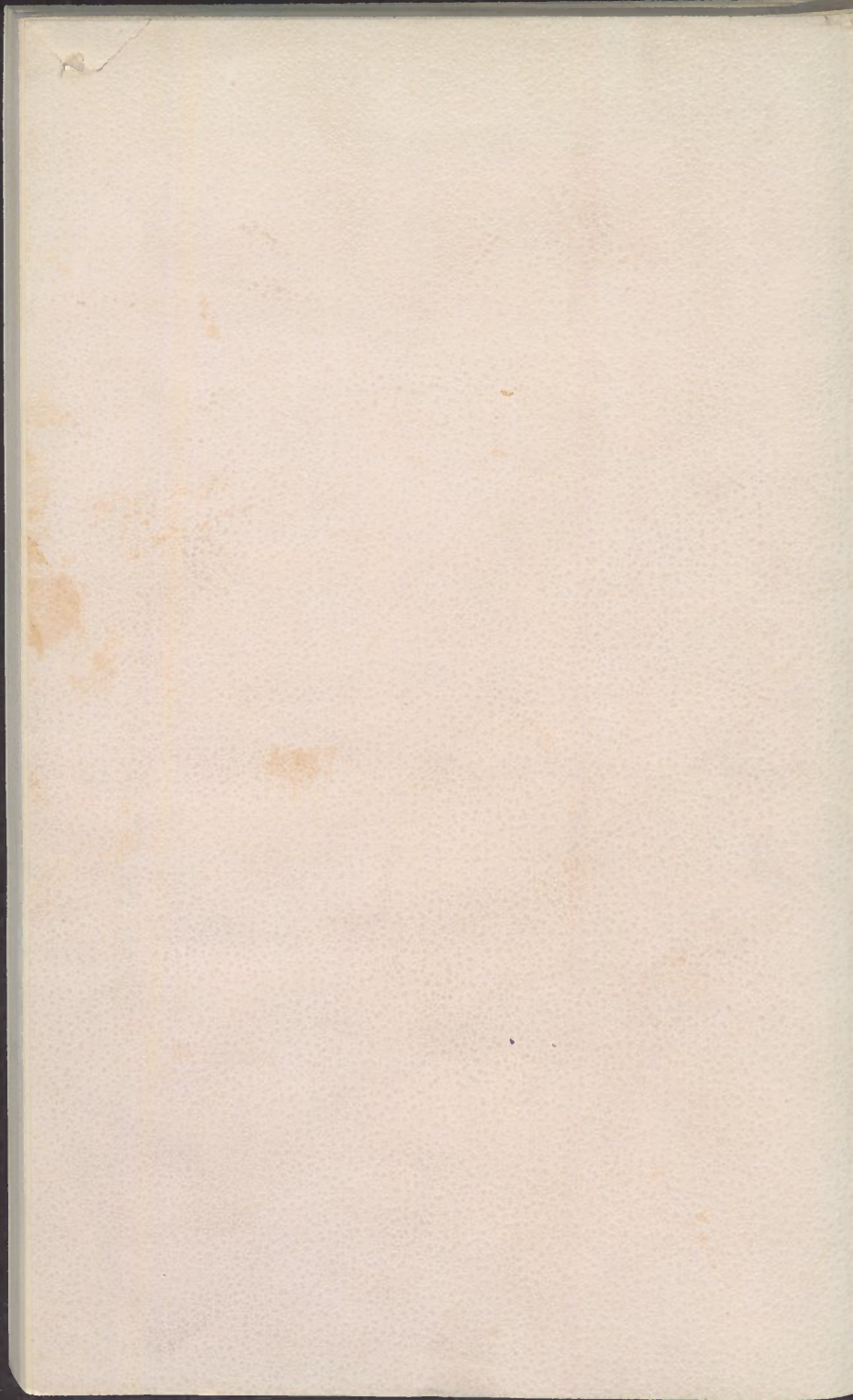
Von den Proletariern aus dem jungen Deutschland hat der eine oder andere die „Entwicklung des Socialismus von der Utopie zur Wissenschaft“ durchgemacht. Unter den Gefährten von Marx und Engels treffen wir später als der ersten einen: Karl Schapper. Von Bern war er im Herbst 1834 nach Paris gegangen und hatte dort am 12. Mai 1839 mit den übrigen deutschen Brüdern aus dem Bund der Geächteten den Aufstand der Pariser Proletarier mitgemacht. Von Paris ausgewiesen, ging er mit seinen Freunden Schuhmacher Heinrich Bauer und Uhrmacher Josef Moll nach London; sie gründeten dort am 7. Februar 1840 den heute noch bestehenden deutschen Arbeiterbildungsverein. Friedrich Engels lernte sie 1843 kennen. „Es waren die ersten Proletarier, die ich sah,“ so schildert er in den „Enthüllungen über den Kommunistenprozeß“ (S. 4 und 5) das Zusammenreffen, „und so weit auch im einzelnen damals unsere Ansichten auseinander gingen — denn ich trug ihrem bornierten Gleichheitskommunismus damals noch ein gut Stück ebenso bornierten philosophischen Hochmuts entgegen — so werde ich nie den imponierenden Eindruck vergessen, den diese drei Männer auf mich machten, der ich damals eben erst ein Mann werden wollte.“ Karl Schapper finden wir bei der Veröffentlichung des kommunistischen Manifestes und bei der Herausgabe der „Neuen Rheinischen Zeitung“. Er saß mit Karl Marx im Centralausschuß der rheinischen Demokraten in Köln.

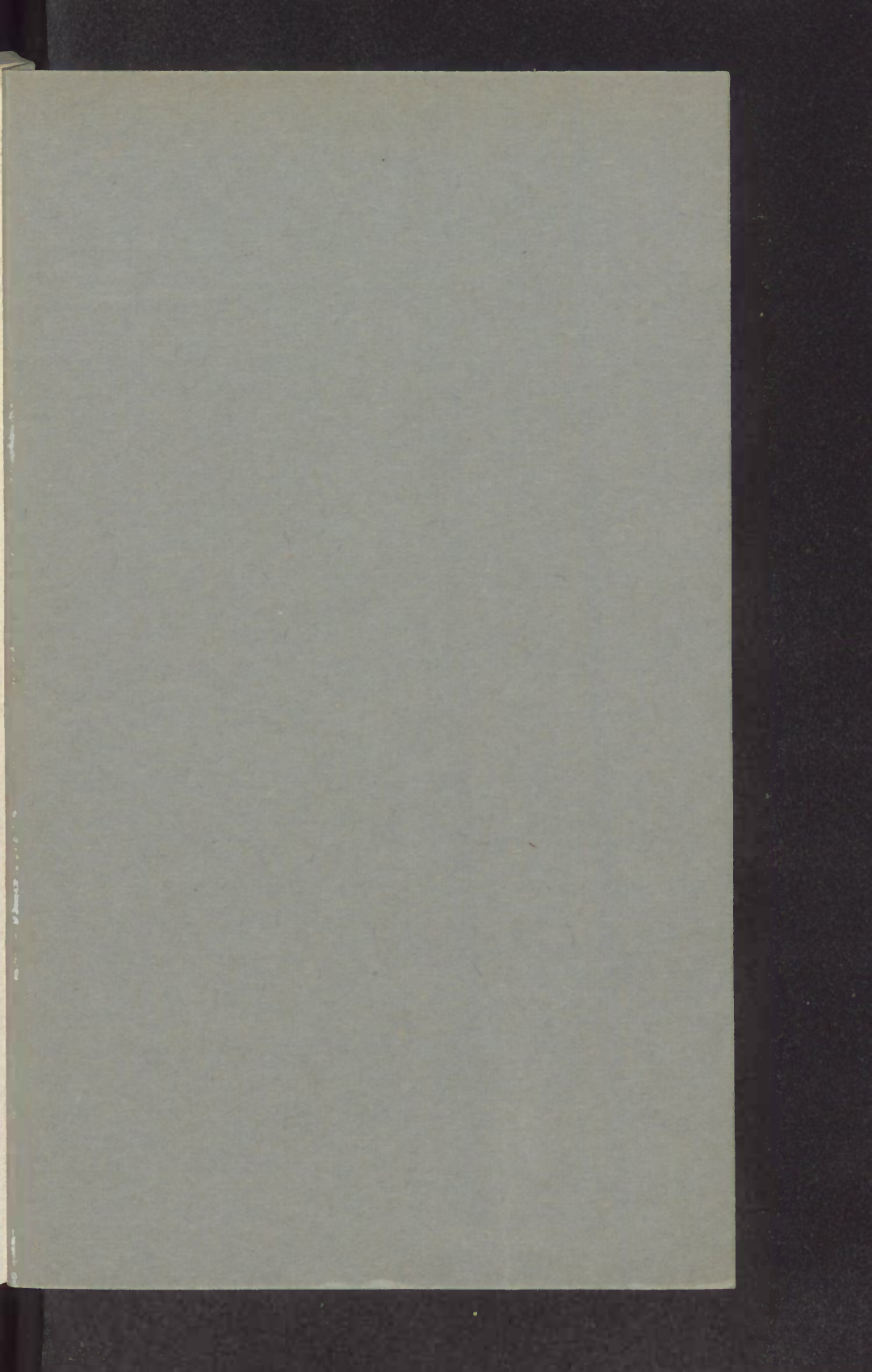
Nach der Revolution verfiel er dann wieder nach seinen eigenen Worten in die „Flüchtlingstölpelei“ und es kam zwischen Marx und Schappers Anhängern zu ernststen Auseinandersetzungen. Schließlich hat dann Schapper selbst das Irrtümliche seiner Auffassung eingesehen, eine Revolution „machen“ zu können.

Diese Auseinandersetzungen zwischen Marx und den Anhängern von Schapper und Willich sind kennzeichnend für die ältere und neuere Richtung der revolutionären Bewegung, deren Scheidung bereits in den dreißiger Jahren ansetzte. Statt des bloßen Willens wurden die wirklichen Verhältnisse zum Triebrad der Revolution. Während die „Partei der That“, wie sie sich nannte, sagte: „Wir müssen gleich zur Herrschaft kommen oder wir können uns schlafen legen,“ sagte Marx zu den Arbeitern: „Ihr habt 15, 20, 50 Jahre Bürgerkriege und Völkerkämpfe durchzumachen, nicht nur um die Verhältnisse zu ändern, sondern um Euch selbst zu ändern und zur politischen Herrschaft zu befähigen!“

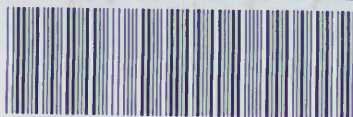








Eigentum der
Bibliothek des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel



206\$07963424